Nummer 368

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: R. Bongiewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · 20 Goldpfennig. 70. Jahrgang Donnerstag, 7. August 1924

Das Standrecht über Bulgarien.

TU Belgrad, 7. August.

Zu der Verhängung des Belagerungszustandes in Bulgarien melden die Blätter aus Sofia, daß dort infolge der kritischen Lage der Regierung Zankow wegen der ständigen Bauernunruhen und das Verhalten der mazedonischen Organisationen, welche jetzt gegen die Regierung eine feindliche Stellung einnehmen, ein Kabinettsrat abgehalten worden sei, in welchem Zankow einen pessimistischen Bericht über die Lage erstattete und verschärfte Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung beantragte, die auch bewilligt wurden. In Sofia sind alle öffentlichen Gebäude von starken Militärabteilungen in kriegsmäßiger Ausrüstung bewacht. Die Garnison wurde verstärkt. Und der Umgebung von Sofia sind Artillerieabteilungen zusammengezogen. Im allgemeinen herrscht die Ansicht vor, daß Bulgarien am Vorabend von ernsten Ereignissen stehe.

Ueber ganz Bulgarien ist nunmehr auch das Standrecht verhängt worden, weil die kommunistischen Demonstrationen zunehmen.

Belgien gegen Albanien.

Die Grenzkommission kann nicht arbeiten.

EP Belgrad, 7. August.

Wie die Regierungsblätter mitteilen, hat die belgische Regierung ihren Vertreter in Paris beauftragt, bei der Botschafterkonferenz gegen die albanische Regierung einen Protest einzureichen, weil sie jede gedeihliche Arbeit der südslawisch-albanischen Grenzkommission in Montenegro verhindert. In der letzten Zeit haben albanische Banden zahlreiche Angriffe in jener Gegend ausgeführt, wo die Grenzkommission tätig war, sodaß ihre Arbeit vereitelt wurde. Die südslawischen Truppen mußten eingreifen.

Die Politik Serbiens.

Das Programm der neuen Regierung.

EP Belgrad, 7. August.

Ministerpräsident Davidowitsch legte in der Skupschtina das Programm der neuen Regierung dar. Es soll ein Werk der Konsolidierung und Vereinheitlichung sowie der Lösung der Fragen der vermaltungspolitischen Autonomie sein. Der Kernpunkt der auswärtigen Politik liege in der Wahrung der Bündnisbeziehungen mit den Alliierten und des Bündnisses mit Italien zur Erhaltung des Friedens sowie der brüderlichen Verbindung mit Rumänien und der Tschechoslowakei als eines unerschütterlichen Stützpunktes des Friedens in Mittel- und Südosteuropa. Ebenso gedenke die südslawische Regierung die freundnachbarlichen Beziehungen mit den anderen Staaten zu erhalten. Der Ministerpräsident hofft, bald normale Beziehungen mit Rußland und der Türkei wiederaufnehmen zu können. Die neue Regierung wolle auch alles zur Förderung und Befestigung des Völkerbundes tun.

Bei der Verlesung der Regierungserklärung kam es zu einem Zwischenfall. Der demokratische Abgeordnete Widmer rief: Das ist die Degradation des Raditschi! Widmer warf ein Bündel mit Druckschriften, welches den Text des angeblichen Telegramms enthielt, das Radtitsch am 5. August anläßlich der Kriegserklärung an Kaiser Franz Joseph geschickt hatte, in den Saal.

Die englisch-russische Einigung.

Angriffe der Opposition im Unterhaus.

London, 6. August.

In seiner Rede über den englisch-russischen Vertrag im Unterhaus führte Ponsoby weiter aus, die Rechte des Parlaments seien durchaus gewahrt worden. Der Vertrag, der hoffentlich morgen unterzeichnet werde, werde für die Dauer von 21 parlamentarischen Tagen auf dem Tisch des Hauses bleiben, sodaß Gelegenheit für die Erörterung vor der Ratifizierung gegeben sei. Es müßten sodann Vereinbarungen über drei verschiedene Arten von Schulden und Ansprüchen erreicht werden. Sei dies geschehen, so werde ein zweiter Vertrag eingebracht werden, der ebenfalls 21 Tage lang auf dem Tisch des Hauses bleiben werde. Im Anschluß hieran werde eine finanzielle Resolution und ein Gesetz, betreffend eine Anleihe, eingebracht werden. Ponsoby teilte weiter mit, daß bezüglich der Propaganda eine Klausel in den Vertrag eingefügt sei, die der des alten Handelsabkommens ähnlich, aber in mancher Beziehung noch strenger gehalten sei.

Nach Ponsoby ergriff Weiß das Wort. Er protestierte dagegen, daß dem Hause nicht genügend Zeit zur Erörterung gegeben werden solle. Das großartige Ergebnis der monatelangen schwierigen Verhandlungen sei, daß die Sowjetregierung und die Obligationsinhaber beschlossen hätten, zu verhandeln. (Lachen bei der Opposition.) Das Ganze sei eine große Komödie und das Versprechen, die Anleihe zu garantieren, sei ein Skandal.

Lloyd George erklärte, er finde es bedenklich, daß die Erörterungen bis zum Herbst vertagt werden müßten. Wenn nach 3 Monaten das Unterhaus das Abkommen verwerfen würde, so würde dies der Sowjetregierung als Verleugnung des Abkommens erscheinen, das sie mit der britischen Regierung abgeschlossen habe. Ponsoby habe erklärt, daß er beabsichtige, die gesamten Schulden, die Rußland an England zu zahlen habe, zu annullieren. Hier warf Ponsoby ein, er habe nicht gesagt „annullieren", sondern „abschreiben". Lloyd George erwiderte, soweit er sehen könne, sei dies ein Schwindel. (Beifall bei der Opposition.) Das Ganze sei ein Vertrag, bei dem alle wesentlichen Fragen weggelassen seien. Wie weit sei denn die Schuld abgeschrieben worden? Um 600 Millionen? Ein ähnlicher Betrag werde England von Frankreich geschuldet, ferner große Beträge von Belgien und Italien. Wie könne man die russische Schuld annullieren oder Abschreibungen daran vornehmen, ohne das gesamte Problem der alliierten Schulden zu erwägen?

Nach der Rede Lloyd Georges im Unterhause wurde die Weiterberatung über den englisch-russischen Vertrag auf morgen vertagt. Macdonald wird der morgigen Sitzung beiwohnen.

Wie Reuter aus russischer Quelle erfährt, dürfte die Ausarbeitung der Entwürfe des englisch-russischen Handelsvertrags und des allgemeinen Vertrages heute vormittag beendet sein. Die Unterzeichnung ist für den Nachmittag zu erwarten.

Noch keine entscheidenden Fortschritte in London.

Die Beratungen gehen heute weiter.

London, 7. August.

Der Rat der Vierzehn ist heute vormittag in dem Arbeitszimmer Macdonalds im Unterhause zusammengetreten. Um elf Uhr traten ferner die durch deutsche Delegierte erweiterten Ausschüsse zusammen.

Die Abendsitzung der „Vierzehn".

Stresemann legt den deutschen Standpunkt dar.

EP London, 7. August.

Gestern abend 9 Uhr traten die Delegationsführer, verstärkt durch je zwei Sachverständige für jede Nation, von neuem in der Downingstreet zusammen. Sir Eyre Crowe referierte über das deutsche Memorandum und erklärte, daß nach seiner Ansicht keine unüberwindlichen Schwierigkeiten für eine Einigung beständen. Stresemann antwortete darauf, daß die deutsche Regierung gewillt sei, ihre freiwillige Zustimmung zu allen Aenderungen des Anhangs II des 8. Abschnittes des Versailler Vertrages zu geben, der auf die Reparationen Bezug habe, obwohl diese Frage der Zustimmung der deutschen Delegierten juristisch mitunterbreitet werden müßte. Wenn diese Zustimmung aber freiwillig erfolge, so werde sie eine verstärkte Garantie für die Geldleiher bedeuten. Darauf wurde eine Diskussion über die Bedeutung des Ausdrucks „Flagrante Verfehlungen" eröffnet. Stresemann forderte, daß Deutschland ein Schiedsgerichtsverfahren offengelassen werden müsse, um über diesen Ausdruck zu entscheiden. Die deutsche Regierung ließ vorschlagen, den Ausdruck „flagrante Verfehlungen" durch „absichtliche Verfehlungen" zu ersetzen. Auf englisch bedeute flagrant absichtlich, auf französisch offenbar. Nach anderthalbstündiger Erörterung trat Vertagung der Beratungen ein.

Die Verhandlungen zwischen den deutschen und den alliierten Bevollmächtigten werden heute vormittag wiederaufgenommen. Später treten die Delegationsführer um 10 Uhr zusammen. Die Konferenz hat sich nämlich darüber geeinigt, welche Fragen politisch-juristischer Art sind und welche Fragen den finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen zur Behandlung zu übergeben sind. Die Delegierten werden sich zur Beschleunigung der Arbeiten in zwei Gruppen teilen, die gleichzeitig mit je zwei Delegierten und mehreren Sachverständigen tagen sollen.

Ein Zwischenfall.

oca Paris, 7. August.

Der „Quotidien" weiß von einem Zwischenfall in der Sitzung der „großen Vierzehn" zu berichten. Da der Reichskanzler Marx weder französisch noch englisch spricht, habe er sich in deutscher Sprache ausgedrückt. Ein Dolmetscher habe seine Rede ins französische übersetzt. Es scheine aber, daß dieser Dolmetscher die Worte des Kanzlers verschärft habe. Deshalb sollen gewisse Redewendungen des Reichskanzlers auf die Alliierten einen ziemlich peinlichen Eindruck gemacht haben. Die Alliierten hätten den Eindruck gehabt, daß der Reichskanzler bestimmte Ausdrücke gewählt habe, von denen einige sogar ein wenig nach katekorischen Forderungen geklungen hätten. Der Zwischenfall erscheine, so meint der „Quotidien" um so peinlicher, als die deutsche Note in ihrem Originaltexte im Widerspruch hierzu einen sehr gemäßigten Ton aufweist.

Wie wir hierzu an zuständiger Stelle erfahren stellt sich der Bericht über den Zwischenfall mit dem deutschen Dolmetscher nach inzwischen aus London eingegangenen Meldungen als stark aufgebauscht heraus. In den Kreisen der Konferenz mißt man jedenfalls dem Vorgang keine besondere Bedeutung bei.

Herriot wird aufgeregt.

London, 7. August.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet über die gestrigen Verhandlungen: Am Dienstag abend statteten der deutsche Reichskanzler und der Außenminister Stresemann Macdonald einen Besuch ab und erörterten mit ihm gewisse Fragen bezüglich der auf der Konferenz zu befolgenden Verfahrensart. Diese spielten auch in den gestrigen Besprechungen der alliierten Minister untereinander und mit den Deutschen eine große Rolle. Nachdem in der Mittagssitzung Marx seine Darlegungen beendet hatte, verlangte Herriot, der in ziemlich aufgeregtem Ton sprach, daß der „Rat der Vierzehn" alle Fragen der deutschen Denkschrift in seiner eigenen Hand behalten und keine Ueberweisung an Sachverständige gestatten soll, von Streitpunkten abgesehen, die eine eingehende Prüfung erforderlich machen. Andere Delegierte widersprachen dem, der französische Ministerpräsident nahm hieran Anstoß. Als Snowden sich einem von deutscher Seite gemachten Vorschlag anschloß, drohte Herriot, sich zurückzuziehen. Macdonald wies nun auf die Notwendigkeit der Zeitersparnis hin. Schließlich einigte man sich dahin, daß die sieben Sachverständigen am nachmittag zusammenkommen und abends dem „Rat der Vierzehn" einen Bericht vorlegen sollten. Die deutschen Delegierten zeigten offenbar den lebhaften Wunsch, Macdonalds Verlangen nach schneller Arbeit zu unterstützen. Wie verlautet, sind sie aber der Ansicht, daß besonders im Zusammenhang mit den schwierigen internationalen Problemen gute Arbeit nicht geleistet werden könnte, wenn man hastig und im Zustand der Ueberrumpelung arbeite.

Die Ruhrfrage als Entscheidungspunkt.

Besonderte Verhandlungen zwischen den deutschen, französischen und belgischen Delegierten.

London, 7. August.

Nach Ausführungen der „Times" ist in der Hauptfrage, nämlich die militärische Räumung des Ruhrgebiets, kein bestimmter Fortschritt zu verzeichnen. Der „Rat der 14" habe gestern vormittag diesen Punkt zu berühren sorgfältig vermieden, und wenn er auch am Anfange des deutschen Memorandums stehe, so gebe er doch nicht eigentlich die Konferenz an, sondern nur Deutschland, Frankreich und Belgien. Wahrscheinlich werde es so kommen, daß diese drei, sobald sie zu einer Verständigung gelangt seien, diese den anderen Mächten mitteilen würden, die dann ihre Bemerkungen machen würden.

Der Sonderberichterstatter des „Quotidien", dessen Beziehungen zu der unmittelbaren Umgebung Herriots bekannt sind, meldet aus London, heute finde eine Verhandlung zwischen den deutschen, französischen und belgischen Delegierten über die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes statt. Herriot müsse bei dieser Frage auf viele Umstände Rücksicht nehmen. So habe Macdonald im Unterhause erklärt, die britische Regierung finde es nicht klug, die Frage der Besetzung des Kölner Brückenkopfes mit der der Besetzung des Ruhrgebiets zu verbinden. Da das Ruhrgebiet infolge einer deutschen Verfehlung besetzt worden sei, könne nicht die Rede davon sein, seine Räumung anderen Bedingungen unterzuordnen. Herriot denke auch nicht daran. Da aber das linke Rheinufer sowohl aus Sicherheitsgründen als auch als Garantie für die Ausführung der wirtschaftlichen und finanziellen Verpflichtungen Deutschlands besetzt worden sei, so erhebe sich die Frage, ob es klug wäre, mit der Räumung erst zu beginnen, wenn Deutschland vollkommen entwaffnet sei. Diese Frage werde Herriot Macdonald stellen. Wenn Macdonald die These annehme, daß die Kölner Zone erst geräumt werde, wenn Deutschland die Bedingungen erfüllt habe, die die Botschafterkonferenz festgelegt habe, und nachdem die interalliierte Kontrollkommission durch einen Organismus des Völkerbundes ersetzt worden sei, müsse eine Formel gefunden werden, um die endgültige Räumung des Ruhrgebietes mit der des Kölner Brückenkopfes zu verbinden. Das sei nicht unmöglich. Habe doch die französisch-britische Note vom 9. Juli auf das Sicherheitsproblem hingewiesen; es sei bestimmt worden, daß der Zeitpunkt festgesetzt werden solle, an dem über diese Frage verhandelt werden könnte. Sie müßte also vor der Beendigung der Londoner Konferenz entschieden werden.

Zur Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets schreibt der Sonderberichterstatter des „Matin" in London, er höre von allen Seiten, man solle die militärische Räumung zum Austauschmittel machen. Das sei leicht gesagt. Zum mindesten hätte man dann der Besetzung einen Wert geben müssen, den man als Austausch anbieten könnte. Wenn man behauptet habe, die Besetzung rechtfertige sich durch nichts anderes als durch die Anwesenheit der Ingenieurkommission, wenn man ferner die These angenommen habe, daß die Räumung des Kölner Brückenkopfes durch die Engländer 1925 die fernere Anwesenheit der Franzosen im Ruhrgebiet unmöglich mache, und wenn endlich die Belgier in den Verhandlungen dem zugestimmt hätten, daß die militärische Räumung ihrer Ansicht nach in kurzer Frist nötig sei, dann müßte man doch sagen, es sei außerordentlich schwer, in dieser Frage eine feste Haltung einzunehmen. Man hätte erklären müssen, daß der passive Widerstand, der deutsche Widerstand gegen die Entwaffnung und die allgemeine Haltung der Deutschen die Besetzung rechtfertige; wenn aber die Verhandlungen in dieser Weise geführt worden seien, sei es schwierig, sich einzustellen.

Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette" schreibt, man glaube, daß die Eisenbahnfrage durch ein Kompromiß geregelt werden könne, aber die Frage der Räumung des Ruhrgebiets werde sich voraussichtlich als viel schwieriger erweisen. Die Deutschen müßten, wenn sie in diesem Punkte einen Tauschhandel abschließen, bestürzen, daß ein solcher als Anerkennung der Legalität der Ruhrbesetzung aufgefaßt werden könnte.

Ein Räumungsprojekt Rollets findet nicht Macdonalds Zustimmung.

London, 7. August.

Wie der EE-Sonderkorrespondent aus der Konferenz nahestehenden Kreisen erfährt, hat General Rollet dem englischen Ministerpräsidenten einen Vorschlag unterbreitet, der eine internationale Lösung der Frage der Räumung des Kölner Brückenkopfes vorsieht und den Völkerbund mit der Uebernahme der Garantien für die Sicherheiten Frankreichs ersuchen will. Dementsprechend solle die Räumung des Ruhrgebiets nur erfolgen, wenn Deutschland genügend Garantien für seine vollständige Entwaffnung gegeben habe. Macdonald soll mit dem Vorschlag Rollets nicht zufrieden sein, jedoch erklärt haben, daß er es nicht verhindern könne, wenn er im Laufe der kommenden Woche zur Diskussion gestellt werde.

Die Kontrolle der deutschen Einnahmen.

Einwirkung auf die deutsche Steuerhoheit.

EP London, 7. August.

Die Sachverständigen, die mit der Prüfung der Verpfändung deutscher Staatseinnahmen beauftragt waren, haben ihre Arbeiten beendet. In ihrem Bericht wird erklärt, daß drei Arten von Kontrollen zu unterscheiden seien: 1. Vollmacht der Reparationskommission, 2. ihr bloßes Informationsrecht und 3. eine tatsächliche Kontrolle mit Verfügungsrecht. Wenn in der vorgesehenen Annuität ein Defizit intreten würde, so hätte die Reparationskommission das Recht, über neue Steuern zu entscheiden, oder die bestehenden Steuern, die das Defizit veranlaßt haben, zu verstärken. In diesem letzteren Falle aber hätte Deutschland das Recht, sich an ein Schiedsgericht zu wenden.

Das vorläufige Abkommen kann in folgende Punkte zusammengefaßt werden: 1. Die Beschlüsse über diese Frage bedürfen nicht einer parlamentarischen Abstimmung. Die Unterzeichnung des Protokolls durch Deutschland genügt, um die notwendige Verpfändung vorzunehmen. 2. Die deutsche Statistik für die Feststellung des Wohlstandsindex ist durch ein gewisses Komitee zu überwachen. 3. Der Kommissar der Reparationskommission hat das Recht, während der Kontrollzeit sein Kontrollrecht auszuüben, ohne vom Generalzahlungsagenten eine besondere Ermächtigung erlangt zu haben. 4. Die Unterzeichnung des Protokolls muß eine Bestimmung enthalten, wodurch die deutsche Zollpolitik für alle fremden Einmischungen ausgeschaltet wird. 5. Die Kontrollkosten werden von der Annuität in Abrechnung gebracht. Ergänzende Kontrollkosten sind durch die deutsche Regierung zu tragen.

Ueber Einzelheiten der Abmachung gibt eine eca-Meldung weiteres: Der Ausschuß ist erst in der letzten Nacht gegen 2 Uhr nach langwierigen Verhandlungen, die deutscherseits von Geheimrat Ernst und Geheimrat Kastel geführt wurden, zu einer Einigung gelangt. Die Reparationskommission hat von dieser Einigung heute in einer halbamtlichen Sitzung Kenntnis genommen und wird sie morgen in einer offiziellen Sitzung endgültig gutheißen. Der Korrespondent erfährt aus zuverlässiger Quelle folgende Einzelheiten über die Form der Kontrolle, auf die man sich geeinigt hat: Bekanntlich sollen die Zölle und gewisse indirekte Steuern an die Alliierten verpfändet und der Aufsicht eines von der Reparationskommission ernannten Kommissars unterworfen werden. Diese Kontrolle gerfällt in drei Stufen: 1. solange die vorgesehene Grenze von 20 pCt. über den Verpflichtungen Deutschlands innegehalten wird, steht dem Kontrollkommissar nur das Recht auf Auskunft in allen einschlägigen Fragen zu. 2. wird die Grenze von 20 pCt. nicht eingehalten, ohne daß jedoch ein Defizit eintritt, so hat der Kommissar das Recht, Vorschläge zur Besserung zu machen und sich einer Herabsetzung der indirekten Steuern zu widersetzen. 3. wenn ein Defizit eintritt, so hat die deutsche Regierung die Möglichkeit, durch Verpfändung weiterer indirekter Steuern wieder in das erste Stadium zurückzugelangen. Will oder kann sie es nicht, so hat der Kommissar das Recht, bestimmte Reformen zu verlangen, die bis zu einer vollkommenen Umgestaltung der Organisation gehen können, letzteres aber nur nach Entscheidung durch ein Schiedsgericht, falls dies die deutsche Regierung verlangt.

Günstige Anleiheaussichten in Amerika.

TU New-York, 7. August.

In hiesigen Bankkreisen wird erwartet, daß die großen amerikanischen Korporationen sich an der Zeichnung der deutschen Anleihe, falls diese innerhalb der nächsten Monate auf den Markt kommt, in großem Umfange beteiligen werden, da gegenwärtig ein Mangel an Neuemissionen herrscht und innerhalb der nächsten Wochen keine Neufinanzierung zu erwarten steht.

Paris, 7. August.

Nach einer Agentur-Meldung aus Washington wird in Finanzkreisen mit einer intensiven amerikanischen Beteiligung an dem europäischen Wiederaufbau gerechnet, falls auf der Londoner Konferenz eine Einigung zustande kommt. Es verlautet, daß die Federal Reserve Bank den Wechseln der neuen Reichsbank dieselbe Vergünstigung gewähren werde, wie der vorläufigen Golddiskontbank, vorausgesetzt, daß die Grundlagen gesund seien. Das bedeutet, wie man annimmt, daß die künftige deutsche Währung eine Dollar- nicht aber eine Pfund-Basis haben soll. Ferner wird erklärt, daß die Federal Reserve Bank die gleichen Privilegien auch auf die anderen europäischen Länder auszudehnen gedenke, und daß die deutschen Eisenbahnobligationen auf einen breiten Markt in den Vereinigten Staaten rechnen könnten.

Was Hughes gesagt haben soll.

EP Paris, 7. August.

Der „Matin" behauptet, aus privater Quelle zu wissen, daß Staatssekretär Hughes bei seiner Anwesenheit in Berlin der deutschen Regierung gegenüber folgende Erklärung abgegeben habe: Sie haben jetzt Ihre letzte Chance. Täuschen Sie sich nicht. Nach den Unterredungen, die in London stattfinden werden, wird die Konferenz auf Sie fallen, wenn es jetzt zu einem Bruche kommen sollte. Führen Sie den Dawesplan loyal durch, das ist das Beste, was Sie tun können. Wenn Sie den Plan nicht durchführen, dann können Sie nicht mehr auf die Vereinigten Staaten zählen. — Wohlgemerkt: Eine „Matin"-Meldung!

Die Aufnahme der deutschen Gegenvorschläge

Paris ist unangenehm berührt.

Paris, 7. August.

Die französische Delegation ist von den Gegenvorschlägen der deutschen Abordnung, wie der „Matin" feststellt, unangenehm berührt worden. Auch habe eine „gewisse Mißstimmtheit" (!) der deutschen Forderungen peinlich überrascht. Der französische Sonderberichterstatter in London macht über den Inhalt der deutschen Gegenvorschläge folgende Angaben: 1. Verfehlungen und Sanktionen. Die Reichsregierung schlägt vor, daß der amerikanische Delegierte, der den Vorsitz über das in Aussicht genommene Schiedsgericht führen soll, für sämtliche von der Reparationskommission behandelten Fragen, also auch für andere als diejenigen der Verfehlungen und Sanktionen, zuständig sein soll. Außerdem beantrage die deutsche Regierung, daß ein deutsches Mitglied in das Schiedsgericht aufgenommen werde. 2. Wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes. Die Aufhebung der Wirtschaftskontrolle soll so schnell wie möglich, das heißt gleichzeitig mit den von deutscher Seite ergriffe-

nen Maßnahmen, erfolgen und nicht im Anschluß an sie. Die wirtschaftliche Räumung könne spätestens am 1. Oktober durchgeführt sein. Die deutschen Delegierten verlangen, daß die Amnestie allgemein gegenseitigen Charakter habe und daß andererseits die interalliierte Rheinlandkommission auf ihr Ausweisungsrecht verzichte. Schließlich umgäben die deutschen Delegierten die Garantien für die 800-Millionen-Anleihe mit einer Reihe bestimmter Vorbehalte. 3. Naturalleistungen und Uebertragungen. Ein Schiedsgericht läßt die deutsche Regierung nur für den Fall gelten, daß sie sich in dem Komitee der gleichen Anzahl von Stimmen gegenübersieht, das heißt drei zu drei. Die deutsche Abordnung lehnt das schiedsrichterliche Verfahren ab, das in Aussicht genommen ist, wenn eine Verständigung über eine eventuelle Abänderung des Sachverständigenplanes nicht zustande kommt. Sie widersetzt sich ferner einer Verlängerung der Lieferungsfristen für Kohle und Farbstoffe über 1925 und Kohle und Koks über 1930 hinaus, ferner die Lieferung sämtlicher Produkte, die zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs erforderlich sind. Zum Kapitel Uebertragung wünscht die deutsche Regierung für sich das Recht zu erhalten, gegen jede Entschließung des Uebertragungsausschusses Berufung einzulegen.

Der „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, was für Konzessionen die deutsche Regierung gewähren wolle, um möglichst eine rasche Räumung der Ruhr zum Jahresende zu erlangen. Deutschland schlage vor allem die sofortige Eröffnung einer Konferenz für den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages vor und würde für diesen Vertrag günstige Bedingungen in Aussicht stellen. Ferner würde die deutsche Regierung die Beschlüsse der Sanktionenkonferenz bei Zusicherung der militärischen Räumung der Ruhr widerstandslos anerkennen. Um den Rückzug der französisch-belgischen Eisenbahner aus dem Rheinland zu erlangen, würde die deutsche Regierung versprechen, im Reichstag ein Gesetz einzureichen, wonach die Eisenbahner im Rheinland kein Streikrecht besitzen dürfen.

Das „Journal“ schreibt: Die Delegierten des Reiches haben das Vorbild erfaßt und sind leise in Kontakt mit den Gegnern getreten. Die Verhältnisse haben sich seit Spaa und seit Mai 1923 geändert. Wir verhandeln nicht mehr mit Fehrenbach, sondern mit einem Kanzler, der nach dem Ruf des ehrlichen Herrn Wirth strebt, und an die Stelle von Stinnes ist Stresemann getreten, der verschiedene Register zu ziehen weiß und heute den Nationalliberalen zulächelt und morgen den Demokraten. Er hält sich weit von Ludendorff und Tirpitz entfernt, aber er vergißt nicht, daß er wieder nach Berlin zurückkehren muß.

Der „Eclair“ behauptet, daß das deutsche Memorandum in einem so agressiven Stil gehalten sei, daß es, bevor es der Oeffentlichkeit übergeben werden könne, in seiner Ausdrucksweise wesentlich gemildert würde.

Der „Gaulois“ glaubt, daß es Herriot nicht leicht sein werde, den deutschen Forderungen gegenüber seine Position zu behaupten, da sich die deutsche Delegation gerade auf die Politik berufe, die Herriot und Macdonald seit Monaten befolgten. Herriot sage wohl, daß er nicht nachgeben werde, es sei aber fraglich, ob dieser verspätete Widerstand noch möglich sein werde.

Das „Oeuvre“ dagegen glaubt, daß die deutschen Gegenvorschläge die Hoffnung auf eine baldige Einigung der Konferenz nicht ausschließen. Immerhin dürfte kaum damit zu rechnen sein, daß Macdonald, wie er wünsche, am Sonnabend den Zug nach Schottland besteigen könnte. Die militärische Räumung des Ruhrgebietes wird zweifellos den Gegenstand direkter Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler Marx einerseits und Theunis und Herriot andererseits bilden, weil die Besetzung des Ruhrgebietes ein Bedürfnis war, das jetzt liquidiert werden muß. An dieser Liquidation sind Frankreich und Deutschland gleichermaßen interessiert.

London ist optimistisch.

London, 7. August.

Die Blätter äußern sich im allgemeinen optimistisch. Sie heben besonders die Schnelligkeit hervor, mit der die deutsche Delegation auf die Dokumente der Alliierten geantwortet hat. Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“ schreibt zu den deutschen Bemerkungen über die alliierten Dokumente, die britischen amtlichen Kreise seien geneigt, sie als gemäßigt im Ton und Charakter zu betrachten. Eine von französischer Seite ausgesprochene Ansicht sei, daß nichts darin enthalten sei, was die Konferenz zum Scheitern bringen könnte. — „Daily Expreß“ schreibt, die deutsche Delegation habe ihr Versprechen, die Arbeiten der Konferenz nach Möglichkeit zu fördern, eingehalten. — In einem Leitartikel des „Westminster Gazette“ heißt es, England müsse ehrenhafterweise selbst auf Frankreich einwirken, daß es das Ruhrgebiet räume, mindestens, sobald Deutschland praktische Schritte zur Inkraftsetzung des Dawesplanes unternommen habe. Hoffentlich werde Herriot erkennen, daß Frankreich verpflichtet sei, sich schleunigst zurückzuziehen, und ohne Verzug Vorschläge machen, die für alle Teile annehmbar seien.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ glaubt über die Einwendungen der Deutschen folgendes berichten zu können: Während die gegen das erste Protokoll erhobenen Einwände verhältnismäßig unbeträchtlich seien, seien die gegen das dritte insofern viel ernster, als die Denkschrift andeute, daß die darin niedergelegten Bedingungen mit dem Versailler Vertrag, bezw. dem Dawesplan nicht strikte übereinstimmten und infolgedessen unannehmbar seien. Die Deutschen verlangten, daß die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes nicht acht oder sechs Wochen, sondern nur vier dauern sollte; es sei ihnen aber auseinandergesetzt worden, daß alle Eisenbahn- und Industriesachverständigen darin übereinstimmten, daß sechs Wochen die Mindestgrenze bedeuteten. Ferner beharrten sie auf einer allgemeinen und gegenseitigen Amnestie, eine Vereinbarung in diesem Punkte dürfte nicht schwierig sein.

Bezüglich der Beschlüsse der Dritten Kommission in der interalliierten Konferenz sei die deutsche Kritik durchaus vernichtend. Die Deutschen lehnten die Forderungen ab, daß Ablieferungen über die im Versailler Vertrage genannten Daten hinaus fortgesetzt werden, und daß die deutsche Regierung in gewissen, ausdrücklich bestimmten Fällen für solche Lieferungen an Stelle der in Verzug geratenen Lieferanten die Garantie übernehmen solle. Bezüglich der Frage der Eisenbahner schienen die Deutschen bereit zu sein, den Alliierten Garantien zu geben durch besondere gesetzgeberische Bestimmungen über das Streikrecht der Eisenbahner in den besetzten Gebieten. Der Berichterstatter glaubt, daß sogar die deutschen Sozialisten für eine solche Bestimmung unter den gegenwärtigen Umständen seien.

„Morning Post“ schreibt, die deutsche Delegation habe getreu ihrem am Dienstag abgegebenen Versprechen ihre Bemerkungen zu den alliierten Vorschlägen gestern zu einem nahezu unglaublich frühen Zeitpunkt vorgelegt. Die deutschen Bemerkungen seien zum größten Teil nicht von der Art, daß scharfe Meinungsverschiedenheiten oder ausgedehnte Erörterungen wahrscheinlich seien.

Der Mantelbrief sei vermutlich wichtiger als die Bemerkungen selbst, denn er berühre zwei Fragen, die außerhalb der Kompetenz der Konferenz liegen, an denen aber die Deutschen besonders interessiert seien. Glücklicherweise könnten die „Großen Vierzehn“ in ihrer Eigenschaft als europäische Staatsmänner diese zwei Fragen erörtern, die eng miteinander verbunden seien, und für die eine Lösung gefunden werden müßte, bevor der Dawesplan zur Durchführung gebracht werden könne.

„Times“ schreibt, die deutsche Delegation habe gestern durch ihre schleunige Antwort auf das alliierte Memorandum einen Beweis für ihren Willen gegeben, keine Zeit zu verschwenden. Die Antwort sei gemäßigt im Ton und werfe keine neuen technischen Schwierigkeiten auf. — Im „Daily Chronicle“ heißt es: Die deutsche Antwort zeige ebenso wie der Mantelbrief eine behutsame und versöhnende Sprache.

Eine Finanzminister-Konferenz in Paris.

London, 7. August.

Der amerikanische Botschafter Kellog hat „Daily Chronicle“ zufolge einen Brief an den Generalsekretär der interalliierten Konferenz gerichtet, in dem es heißt, die amerikanische Delegation sei mit dem französischen Vorschlag, unmittelbar nach der Londoner Konferenz eine Konferenz von Finanzministern in Paris abzuhalten, einverstanden. Im Hinblick auf die Frage der amerikanischen Besetzungskosten sollten die Vereinigten Staaten vertreten sein, da sie an der Frage der einzuziehenden Beträge interessiert seien.

Die Handelsvertragsfrage.

EE London, 7. August.

Wie der Sonderkorrespondent erfährt, setzt sich die belgische Delegation mit Nachdruck dafür ein, daß sofort Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland, Belgien und Frankreich auf der Grundlage der Vorschläge des französischen Ministerialdirektors Serruit erfolgen.

Der „Figaro“ glaubt heute morgen mitteilen zu können, daß sofort nach Schluß der Konferenz die Verhandlungen über ein deutsch-französisches Handelsabkommen beginnen würden, jedoch nicht in London.

Herriots Bericht in Paris.

Wann wird London zu Ende kommen?

Paris, 7. August.

Nach dem „Matin“ wird in parlamentarischen Kreisen allgemein angenommen, daß Ministerpräsident Herriot seine Erklärungen vor dem Parlament über die Londoner Konferenz so bald, wie möglich, nach deren Abschluß abzugeben wünsche. Es wird darauf verwiesen, daß Macdonald schon jetzt im Unterhaus gewisse Erklärungen abgegeben habe. Wenn die Konferenz am Freitag dieser Woche zu Ende ginge, wie der englische Premierminister in Aussicht gestellt habe, könnten also Kammer und Senat auf Dienstag, den 12. August, einberufen werden. Sollten die Verhandlungen einige Tage länger dauern, so würden die parlamentarischen Arbeiten am 19. August wieder aufgenommen werden. Der letztere Termin gelte aber unter den gegebenen Umständen als der wahrscheinlichere.

Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune“ teilt mit, daß Macdonald daran festhalte, am Sonntag nach Schottland zu reisen. Auch der deutsche Reichskanzler sei verpflichtet, am Sonntag in Münster, wo er eine wichtige Rede zu halten habe, anwesend zu sein. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ glaubt dagegen, die Konferenz werde noch mindestens bis Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche dauern.

Ein Interview mit Painlevé.

Mtb Budapest, 7. August.

Der Präsident der französischen Kammer, Painlevé, äußerte sich einem Vertreter des „Pestinaplo“ gegenüber inbezug auf die Aussichten der Londoner Konferenz und der allgemeinen europäischen Lage: „Ich zweifle nicht daran, daß die Londoner Konferenz ergebnisvoll sein wird. Wichtiger ist die praktische Durchführung der Friedensverträge. Ich bin ein Anhänger des Völkerbundes und vertrete die Auffassung, daß auch Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden muß.“ Painlevé ist für direkte Verhandlungen mit Deutschland. Er ist von der bona fides eines großen Teiles der Deutschen vollkommen überzeugt. Es gebe jedoch noch einen anderen Typus der Deutschen, den der Revancheleute. Diese verfolgten eine unglückselige Politik. Sie wenden jedes Mittel als gut an, um ihre Ziele zu verwirklichen. Wen in der Politik dieser Typus zur Geltung kommen sollte, so würde das das Ende der europäischen Zivilisation bedeuten. „Ob wir nun wollen oder nicht, es muß die Zeit kommen, in der die Völker friedlich miteinander leben. Sie brauchen sich nicht zu lieben, eine gesunde Konkurrenz ist sogar notwendig, sie müssen aber einander dulden und nicht immer auf Kosten des einen oder anderen zur Geltung kommen wollen.“

Frankreich hetzt trotz alledem weiter.

TU Berlin, 7. August.

Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt: Der „Temps“ vom 1. August veröffentlicht wieder einen Hetzartikel des Generals de la Croix, in dem dieser alle die schon so oft wiederholten Schwindelmärchen von geheimen deutschen Rüstungen und der Vorbereitung der Revanche von neuem auftischt. Jeder halbwegs nüchterne Beobachter muß die absolute Wehrlosigkeit Deutschlands erkennen. Der Zweck dieser neuen Hetze liegt auf der Hand: England soll zu weitgehenden Zugeständnissen in der Sicherheitsfrage gebracht werden. Durch diese alten Tendenzmärchen sollen die Engländer den französischen Wünschen gefügig gemacht werden.

„Kompromißlösung“ in der irischen Grenzstreitfrage.

TU London, 7. August.

Die in der irischen Frage erreichte Kompromißlösung beruht auf der Hoffnung auf Nachgiebigkeit der Regierung von Ulster. Sie bedeutet also in Wirklichkeit nur eine Hinausschiebung der Entscheidung mit der Absicht, Zeit zu gewinnen für das Unterhaus. Auch die Rücksicht auf die außenpolitische Lage ist mit ein Grund für diese Entscheidung.

Sowjetbanden in Polen.

Warschau, 7. August.

Die Zahl der während der Verfolgung der Sowjetbanden bei Stolpcy gefallenen Polizisten und Soldaten beträgt 14 Personen. In den Straßenkämpfen in Stolpcy wurden nach den letzten Berichten 10 Zivilpersonen getötet. Von den bewaffneten Banditen, die Stolpcy geplündert haben, sind sieben gefangen genommen worden. Die Verfolgung wird energisch fortgesetzt.

Das Ministerium des Aeußern hat den polnischen Geschäftsträger in Moskau drahtlich angewiesen, wegen des Angriffes der bewaffneten Sowjetabteilungen auf die Stadt Stolpcy zu intervenieren. Gleichzeitig wurde bei der Sowjetgesandtschaft in Warschau eine Verbalnote der polnischen Regierung in dieser Angelegenheit überreicht.

Die Lage in Brasilien.

eca London, 7. August.

Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß alle Militär- und Zivilgefängnisse überfüllt sind. Die Mehrzahl der verhafteten Personen erwartet, daß sie vor ein Kriegsgericht oder Zivilgericht gestellt wird unter Anklage des Hochverrats wegen Beteiligung an dem Aufstand. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Admiral Aristides Macarenas. Nach Nachrichten aus Sao Paolo finden immer noch Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den Rebellen statt, die sich in guter Ordnung zurückziehen.

Die geplante Ermäßigung der Gütertarife.

Wie bereits gemeldet, hat der Ständige Ausschuß des Reichseisenbahnbeirats in seiner letzten Sitzung grundsätzlich eine Herabsetzung der Gütertarife beschlossen. Wie die B. S.-Korrespondenz hierzu weiter erfährt, haben in dieser Frage schon seit Monaten langwierige Verhandlungen zwischen maßgebenden Vertretern der Industrie und des Handels und dem Reichsverkehrsministerium stattgefunden. Dem Reichseisenbahnbeirat sind auch eine Anzahl Gutachten großer Handelskammern und industrieller Verbände vorgelegt worden, in denen ausnahmslos betont wurde, daß der notwendige weitere Preisabbau, namentlich der Rohstoffe, in erster Linie abhängig sei, von der Verminderung der augenblicklich noch immer zu hohen Frachtspesen. In der letzten Sitzung konnte jedoch trotz des Drängens der industriellen Vertreter eine bindende Erklärung der Verwaltung der Reichsbahnen über die Höhe des Abbaus auch noch nicht erzielt werden. Vielmehr wurde lediglich die Erklärung abgegeben, daß das Reichsverkehrsministerium sofort Erhebungen darüber anstellen wollte, inwieweit ein Abbau der Tarife möglich sei, ohne die Wirtschaftlichkeit des Güterbetriebes zu gefährden. Während eine Preisermäßigung, die allerdings erheblich hinter denen zurückbleiben dürfte, was von den verarbeitenden Industrien verlangt wurde, für Kohle zugesagt worden ist, konnte die Verwaltung sich noch nicht dazu entschließen, dem Wunsche weiter Kreise auf eine Herabsetzung der Gebühren für Nahrungsmittel, besonders Getreide, Kartoffeln, Gemüse und Fleisch nachzukommen.

Die Weimaer Verfassungsfeier.

pp Weimar, 6. August.

Die Weimarer Vermassungsfeier am 10. August soll von den Neurepublikanern „Schwarz-Rot-Gold“ besonders gestaltet werden, einmal in Würdigung Weimars als Geburtsort der republikanischen Reichsverfassung, zum anderen glauben die Männer an der Spitze dieser Bewegung in Thüringen diese Gelegenheit agitatorisch zugunsten der hier in ihrer Machtposition gefährdeten Sozialdemokratie ausnutzen zu sollen, zumal die Woche darauf in Weimar der nationalsozialistische Parteitag eine Sache von weit größerem Ausmaße zu werden scheint. Diese Stimmungsmache geht vor allem aus dem Wortlaute hervor, in welchem die Festfolge abgefaßt ist usnd wo von „Trauerfeier für die gefallenen Freiheitskämpfer der Republik und am Denkmale der Märzgefallenen“ und von der „Niederlegung von Kränzen an diesem Denkmal und am Grabe des thüringischen Landespolizeibeamten Pfeiffer, erschossen von der Brigade Ehrhardt an der südthürigischen Grenze“, gesprochen wird, obwohl es sich bei diesen „Märzgefallenen“ nur um widersetzliche Personen handelt, die im Tumult des Kapp-Putsches umgekommen sind und obwohl die ganze Denkmalsehrung von Anfang an einen stark kommunistischen Einschlag gehabt hat. Mit dem Erscheinen des Reichspräsidenten Ebert zu dieser Feier glaubte man erst besondern Reklame machen zu können, rechnet jetzt aber nur noch mit der Teilnahme des sozialistischen Oberpräsidenten Hörsing, des Demokraten Dr. Hugo Preuß, des Urhebers der Weimarer Verfassung, des Generals von Daimling, des österreichischen Heeresgeneralinspekteurs Körner, des ehemaligen Reichskanzlers Fehrenbach und der Reichstagsabgeordneten Ludwig Haas und Loebe.

In Solingen findet am Sonntag ein katholischer Jugendtag statt.

Der Konflikt im rheinischen Baugewerbe.

Mtb Köln, 7. August.

Der Schlichter für Rheinland, Amtsgerichtsrat Dr. Schneider, hatte die Vertreter des Baugewerbes von Rheinland und Westfalen gestern zu einer Einigungsverhandlung nach Köln geladen. Zu einer Verständigung ist es jedoch nicht gekommen, da die Arbeitgeber jede Lohnerhöhung ablehnten. Die Arbeitervertreter waren bereit, auf einer Verhandlungsgrundlage von 80 Pfg. für Facharbeiter und 68 Pfg. für Hilfsarbeiter die Besprechung zu führen.

Ein verurteilter Kommunist entwichen.

München, 7. August.

Der kommunistische Schriftsteller Dr. Karl Frank, der seinerzeit bei der Aushebung des geheimen kommunistischen Bezirkstages in der Germaniabrauerei festgenommen und im Kommunistenprozeß im Juli zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist entwichen, als er aus dem Gefängnis zu einem Zahnarzt gebracht werden sollte.

— **Die Deutsche Volkspartei feiert die Verfassung nicht.** Der Vorstand des Wahlkreisverbandes Ostpreußen der DVP. veröffentlicht folgende Erklärung zur Verfassungsfeier: Die Deutsche Volkspartei sieht keine Veranlassung, den Verfassungstag festlich zu begehen. Sie hat zwar in der Nationalversammlung pflichtgemäß an den einzelnen Teilen der neuen Verfassung des Deutschen Reiches mitgearbeitet, im ganzen aber gegen sie gestimmt und sie hat stets offen erklärt, daß sie die neue Verfassung für außerordentlich reformbedürftig hält. Zur Verherrlichung der Verfassung im Zeichen Schwarz-Rot-Gold liegt für die DVP. demnach kein Grund vor.

— **Zurückgekehrte — aber arbeitslose Eisenbahner im Bezirk Köln.** Nach den bis zum 2. August vorliegenden Meldungen sind von den ausgewiesenen 3305 Bediensteten des Reichsbahndirektionsbezirks Köln insgesamt 2280 zurückgekehrt. Von diesen sind bei der Regie 219 Beamte und 181 Arbeiter, zusammen 400 Bedienstete eingestellt worden.

Kleine Nachrichten.

Das Erscheinen des Blattes „Der Stürmer“ ist von der Nürnberger Polizeidirektion auf 14 Tage, und zwar vom 2. bis einschließlich 15. August, untersagt worden.

*

Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung beschloß eine 10prozentige Beherbergungssteuer für Zimmer von 2 Mk. an.

*

Nach dem amtlichen Bericht belief sich die Zahl der Arbeitslosen in England am 28. Juli auf 1 048 000, d. h. die Zahl der Arbeitslosen hatte sich seit dem 21. Juli um 6216 erhöht, war aber im Vergleich zu der Ziffer am 31. Dezember 1923 um 237 623 geringer.

*

Die Regierung erfährt aus Bulgarien, daß die kommunistische Bewegung größtenteils beigelegt ist.

*

Der neue polnische Außenminister hat die beiden Chefs der politischen Ost- und Westabteilung, weil sie der nationaldemokratischen Richtung angehören, mit sofortiger Wirkung entlassen.

Barometer- und Thermometerstand

am 7. August 1924.

E. Petitpierre, Berlin W 8., Friedrichstr. 69.

		Barometer	Thermometer
Am	6. August abends 9 Uhr . .	758½	18 R 22 C
„	7. August morg. 7 „ . .	759	16 R 20 C
„	7. „ mittags ½2 „ . .	759	21 R 26 C

Hierzu eine Beilage und Kurszettel.

Allgemeine Wetterlage.

Berlin, den 6. August 1924.

Bei steigendem Luftdruck klärte sich gestern der Himmel allmählich auf. Di neue, von Westen sich nähernde Störungslinie hat heute früh die holländische Küste erreicht und verursacht dort bereits Regenfälle. Sie wird voraussichtlich im Laufe der Nacht unseren Bezirk überschreiten, da die westliche Luftströmung in der Höhe noch immer anhält. Die bisher über dem Nordmeere liegende Depression ist nach Norwegen und dem nördlichen Teile Schwedens vorgedrungen. Auf ihrer Rückseite hat sich über den britischen Inseln ein kräftiges Hochdruckgebiet ausgebreitet, auf dessen Vorderseite kühlere nordwestliche Winde nach der Nordsee hinströmen. Diese Luftdruckverteilung bedeutet den Abschluß einer Zyklonenfamilie.

Wetteraussichten für Berlin und Umgegend.

Zunächst überwiegend bewölkt mit etwas Regen, später Aufheiterung und Abkühlung.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland.

Im Osten noch warm, sonst überall nach leichten Regenfällen und vereinzelten Gewittern Abkühlung.

Westerland auf Sylt
und Wenningstedt

Aenderungen im Bewilligungsverfahren durch die Micum.

TU Essen, 7. August.

Nach einer Mitteilung der Industrie- und Handelskammer zu Essen sind mit dem 1. August von der Micum folgende Bestimmungen über die Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen und Zu- und Ablaufsbewilligungen erlassen worden: 1. Ein- und Ausfuhrbewilligungen: Die Bewilligungen, die nach dem 1. August ausgestellt oder verlängert worden sind, sind nur für einen Monat gültig. Die geleisteten Beträge werden nicht zurückerstattet, auch wenn von den Bewilligungen kein Gebrauch gemacht ist. Für Bewilligungen, die vor dem 1. August 1924 ausgestellt sind, können Reklamationen auf Rückerstattung der Gebühren spätestens bis zum 31. August vorgebracht werden. Nach diesem Datum wird kein Antrag auf Rückerstattung zugelassen. 2. Zu- und Ablaufsbewilligungen: Bei Bewilligungen, die vor dem 1. August ausgestellt sind, werden Anträge auf Reklamationen nur berücksichtigt, wenn der Antrag vor dem 15. August eingegangen ist. Nach dem 1. August werden Zu- und Ablaufsbewilligungen nur für einen Monat erteilt, ohne daß eine Rückerstattung der Gebühren eintritt, wenn die Ablaufsbewilligung innerhalb dieses Monats nicht benutzt worden ist.

Der Deutsche Bankbeamten-Verein zur Gehaltspolitik der Bankleitungen.

TU Berlin, 7. August.

Der deutsche Bankbeamten-Verein hatte gestern abend seine Mitglieder zu einer großen Versammlung einberufen, in der zu der Gehaltspolitik der Bankleitungen Stellung genommen wurde. Die beiden Redner, der Vorsitzende des Vereins, Fürstenberg, und der Verbandsgeschäftsführer Goller, verurteilen in sehr scharfer Weise die jetzige Haltung der Bankleitungen gegenüber dem gefällten Schiedsspruch, der den Angestellten eine 10prozentige Gehaltsaufbesserung zubilligt. Die Bankleitungen haben bekanntlich diesem Schiedsspruch ihre Zustimmung versagt, mit der Begründung, daß die Geschäftslage der Banken es nicht gestatte, die Gehälter zu erhöhen. Es wurde einstimmig von der Versammlung eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die Ablehnung des Schiedsspruches vom 28. Juli durch den Reichsverband der Bankleitungen. Daß die Arbeitgeber die von der Schlichtungskammer zugesprochene 10%ige Gehaltserhöhung, die nur als erster Schritt für die Erholung aus schwerster wirtschaftlicher Sorge angesehen werden kann, auch noch verweigern, muß auf das schärfste verurteilt werden.

— **Die neuen Sätze der Erwerbslosenunterstützung.** In einigen Blättern wird darüber Beschwerde geführt, daß die vom Reichstage beschlossenen erhöhten Sätze der Erwerbslosenunterstützung noch nicht veröffentlicht worden seien. Zur richtigen Beurteilung der Frage ist darauf hinzuweisen, daß das Reich zur Durchführung des Reichstagsbeschlusses der Zustimmung der Länder bedarf, die an dem finanziellen Aufwand im gleichen Ausmaße beteiligt sind, wie das Reich. Die Reichsregierung weiß, in welch schwerer Notlage sich viele Erwerbslose befinden und ist daher von Anfang an bemüht gewesen, die Zustimmung der Landesregierungen mit möglichster Beschleunigung herbeizuführen. Diese Verständigung ist bisher leider noch nicht mit allen Ländern zustande gekommen. Es kann aber bestimmt damit gerechnet werden, daß die erhöhten Unterstützungssätze noch in dieser Woche veröffentlicht werden.

Kunst und Wissenschaft.

Sven Langes Simson-Tragikomödie.

Renaissance-Theater.

Dies Stück, in Berlin schon vor Jahren gespielt, stammt aus einer Zeit, in der das dramatische Schaffen im Zeichen des Symbolismus stand. In der man aber schon begann, ihn als Fessel zu empfinden, und daher bereits es wagte, ihn zu ironisieren. Der Held des Stückes, ein dramatischer Schriftsteller, hat (wie mancher vor und nach ihm) den Simson-Stoff dramatisiert und muß, da er seiner Frau, der für die weibliche Hauptrolle prädestinierten Schauspielerin, das Stück erklärt und bemerkt, das Ganze sei sozusagen als ein Symbol aufzufassen, die Bemerkung einstecken: „Ein Symbol? Das ist langweilig."

Für Sven Langes Stück möchte ich diese herbe Kritik nicht übernehmen. Zwar, wenn irgendeines, ist das Simson-Symbol, ich will nicht sagen: langweilig, aber: billig und bequem. Der Simson-Dramatiker Sven Langes nimmt es als Symbol für das Verhältnis der Poesie zum Theater und allem, was dazu gehört: Ebenso wie Delila Simson den Philistern verrät, ebenso verraten die Schauspieler die Poesie dem Publikum. Die Poesie, der Dichter, seinem Wesen nach wild und ursprünglich, verliebt sich in das bürgerliche, geschäftsmäßige Theater, — so verliebt sich der geniale Simson in die bürgerliche Hure Delila. Sie aber raubt ihm seine Kraft, so wie der Schauspieler durch seine Wiedergabe der Poesie die Ursprünglichkeit raubt. Auf diese Weise wird sie zahm und gebildet und teilt sich so dem Publikum mit. Und die beiden bürgerlichen Mächte, die Hure und die Philister, vereinigen sich, um Simson zu Grunde zu richten, ebenso wie die Schauspieler und das Publikum die Poesie auf der Bühne töten, um sich hinterher, wenn der Vorhang gefallen, über die Leiche hinweg die Hand zu reichen.

Was Sven Langes dramatischer Schriftsteller in diesem Sinne literarisch-artistisch sieht und gestaltet, vertieft Sven Lange selbst ins Menschliche, Persönliche, Schicksalhafte. Indem er nun diesen dramatischen Schriftsteller das Simson-Schicksal erleben läßt. Der Simson, dichterisch neu gestaltet, wird selbst zum Simson und fällt, ein Opfer der vereinigten bürgerlichen Mächte. Denn Delila, die Hure, die außerhalb der bürgerlichen Sphäre zu stehen scheint, ist in Wahrheit mit ihrer Existenz viel enger an die zahlungsfähige Bürgerlichkeit gekettet, auf sie angewiesen und macht sich ihr zur (nicht unwillkommenen) Verbündeten, wenn es gilt, die den Alleinbesitz heischende Macht eines Außergewöhnlichen abzuschütteln. Wedekind sah später in diesem Simson-Schicksal nur Tragisches und fand dafür ein schmerzlich zerrissenes Pathos. Der dichterisch gewiß kleinere Sven Lange scheint mir in diesem Punkte ihm menschlich überlegen, indem er auch die Komik, die (für den dritten) in solchem Parallel-Erleben liegt, nicht übersieht, und zugleich stellt es seiner historischen Gestaltungsfähigkeit kein übles Zeugnis aus, daß er auf den tragischen Untergrund Tupfen der Komik zu sprenkeln vermag, ohne Schmerzhaftigkeit zu erregen.

Nach theaterlosen, am Meeresstrand und in Waldesgrün verlebten Sommerwochen ist der Berufskritiker besonders empfindlich gegen die erste Berührung mit dem gemalten und geschminkten Scheinleben der bretternen Welt. Selten ward mir dieser Uebergang so erleichtert wie durch Sven Langes Simson-Stück: — weil es mit einer gewissen stillen Bescheidenheit, ohne theatralisch selbstbewußte Aufdringlichkeit eine schlichte Synthese gibt von Kunst und Leben; weil es ohne Künstelei die unlöslichen Verstrickungen zwischen natürlicher Sinnlichkeit und gesteigerter Geistigkeit aufweist; weil es im Gleichnis uns erkennen läßt, daß in all unserem Empfinden, Denken, Handeln das unzerbrechliche Gesetz des Dualismus herrscht.

Und äußerlich erleichterte den Uebergang eine fein geschliffene, ausgereifte Aufführung, die die Gegensätze des Tragischen und Komischen zur höheren Einheit eines kampfreichen, schicksalgeschüttelten Erlebens band. Wie es sich vor allem in dem dramatischen Schriftsteller Walter Francks verkörperte, — eine schauspielerische Leistung von einer Einheitlichkeit, Geschlossenheit, Gedrungenheit, die den Rahmen des Stückes beinahe sprengte und die Gestalt in die erste Reihe jener tragischen Naturen schob, für die das Gekreuzigt- oder Verbanntwerden die natürliche Konsequenz der inneren Nötigung ist, dem Pöbel ihr Gefühl, ihr Schauen zu offenbaren. Die beiden Spielarten dieses Pöbels, das Huren- und das Philister-Element, haben Olga Tschechowa und Paul Marx zu symbolisieren. Sie tut es mit einem Täubchen-Girren, dem doch die robustere Delila-Dämonie nicht gegeben scheint, er mit einer steifen Korrektheit, die weniger großkaufmännisch als assessorisch ist. Der mittlere Akt mit der Bühnenprobe bereitete den Kennern der Welt hinter den Kulissen manchen ergötzlichen Moment, vor allem mit der Kopie des selbstbewußten, ungeistigen Heldendarstellers durch Franz Sondinger. In der Rolle des Theaterdirektors führte Franz Pollandt mitten aus all dem verstaubten und verlogenen Theaterkram mit zarter Hand und leisem Ton in die Nöte und Qualen der wirklichen Welt zurück.

Franz Köppen.

— **„Onkel Bernhard" in Amerika.** Arthur Hirsch, der Manager des größten amerikanischen Theatertrustes, hat „Onkel Bernhard", das Repertoirestück des Deutschen Künstler-Theaters, zur Aufführung für Nordamerika und Canada angekauft.

— **Im Schillertheater Charlottenburg** bleibt das musikalische Lustspiel „Die Frau ohne Kuß" mit der Musik Walter Kollos bis Ende August auf dem Spielplan. Die Besetzung ist die gleiche wie bei der Premiere: Mady Christians, Paul Heidemann, Alfred Haase, Arthur Hell usw.

— **Hugo Moesgen** ist als erster Kapellmeister für das Große Schauspielhaus verpflichtet worden.

— **Der Maler Adrian von Samoiloff,** von dem die Sensationstricks der Revuetheater in London, New-York und Paris geschaffen sind, wurde von Direktor Haller für die neue Revue im Theater im Admiralspalast verpflichtet.

— **Max Liebermann wieder Akademie-Präsident.** Zum Präsidenten der Berliner Akademie ist für das Amtsjahr vom 1. Oktober 1924 bis 30. September 1925 wiederum Professor Max Liebermann gewählt worden. Der Senat der Akademie hat dabei wie im Vorjahre eine Ausnahme von der bekannten Bestimmung des Statuts gemacht, die vorschreibt, daß eine Wiederwahl des Präsidenten nur soweit möglich ist, daß nach dreijähriger Amtsdauer einer Unterbrechung eintreten muß. Das Preußische Staatsministerium hat diese Ausnahme wieder genehmigt und Professor Liebermann abermals als Präsidenten bestätigt. Als Stellvertreter des Präsidenten ist Professor Dr. Georg Schumann, der Leiter der einen akademischen Meisterschule für Komposition, wiedergewählt worden.

Gross-Berlin.

Schildburghausen in Neukölln.

Eine mannhafte Tat zur Niederringung der Reaktion hat, wie uns berichtet wird, kürzlich auf kommunistischen Antrag hin, das Neuköllner Stadtparlament vollbracht.

Man hatte die peinliche Feststellung gemacht, daß das Neuköllner Stadtwappen die verhaßten Farben schwarz-weiß-rot zeigt, und befürchtete dieserhab schwerste Schädigungen für die Republik. Nun ist zunächst einmal den Kommunisten in ihrer völligen Farbenblindheit ein kleiner Irrtum unterlaufen, indem sie nämlich Silber mit Weiß verwechselten. Das Stadtwappen zeigt einen halb gespaltenen und geteilten Schild, in dessen drei Teilfeldern ein silberner Kelch im schwarzen Felde, ein roter Adler auf silbernem Grunde und ein silbernes Johanniterkreuz im roten Felde zu sehen sind. Diese Wappenbilder sind der Geschichte der Stadt Neukölln entnommen und erinnern daran, daß das ehemalige Koellner Kämmereidorf Rixdorf ursprünglich eine Gründung des Johanniterordens war und später unter Friedrich Wilhelm I. durch die ihres Glaubens wegen verfolgten böhmischen Protestanten wertvollen Zuwachs erhielt.

Infolge plötzlich auftretender politischer Farbenblindheit sahen die wackeren Neuköllner Bezirksverordneten in dem rein historisch begründeten Wappen die alten deutschen Reichsfarben. Sie verlangten demzufolge vom Bezirksamt schleunigste Entfernung jener staatsgefährlichen Wappenbilder aus den städtischen Gebäuden. Die Linke der Bezirksversammlung stimmte diesem Antrage selbstverständlich ohne weitere Prüfung zu und atmete erleichtert auf, denn mit ihrem Beschluß war ja die Gefahr eines monarchistischen Putsches erheblich verringert. Aber das Gespenst eines solchen Putsches spukte noch weiter in den aufgeklärten Köpfen der Neuköllner Stadtväter herum.

Besonders der Schulgewaltige, Dr. Löwenstein, sann auf Mittel, um die ihm anvertraute Jugend vor der schwarz-weiß-roten Verderbnis zu bewahren. Es dauerte auch nicht lange, da hatte er es erfaßt. Wozu hat man denn die weisen staatlichen Kreisschulräte als städtische Beamte in Lohn und Brot? Plötzlich erhielten die beiden Herren von ihrem städtischen Auftraggeber die Anweisung, die Neuköllner Schulen von jenen staatsgefährlichen Farben zu reinigen. Ein Rundschreiben der beiden staatlichen Kreisschulräte forderte die Rektoren auf, in den Schulgebäuden nach den verhaßten Farben zu forschen und über das Ergebnis schleunigst zu berichten.

Adler, Abendmahlskelch und Johanniterkreuz sind sicher keine geeigneten Wappenbilder für ein Gemeinwesen, dessen Bezirksamt neben dem allesbeherrschenden Dissidenten Dr. Löwenstein, ehemalige Redakteure, Stukkateure, Maler und dergleichen aufweist, deren Grundrichtung nun einmal sozialistisch-kommunistisch ist. Vielleicht ersetzt man das Johanniterkreuz künftig durch einen Sowjetstern. Wenn man dann noch zum Schutz der politisch Farbenblinden die Grundfarbe schwarz-silber-rot durch ein einheitliches Knallrot ersetzt, dürfte das politische Seelenheil der Neuköllner Sozialistenschäflein nicht weiter gefährdet sein.

F.

Die Schießerei in der Frankfurter Allee.

Der blutige Zusammenstoß auf dem Grundstück Frankfurter Allee 315, bei dem der Hausverwalter Kriminalassistent Ludwig Wolf die Pferdehändler Luszack und Zawistowski durch je einen Pistolenschuß so schwer verletzte, daß sie bald darauf starben, ist jetzt aufgeklärt. Wolf stand abends kurz vor 7 Uhr mit seiner Frau auf dem Hofe und sprach mit ihr über die dort liegenden Stallungen und Remisen. Er hatte festgestellt, daß der Pächter eines Raumes auch fremden Leuten erlaubte, ihre Handelswagen unterzustellen. In diesem Augenblick kam nun dieser Pächter auf den Hof gefahren. Wolf machte ihn auf das Unerlaubte seiner Handlungsweise aufmerksam und untersagte ihm für die Zukunft Fremde zuzulassen. Einer dieser Fremden, Zawistowski, befand sich unterdessen gerade in dem Stall. Der Pächter teilte ihm mit, daß er auf Anweisung des Verwalters nichts mehr unterstellen dürfe. Zawistowski war darüber aufgebracht, folgte Wolf und seiner Frau nach dem Hausflur und stellte ihn über sein Verbot zur Rede. Während des Wortwechsels kam Luszack dazu. Er war etwas angetrunken und sprang sofort seinem Freunde Zawistowski bei. Jetzt schickte Wolf seine Frau zur Revierwache, um polizeilichen Schutz zu holen. Luszack und Zawistowski drangen jetzt mit geballten Fäusten auf Wolf ein. Als sie ihm auf einen Meter nahe gekommen waren, zog der Bedrohte seine Pistole und gab über ihre Köpfe hinweg einen Schreckschuß in die Luft ab. Die beiden drangen aber weiter auf ihn ein und jetzt feuerte Wolf zweimal auf seine Angreifer. Der erste Schuß traf Zawistowski in die Lunge. Luszack erhielt einen zweiten Schuß in das Herz und sank sofort tot zu Boden. Jetzt kamen die von der Frau gerufenen Beamten der Schutzpolizei herbei. Sie nahmen Wolf in Gewahrsam und ließen seine beiden Gegner nach dem Krankenhause bringen.

— **Neue Anweisungen für Militärmusiker.** Um zu verhindern, daß das Spielen von Militärkapellen für militärische und sonstige Sonderzwecke mißbraucht wird, ist ihnen in jedem Falle das Spielen in Uniform bei allen Veranstaltungen von Organisationen, Vereinen und Bünden untersagt, deren Mitgliedschaft den Heeresangehörigen auf Grund der §§ 36 und 37 des Wehrgesetzes untersagt ist.

— **Eine neue Milchverordnung für Berlin.** Der Magistrat veröffentlicht eine neue Milchverordnung, nach der vom 9. August ab das Monopol der neugegründeten Berliner Milchversorgung G. m. b. H. in Kraft tritt. Der Verkauf von Milch an die Verbraucher darf in Berlin nur durch die Gesellschafter und deren Beauftragte stattfinden, soweit es sich um eingeführte Milch und Sahne handelt.

— **Ein neues Walzwerk.** Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf ein neues Feinblech-Walzwerk in Betrieb gekommen ist. Das Walzwerk ist in der Hauptsache erstellt worden zur Herstellung erstklassiger Qualitätsfeinbleche, wie Walz-, Stanz-, Tiefstanz-, Dynamo, Transformatoren- und anderer hochwertiger legierter Bleche. Für die Versuchsbahn Berlin—Bernau hat die Radsatz-Fabrik des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf A.-G. die Radsätze geliefert, die, da für den elektrischen Betrieb vorgesehen,, mit außerordentlicher Genauigkeit und Feinheit hergestellt werden mußten. Auch auf der Eisenbahn-Ausstellung in Seddin wird das Stahl- und Walzwerk A.-G. Hennigsdorf einen solchen Radsatz, wie für die elektrische Vorortbahn geliefert, ausstellen, außerdem noch andere sehr komplizierte Radsätze. Wie zu erwarten steht, dürfte durch die Inbetriebnahme des Walzwerkes die Basis des Werkes sich wesentlich erhöhen.

— **Einen lärmenden Auftritt** verursachte gestern abend der Arbeiter Paul Schüler aus der Naunynstraße vor dem Rathause in Treptow. Er kam mit einem Einspänner die Krug-Allee entlanggefahren, als ein Lehrer vor dem Rathaus mit etwa 100 Kindern den Fahrdamm überschreiten wollte. Dieser verursachte, um die Kinder nicht zu gefährden, Schüler durch Zeichen zum Halten zu veranlassen. Der Kutscher kümmerte sich darum aber nicht und fuhr weiter. Jetzt fielen Passanten seinem Pferde in die Zügel und brachten es zum Stehen. Da schlug er mit seiner Peitsche nicht nur auf das Pferd, sondern auch auf die Leute ein. Diese verabfolgten ihm jedoch eine Tracht Prügel, sodaß er nach der Rettungswache gebracht werden mußte.

— **Instandsetzung der Grunewald-Chausseen.** Die Chausseen im Grunewald, die während der Kriegszeit und auch späterhin sehr in Verfall geraten sind, da der Stadt die nötigen Mittel zur Unterhaltung fehlten, sind in diesem Jahre durch Erwerbslose wieder instandgesetzt worden. Es ist jetzt beschlossen worden, die Straßen mit einer Oberflächenteerung zu versehen, um die Staubentwicklung zu verhindern und um die Lebensdauer der Chausseen zu verlängern, und zwar ist der Anfang mit der Verbindungschaussee zwischen Heerstraße und der Havel-Chaussee gemacht. Das Bezirksamt Wilmersdorf, dem die Unterhaltung der Chaussee unterstehen, hat die Arbeiten einer Spezialfirma, der Straßenbau-Gesellschaft Zoeller, Wolfers, Droege, Berlin, die bereits durch die Teerung der Avusbahn bekanntgeworden ist, übertragen.

Aus aller Welt.

— **Erhöhung des Brotpreises in Wien.** Der Brotpreis wird ab Montag um 300 Kronen auf 8100 Kronen erhöht.

— **Während der Gerichtsverhandlung entflohen.** Aus Marseille wird gemeldet: Der Italiener Nimelli stand am Mittwoch nachmittag wegen verbotenen Waffentragens vor dem Untersuchungsrichter. Während der Verhandlung überreichte er plötzlich dem Untersuchungsrichter einen Brief und sagte: „Lesen Sie, es ist der Beweis meiner Unschuld." Der Untersuchungsrichter nahm den Brief und begann zu lesen. In diesem Augenblicke stieß der Angeklagte den Gendarmen, den Protokollführer und auch den Richter zur Seite, sprang ohne Schaden zu nehmen vom ersten Stock zum Fenster hinaus auf die Straße und war verschwunden.

— **Sieben Kinder durch eine Handgranate verletzt.** In der Buer Erle spielten Kinder mit einer Handgranate, die sie gefunden hatten. Plötzlich explodierte die Handgranate, sieben Kinder wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Sport.

Internationale Abendwettkämpfe.

Zu einem Ereignis von größter sportlicher Bedeutung gestaltete sich gestern abend das Zusammentreffen des besten deutschen Sprinters mit den ausgezeichneten Amerikanern Paddock und Murchison. Nach glatten Vorläufen, aus denen die beiden Amerikaner und zwei Deutsche als Sieger hervorgingen, fand unter ungeheurer Spannung der Endkampf statt, den der Deutsche Houben unter ungeheurem Jubel und Beifall für sich in der Zeit 10,8 Sek. entscheiden konnte. Paddock, ½ Meter zurück, Murchison 1 Meter. Im 200-Meter-Lauf nahm Paddock Revanche an dem Deutschen, den er in der Weltrekordzeit von 21,4 (Kurvenbahn) niederringen konnte. Houben kam als Dritter nach Murchison mit 21,6 ein. Die amerikanische Mannschaft, die auf der Pariser Olympiade und in Schweden zahlreiche Siege erringen konnte, erstritt sich in den von ihnen belegten Kämpfen die ersten Plätze. So gewann Riley in 15,1 den 110-Meter-Hürdenlauf, Moore (Amerika) 2., Gundel (Deutscher Sport-Club) 3. in der ausgezeichneten Zeit von 15,6. Den Hochsprung entschied Brown mit 1,80 Meter für sich. Die 4 mal 100-Meter-Staffel konnte Amerika nur mit knappem Vorsprung gegen die Mannschaft des D. S. C. gewinnen. Eine aus Helffrich, Riley, Paddock, Murchison bestehende Schweden-Staffel wurde gleichfalls gegen Deutschland (Wollenreuther, Renell, Apfel, Moebus) entschieden. Durch einen schlechten Stabwechsel fiel die deutsche Mannschaft zu weit zurück, sodaß die Schlußläufer gegen die ausgezeichneten amerikanischen Sprinter nichts mehr ausrichten konnten. Das 800-Meter-Mallaufen gewann Helffrich (Amerika) mit Brustbreite vor Martin, Schweiz.

Die genauen Ergebnisse: **100-Meter-Vorläufe.** I. 1. Murchison 11 Sek., 2. Möbus 11,2 Sek. — II. 1. Houben 11,1 Sek., 2. Kammerdiener 11,2 Sek. — III. 1. Paddock 11,1 Sek., 2. Apfel 11,1 Sek. — **Endlauf.** 1. Houben 10,8 Sek., 2. Paddock ½ Meter, 3. Murchison dichtauf. — **Hochsprung.** 1. Brown 1,80 Meter frei. 2. Skorzinski 1,80 Meter berührt. — **Speerwerfen.** 1. Lübeke 58,02 Meter, 2. Schnurr 52,04 Meter, 3. Grothe 48,25 Meter. — **Schwedenstaffel für Jugend.** 1. Brandenburg 2:07:1 — **4mal 100 Meter.** 1. Amerika 43,2 Sek., D. S. C. 43,2 Sek., 3. Brandenburg. — **800 Meter.** 1. Helffrich 1:56:2 Sek., 2. Martin dichtauf, 3. Ufer 1:58:1 Sek. — **D. S. C.-Staffel für B. C. D.-Vereine.** 1. Teutonia 2:05:4 Sek. — **110-Meter-Hürden.** 1. Riley 15:1 Sek., 2. Moore 15:3 Sek, 3 Gundel 15:6 Sek. — **200 Meter.** 1. Paddock 21:4 Sek. (neuer Weltrekord auf Kurvenbahn), 2. Murchison Brustbreite, 3. Houben 21:6 Sek. (1½ Meter). — **3000-Meter-Einzellaufen.** 1. Bedarff 9:04:1 Sek., 2. Tummoszeit, 3. Baumbach. — **Mannschaften.** 1. Schupo, 2. B. M. K. — **10mal 200 Meter für Fußballer.** 1. Union-S. C. C., 2. Friedrichsfelde, 3. Korso. — **Länderschwedenstaffel.** 1. Amerika 2:01:1 Sek., 2. Deutschland.

Anzeiger.

In das Handelsregister, Abteilung A, ist heute eingetragen worden: Nr. 67366. **Lesheim & Silberstein, Berlin.** Offene Handelsgesellschaft seit 1. Juli 1924. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Edith Lesheim geb. Cohn, Witwe, Berlin, James Silberstein, Kaufmann, Berlin. — Nr. 67367. **Friedrich Vogt, Berlin.** Inhaber: Friedrich Vogt, Kaufmann, Charlottenburg. Geschäftszweig: Handel mit Genuß- und Lebensmitteln. Geschäftslokal: Charlottenburg, Dahlmannstr. 25. — Nr. 67368. **Friedrich Weissenberg & Co., Berlin.** Offene Handelsgesellschaft seit 15. Juli 1924. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute in Berlin: Friedrich Weissenberg und Ido Goldstein. — Nr. 67369. **Winkelmann & Knopf, Berlin.** Offene Handelsgesellschaft seit 2. August 1924. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute in Charlottenburg: Fritz Winkelmann und Werner Knopf. — Bei Nr. 1535 **Gebrüder Schickler, Berlin:** Dr. jur. Ludwig Körte, Bankier, Dr. jur Jmre Freiherr von Palm, Bankier, Alfred Lehmann, Bankier, sämtlich in Berlin, sind in die Gesellschaft als persönlich haftende Gesellschafter eingetreten. Der Gesellschafter Adelbert Delbrück ist fortan auch allein zur Vertretung der Gesellschaft ermächtigt. — Nr. 3054. **Hermann Nagel, Berlin:** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Hermann Nagel ist alleiniger Inhaber der Firma. — Nr. 6808. **W. Naetebus & Co., Berlin:** Dem Erich Gierth, Berlin-Schöneberg, dem Max Stiebritz, Berlin, und dem Max Haase, Berlin, ist Gesamtprokura erteilt dergestalt, daß Max Stiebritz und Max Haase je nur mit Erich Gierth vertretungsberechtigt sind. — Nr. 20116 **J. H. Werner, Berlin:** Die Gesamtprokura des Hugo Gehre und des Alfred Müller ist erloschen. — Nr. 55549 **Richard Metz, Berlin:** Kaufmann Louis Halpern, Berlin-Wilmersdorf, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Jetzt offene Handelsgesellschaft seit 1. Juli 1924. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur Richard Metz ermächtigt. Die Prokura des Walther Kaelke, Charlottenburg, bleibt bestehen. — Nr. 63016 **Sänger & Etterer, Berlin.** Prokura: Georg Menk, Neukölln. — Nr. 65481 **Friedrich Franz Müller, Berlin.** Prokura: Curt Keller, Berlin. — Nr. 45026. **Josef Schreyer, Berlin.** Die Firma ist erloschen. — Nr. 52818. **Stock & Co. Kommanditgesellschaft, Berlin.** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Berlin-Mitte, Abt. 86,
den 2. August 1924.

In das Handelsregister Abt. A. ist am 2. August 1924 eingetragen worden: Nr. 67360. **Drutter & Goldstein, Berlin.** Offene Handelsgesellschaft seit 20. Mai 1924. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute in Berlin, Heinrich Drutter, und Jakob Goldstein. — Nr. 67361. **Bruno Breest, Berlin.** Inhaber: Bruno Breest, Kaufmann, Berlin. — Nr. 67362. **Otto Gerecke, Berlin.** Inhaber: Otto Gerecke, Kaufmann, Berlin. — Nr. 67363. **Hausbuch-Verlag, Julius Westphal, Berlin.** Inhaber: Julius Westphal, Kaufmann, Berlin. — Nr. 67364. **Finkelstein & Co., Berlin.** Offene Handelsgesellschaft seit 1. März 1924. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Leo Finkelstein, Juwelier, Berlin-Wilmersdorf; Berthold Wallenstein, Kaufmann, Berlin. — Nr. 67365. **Artur Fraenkel & Co., Berlin.** Offene Handelsgesellschaft seit 1. Juli 1924. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Artur Fraenkel in Berlin und Adolf Littmann in Charlottenburg. — Bei Nr. 7400 **Erhard Hertzer, Kommanditgesellschaft, Berlin.** Die Gesamtprokura des Stephan Mocsàri ist erloschen. — Bei Nr. 34587 **Gebrüder Köppe, Berlin.** Der bisherige Gesellschafter Max Köppe ist Alleininhaber der Firma. Die Gesellschaft ist aufgelöst. — Bei Nr. 49068 **Carl Bauer & Co., Berlin.** Die Prokura des Richard Rogge ist erloschen — Bei Nr. 56612 **Dornbusch & Schröder, Berlin.** Sitz jetzt Berlin. Der Kaufmann Erich Dornbusch ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist Frieda Dornbusch geb. Schwarzhans verw. Kauffrau, Neukölln, in die Gesellschaft als persönlich haftende Gesellschafterin eingetreten. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der Kaufmann Emil Schröder ermächtigt. — Bei Nr. 60691 **Siegfried Herzfeld, Berlin:** Die Firma lautet fortan Siegfried Herzfeld, Inhaber Hugo Kuschlewski. Inhaber jetzt Hugo Kuschlewski, Kaufmann, Berlin. Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe durch Hugo Kuschlewski ausgeschlossen. — Bei Nr. 64727 **Georg Buchmann, Berlin:** Die Prokura des Josef Christian ist erloschen. — Gelöscht sind: Nr. 12559 **Emil Ebeling, Berlin.** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Nr. 12637 **Paul Felber, Berlin.** Nr. 35699 **Helm & Co. Annoncen-Expedition, Verlag, Patent-Büro u. Versand, Berlin.** Nr. 49671 **Ibaco-Film J. Badner & Co., Berlin.**

Amtsgericht Berlin-Mitte, Abt. 90.

In unser Handelsregister Abteilung B ist heute eingetragen worden: Nr. 517. **Bank für Bergbau und Industrie.** Gemäß dem bereits durchgeführten Beschlusse der Generalversammlung vom 10. Juni 1924 ist das Grundkapital um 97 Millionen Reichs-Mark auf 100 Millionen Mark erhöht worden; ferner die von der Generalversammlung bzw. dem hierzu ermächtigten Aufsichtsrat am 10. bzw. 30. Juni 1924 beschlossenen Satzungsänderungen. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Auf die Grundkapitalserhöhung werden ausgegeben mit Gewinnberechtigung vom 1. April 1924 ab 970 Inhaberaktien über je 100 000 Mark zum Kurse von 10 Milliarden Prozent unter der Verpflichtung der Uebernehmerin, die übernommenen Aktien den Aktionären der Gesellschaft gemäß § 34 der Durchführungsbestimmungen zum Goldbilanziерungsgesetz anzubieten und einen etwaigen Mehrerlös über den Uebernahmekurs hinaus der Gesellschaft zuzuführen. Sollten von den Aktionären nicht alle Aktien bezogen werden, so verpflichtet sich die Königstädtische Spar- und Darlehnskasse, E. G. m. b. H zu Berlin, höchstens neun Millionen zur freien Verfügung zu behalten und die dann noch verbleibenden Aktien zur Verfügung der genannten Aktiengesellschaft zu halten. Das gesamte Grundkapital zerfällt jetzt in Inhaberaktien, nämlich 3000 zu je 1000 ℳ und 970 zu je 100 000 ℳ. — Nr. 14337. **Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A.-G. Niederlage Berlin.** Die von der General-Versammlung am 26. Februar, 4. Mai und 28. August 1923, sowie von dem dazu ermächtigten Exekutivkomitee am 30. Januar 1924 beschlossenen Satzungsänderungen. — Nr. 18516. **„Afa" Althoff-Ambos-Film Aktiengesellschaft.** Die von der Generalversammlung am 24. Juli 1924 beschlossene Satzungsänderung. — Nr. 21537. **Bartsch Quilitz & Co. Aktiengesellschaft.** Durch Beschluß der Generalversammlung vom 27. Juni 1924 ist das Grundkapital auf 360 000 Goldmark umgestellt worden. Ferner ist beschlossen worden, das Grundkapital auf bis zu 1 Million Goldmark zu erhöhen. Diese Erhöhung um 480 000 Goldmark ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt jetzt 840 000 Goldmark; ferner die von der Generalversammlung am 27. Juni 1924 beschlossene Satzungsänderung. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Auf die Grundkapitalserhöhung werden ausgegeben auf Kosten der Gesellschaft unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre mit Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1924 ab 4800 Inhaberaktien über je 100 Goldmark zum Nennbetrage gegen die Verpflichtung der Uebernahme die neuen Stammaktien den Inhabern der alten Stammaktien, sowie den Inhabern der alten Aktien der Glashütte Friedrichsthal A.-G. mit Ausnahme der im Eigentum der Bartsch Quilitz & Co. Aktiengesellschaft befindlichen innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Eintragung der durchgeführten Kapitalserhöhung ins Handelsregister in der Weise anzubieten, daß auf fünf alte Aktien à G.-M. 20.— eine neue Aktie à G.-M. 100.— zum Kurse von 105 % zuzüglich Börsenumsatzsteuer und Bezugsrechtssteuer bezogen werden kann. Das gesamte Grundkapital zerfällt jetzt in Inhaberaktien, nämlich 18 000 zu je 20 und 4800 zu je 100 Goldmark. — Nr. 26433. **Berlinische Jute Export und Import Aktiengesellschaft.** Die Generalversammlung vom 3. Juli 1924 hat beschlossen, das Grundkapital auf 5000 Goldmark umzustellen. — Nr. 28574. **Aktiengesellschaft für Sachwerte.** Dr. Oskar Goetz ist nicht mehr Vorstand. Als solcher ist bestellt: Fritz Rudolph, Kaufmann, Berlin.

Amtsgericht Berlin-Mitte, Abt. 89a.
den 4. August 1924.

In unser Handelsregister B ist heute eingetragen: Nr. 398. **C. Müller Gummiwarenfabrik - Actien-Gesellschaft.** Durch Beschluß der Generalversammlung vom 15. Juli 1924 ist § 22 (Vergütung des Aufsichtsrats) geändert. — Nr. 12334. **Max Hahn Chemische Fabrik Aktiengesellschaft.** Alfred Keil ist nicht mehr Vorstand. Zum Vorstand ist bestellt: Chemiker Dr. Ernst Zühl in Fürstenwalde a. Spree. — Nr. 18393. **Automobilhaus Schapiro Aktien-Gesellschaft:** Die Firma lautet jetzt: **Germania Automobil- und Groß-Garagen Aktiengesellschaft** und hat ihren Sitz in **Berlin.** Gegenstand des Unternehmens ist jetzt: Der Ein- und Verkauf von Kraftfahrzeugen aller Arten und Typen, der dazu gehörigen Ausrüstungszubehörteile, ferner auch die Errichtung und Vermietung von Groß-Garagen und Unterkunftsräume für Automobile. Durch Generalversammlungsbeschluß vom 27. Juni 1924 sind die Satzungs-§§ 1 (Firma) und 2 (Gegenstand des Unternehmens) geändert worden. Ehrenreich Döllen ist nicht mehr Vorstand. Als solcher ist bestellt: Dr. Leon Rauchwerger, Kaufmann, Berlin; ferner: „Die von der Generalversammlung vom 27. Juni 1924 beschlossenen Satzungsänderungen." — Nr. 20083. **Grünhof Aktiengesellschaft.** Kaufmann Max Kuhnert, Berlin, ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Zum Vorstand ist bestellt: Fräulein Charlotte Peschke, Berlin — Nr. 27807. **Elisasserstraße 76 und 76a Grundstücks-Aktiengesellschaft zu Berlin.** Durch Beschluß vom 25. Juli 1924 ist das Grundkapital auf 50 000 Goldmark umgestellt. Ferner die am 25. Juli 1924 durch die Generalversammlung beschlossene Satzungsänderung. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Das Grundkapital zerfällt jetzt in 50 Inhaberaktien zu je 1000 Goldmark. — Nr. 31810. **Max Herbst Aktien-Gesellschaft:** Die Prokuren Martin Ucko und Karl Schnicke sind erloschen.

Amtsgericht Berlin-Mitte, Abt. 89b, den 1. August 1924.

In unser Handelsregister B ist heute eingetragen worden: Bei Nr. 10586 **Patent-Besteck-Werke Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Liquidator ist der bisherige Geschäftsführer. — Bei Nr. 10809 **Georg Jakob Kessel & Co. mit beschränkter Haftung:** Erich Jaeger ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Kurt Brunner, Königswusterhausen, ist zum Geschäftsführer bestellt. — Bei Nr. 17703 **„Wohlfahrt" Gesellschaft zur Förderung der Kranken- und Jugendpflege mit beschränkter Haftung:** Dem Pater Johann Königsöhr in München ist Prokura erteilt. — Bei Nr. 18161 **„Usiba" Gesellschaft für Präcisionsmechanik mit beschränkter Haftung:** Durch Beschluß vom 10. 1. und 31. 3. 24 ist der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich der Firma, des Gegenstandes des Unternehmens und des § 5 (Vertretung) geändert. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft nur durch zwei Geschäftsführer vertreten. Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung kann einem von mehreren Geschäftsführern das Recht gegeben werden, die Gesellschaft allein zu vertreten und zu zeichnen. Die Bestellung von Prokuristen bedarf der Genehmigung der Gesellschafterversammlung. Sind Prokuristen vorhanden, so kann die Vertretung und Zeichnung der Gesellschaft auch durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen oder durch zwei Prokuristen erfolgen. Loewenstein und Grimble sind nicht mehr Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist Kaufmann Werner Kluge in Berlin bestellt. — Bei Nr. 18625 **Norddeutsche Maschinen-Vertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung:** Durch Beschluß vom 31. Mai 1924 ist das Stammkapital auf 30000 Gmk. umgestellt. Durch Beschluß vom 31. Mai 1924 ist der das Stammkapital betreffende Paragraph des Gesellschaftsvertrages geändert. — Bei Nr 22496 **Schachtmeyer - Bierdruck - Apparate und Metallwaren, Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Durch Beschluß vom 26. 5. 24 ist der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich der Gehaltsverhältnisse und Gewinnbeteiligung des Gesellschafters Schachtmeyer ergänzt. Fabrikant Maximilian Schachtmeyer in Berlin-Lichterfelde ist zum Geschäftsführer bestellt. — Bei Nr. 23858 **Schering Chemical Works Berlin. Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Fabrikdirektor Ernst Schnitzler in Düsseldorf-Oberkassel ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. — Bei Nr. 26783 **Lavata Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung:** Durch Beschluß vom 29. Juli 1924 ist das Stammkapital auf 20000 Goldmark umgestellt. — Bei Nr. 27553 **Sparkolben Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Durch Beschluß vom 26. März 1924 ist der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich der Vertretung geändert. Zum weiteren Geschäftsführer ist Kaufmann Carl Curlo in Berlin bestellt mit dem Recht der Alleinvertretungsbefugnis. Jeder der beiden anderen Geschäftsführer Frankenund Keßler ist nur zusammen mit dem Geschäftsführer Curlo vertretungsberechtigt. — Bei **Nr. 33741 Textil-Verlag, Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Dem Kaufmann William Sternezu Berlin und dem Kaufmann Arthur Kornick zu Berlin-Wilmersdorf ist derart Gesamtprokura erteilt, daß ein jeder von ihnen berechtigt ist, die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer zu vertreten.

Berlin, den 4. August 1924.

Amtsgericht Berlin-Mitte. Abt. 122.

Bei Nr. 74 des Handelsregisters A — Firma **August Bäser, Mühlhausen Krs. Pr. Holland,** ist die Mühlenbesitzerwitwe Johanna Haese geb. Werner, hier, als jetzige Inhaberin eingetragen. (33664)

Amtsgericht Mühlhausen Ostpr., den 30. Juli 1924.

Hermann Löhnert.

Bydgoska Fabrika Maszyn Sp. Akc.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft laden wir hiermit zur **ordentlichen Generalversammlung,** welche am **Sonnabend, den 23. August 1924, nachmittags 3 Uhr,** im **Geschäftslokal der Bank M. Stadthagen Tow. Akc.** in **Bydgoszcz** stattfinden wird, ein.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichtes und der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
3. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
4. Aufsichtsratswahlen.
5. Feststellung der Werte für die Eröffnungsbilanz per 1. 1. 1924 in Zloty und Umvalutierung des Aktienkapitals
6. Statutenänderung (§§ 1, 4, 15, 19).

Zur Ausübung des Stimmrechtes in der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, welche **spätestens am 20. August 1924** an der **Kasse der Gesellschaft** oder bei der **Bank M. Stadthagen Tow. Akc.** in **Bydgoszcz** oder bei der **Ostbank für Handel & Gewerbe** in **Königsberg in Preußen** oder bei dem Bankhaus **Abraham Schlesinger** in **Berlin W. 55,** Jägerstr. 55, oder bei einem **polnischen Notar**

a) ein doppelt ausgefertigtes, arithmetisch geordnetes Nummernverzeichnis der zur Teilnahme bestimmten Aktien einreichen und
b) ihre Aktien oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine bei der Bank Polski hinterlegen.

Dem Erfordernis unter b) kann auch durch Hinterlegung bei einem polnischen Notar oder bei einem der genannten Bankhäuser entsprochen werden.

Bydgoszcz (Bromberg), 31. Juli 1924.

Der Vorstand: (33675)
Schmidt. Żukowski.

In unser Handelsregister B ist bei der unter Nr. 69 eingetragenen Firma **Gurefa (Gubener Regenmantelfabrik) G. m. b. H.** in **Guben** eingetragen worden.

Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 24. Juni 1924 ist zwecks Umstellung auf Goldmark das Stammkapital auf 800 Goldmark festgesetzt. (33662)

Guben, 5. Aug. 1924

Amtsgericht.

Am 21. August 1924, vorm. 10½ Uhr, soll an der Gerichtsstelle Zimmer Nr. 9 das Grundstück Kartenblatt 16, Parzelle 8, bebauter Hofraum (die Brandmauer zwischen 16,7 u. 16,8 ist gemeinschaftlich, ebenso Grund und Boden zu G. A. 740, Schwedenpfad 10, Hotel zum Franziskaner) zwecks Aufhebung der Gemeinschaft zwangsweise versteigert werden.

Bandelhomburg v. d. H., den 16. Juni 1924.

Preuß. Amtsger., Abt. 5. (33679)

Eingetragen im Handelsregister Abteilung A Nr. 45 am 18. Juli 1924 bei der Firma **Theodor Stier, Neu-Mühle** bei **Strausberg II:** Alleiniger Inhaber ist jetzt Mühlenbesitzer Theodor Stier in Eggersdorf.

Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch den Mühlenbesitzer Theodor Stier in Eggersdorf ausgeschlossen.

Amtsgericht.

Kalkberge (Mark). (33685)

Eingetragen in das Handelsregister B Nr. 13 am 14. Juli 1924 bei der Firma **Rittergut Rödersdorf G. m. b. H.:**

Der Kaufmann Alfred Kathmann ist aus dem Vorstand ausgeschieden und an seine Stelle der Kaufmann Nikolaus Kuttler in **Hennickendorf** zum Geschäftsführer bestellt. (33684)

Amtsgericht Kalkberge.

In unser Handelsregister ist heute die Firma **Erste Perleberger Bonbon und Marzipanfabrik J. Beckmann, Perleberg,** und als Inhaber der Bonbonkocher Johannes Beckmann in Perleberg eingetragen worden.

Perleberg, den 1. Aug. 1924. (33667)

Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister ist heute die offene Handelsgesellschaft **Richard Oertel u. Söhne, Perleberg,** und als persönlich haftende Gesellschafter Tischlermeister Richard Oertel, Tischlergeselle Paul Oertel, Tischlergeselle Otto Oertel, sämtlich in Perleberg, eingetragen worden. Die Gesellschaft hat am 10. Juli 1924 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft sind immer zwei Gesellschafter gemeinschaftlich ermächtigt. (33666)

Perleberg, den 1. August 1924.

Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister B ist heute unter Nr. 14 bei der Firma **Hüttenwerk Vollgold, Aktiengesellschaft,** in **Torgelow,** folgendes eingetragen worden: Der Kaufmann Otto Schneider in Torgelow ist aus dem Vorstande ausgeschieden. Der Kaufmann Richard Walter in Torgelow ist zum Vorstandsmitgliede bestellt mit der Befugnis, die Gesellschaft gemeinsam mit einem Vorstandsmitgliede oder einem Prokuristen zu vertreten. (33688)

Ueckermünde, den 28. Juli 1924.

Amtsgericht.

Drucksachen
liefert in sachgemäßer Ausführung bestens
Berliner Börsen-Zeitung
Druckerei und Verlag G. m. b. H.
Berlin W. 8, Kronenstraße 37

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Die Aktionäre werden hierdurch zu der auf **Freitag, den 22. August dieses Jahres, vormittags 11 Uhr,** anberaumten **ordentlichen vierundneunzigsten Generalversammlung in unserem Gesellschaftshause,** Breiteweg 7 und 8, hier, eingeladen.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über die Genehmigung der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz für das Geschäftsjahr 1923 und über die Verwendung des Jahresergebnisses;
2. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates;
3. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern;
4. Vorlage der Goldmark-Eröffnungsbilanz für den 1. Januar 1924 und der Berichte des Vorstandes und des Aufsichtsrates über die Prüfung der Goldmark-Eröffnungsbilanz sowie über den Hergang bei der Umstellung des Grundkapitals;
5. Beschlußfassung über die Genehmigung der Goldmark-Eröffnungsbilanz und über die Umstellung des Grundkapitals auf volleingezahlte 3 600 000 Goldmark;
6. Antrag des Vorstandes und des Aufsichtsrates, das umgestellte Grundkapital unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre durch Ausgabe von 14 000 Stück auf den Inhaber lautender und voll einzuzahlender, am Gewinn des Jahres 1924 zur Hälfte teilnehmender Stammaktien über je 100 Goldmark auf 5 000 000 Goldmark zu erhöhen. Beschlußfassung über diesen Antrag und über die Begebung der neuen Aktien;
7. Beschlußfassung über folgende Satzungsänderungen:
   a) Aenderung des § 4 Absatz 1 (Betrag und Einteilung des Grundkapitals),
   b) Aenderung der §§ 4 Absatz 2, 6, 7, 12 Absatz 1, 20 Absatz 1 und Streichung der §§ 3 Absatz 3, 9, 10, 12 Absatz 3, 14, 15, 16, 17, 18 u. 19 infolge Fortfalls der Einzahlungsverpflichtung der Aktionäre und Ausgabe von Inhaberaktien.
   c) Aenderung des § 5 Absatz 1 (Gültigkeit der bisherigen Aktienurkunden mit der sich aus der Goldmarkumstellung ergebenden Veränderung) und Streichung der §§ 8 Absatz 2, 20 Absatz 4 sowie 47 Absatz 2 infolge Ablaufs der bisherigen Dividendenquittungsbogen zu den alten Aktien,
   d) Aenderung der §§ 24 und 27 (Neufestsetzung der Sicherheitsbestellung des Vorstandes und der Aufsichtsratsmitglieder),
   e) Aenderung des § 40 (Teilnahme an der Generalversammlung, Stimmrecht der Stamm- und Vorzugsaktien);
8. Beschlußfassung über anderweite Festsetzung der festen Vergütung für den Aufsichtsrat (§ 34 Abs. 1 der Satzung);
9. Ermächtigung des Aufsichtsrates zur Vornahme solcher Aenderungen, welche lediglich die Fassung betreffen oder welche von der Aufsichtsbehörde oder dem Registergericht gefordert werden sollten.

Ueber die Punkte 5 bis 7 der Tagesordnung haben die Stamm- und Vorzugsaktionäre getrennt abzustimmen.

In der Generalversammlung sind die Aktionäre stimmberechtigt, die ihre Teilnahme nicht später als am dritten Tage vor der Generalversammlung dem Vorstande der Gesellschaft angemeldet haben und im Besitz einer auf den Namen des Teilnehmers lautenden Eintrittskarte sind. Als Eintrittskarte dient die Bescheinigung über die rechtzeitige Anmeldung zur Generalversammlung.

Vollmachten wegen Vertretung abwesender Aktionäre durch stimmberechtigte Aktionäre sind bis zum Tage vor der Generalversammlung einzureichen.

Magdeburg, den 5. August 1924.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.
Der General-Direktor:
Schlüter. (33672)

Zahlungsschwierigkeiten
beseitigt in den meisten Fällen
Schönemann's
Vermögens- & Hausverwaltung
Zentrale **Berlin W. 15,**
Ludwigkirchstr. 10a • Pfalzb. 3729

Bilanz per 31. Dezember 1923.

Aktiva.		
Nicht eingezahltes Aktienkapital		4 500 000
Kasse, fremde Geldsorten und Coupons		184 175 420 370 559 917 14
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken		47 562 890 000 000 000 —
Wechsel und Schecks		29 623 780 000 000 000 —
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen		66 386 330 000 000 000 —
Eigene Wertpapiere:		
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten	2 600 772 208 000 000.—	6 014 499 874 000 000 —
b) Sonst. börsengängige Wertpapiere; darunter Mark 242 330.— nom. eigene Pfandbriefe	3 418 727 668 000 000.—	324 385 340 000 000 000 —
c) Sonstige Wertpapiere	8 000 000.—	
Debitoren		
Hypotheken:		
a) Pfandbriefhypotheken	8 914 400.—	
davon kommen M 99 300.— als Pfandbriefbedeckung nicht in Ansatz		
b) Freie Hypotheken	219 448 65	9 133 848 65
Bankgebäude	1 000 000.—	
Zugang Wismar	3 369 210 000 000.—	
	3 369 210 001 000 000.—	
./. Abschreibung	3 369 210 000 000 000.—	1 000 000 —
Sonstige Aktiva:		
Mobilien	1 —	
Rückst. Hypothekenzinsen	141 294.—	
	141 295.—	
Abschreibung	141 294.—	1 —
		658 148 260 259 193 766 79

Passiva.		
Aktienkapital		10 000 000 —
Reserven:		
a) Gesetzlicher Reservefonds	8 800 000.—	
b) Reservefonds II	5 600 000.—	
c) Pfandbrief-Disagio-Reserve	69 784.68	14 469 784 68
Kreditoren:		
a) Einlage auf provisionsfreier Rechnung:		
1. innnrhalb 7 Tage fällig	486 038 850 000 000.—	
2. nach drei Monaten fällig	140 180 000 000 000.—	
	486 179 030 000 000 000.—	
b) Sonstige Kreditoren innerhalb 7 Tagen fällig	59 934 040 000 000 000.—	546 113 070 000 000 000 —
Hypothekenpfandbriefe:		
4 % ige . 7 338 600.—		
3½ % ige 1 361 400.—		8 700 000 —
Sonstige Passiva:		
a) Pfandbrief-Coupons:		
1. fällige . 315 337.—		
2. Coupons p. 1. 4. 24 Anteil 86 296.25	351 683.25	
b) nicht erhobene Dividende	883 290.—	
c) Hypotheken auf Bankgrundstück	40 000.—	1 274 973 25
Ueberschuß		112 035 190 224 749 008 86
		658 148 260 259 193 766 79

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1923.

Debet.		
Pfandbrief-Zinsen		894 756 85
Handlungsunkosten		89 704 532 892 283 281 84
Abschreibung auf Bankgebäude Wismar		3 369 210 000 000 000 —
Abschreibung auf Hypotheken-Zinsen-Schuldner-Konto		141 294 —
Ueberschuß		112 035 190 224 749 008 86
		155 108 933 117 568 841 55

Kredit.		
Vortrag aus 1922		149 649 —
Hypotheken-Zinsen		456 716 —
Provisionen		21 128 122 658 357 582 11
Zinsen		90 431 584 347 950 726 79
Erträgnisse aus dem Diskontgeschäft		7 344 677 240 221 495 29
Erträgnisse aus dem Effekten- und Sorten-Geschäft		36 204 548 870 422 172 86
		155 108 933 117 568 841 55

Gemäß § 244 des H. G. B. machen wir hiermit bekannt, daß die Herren Generalkonsul **Hincke** und Bankdirektor **Schwarz,** beide in **Berlin, neu in den Aufsichtsrat gewählt** sind.

Neustrelitz, den 5. August 1924. (33673)

Mecklenburg - Strelitzsche Hypothekenbank.
Jerchel. Worms.

Bilanz am 31. Dezember 1923.

Aktiva.	Zugang M	Abschreib M	M	₰
1. Grubenfelder	790 108	960 107	14 500 000	—
2. Ackergrundstücke	12 000	109 481	1 800 000	—
3. Eisenbahn	17 022 575	17 432 419	1	—
4. Schächte und Gruben	—	149 120	1	—
5. Grubengebäude	50 000	704 827	1	—
6. Gruben-Maschinen u. -Geräte	9 000	490 238	1	—
7. Brikettfabrik-Gebäude	—	2 043 419	1	—
8. Brikett-Maschinen u. -Geräte	—	1 055 009	1	—
9. Naßpreßanlagen	—	—	1	—
10. Planen	—	1	1	—
11. Wohngebäude	402 706	5 278 605	1	—
12. Abraumgeräte	296 000	1 745 356	1	—
13. Werkstatt	12 000	12 003	1	—
14. Wegebau	—	3	1	—
15. Pferde	5 000	5 006	1	—
16. Wagen und Geschirre	—	50 004	1	—
17. Möbel und Geräte	—	178 472	1	—
18. Elektrische Anlagen	87 000	745 736	1	—
19. Schwelerei	—	—	1	—
20. Zieglelein	—	36 334	1	—
21. Ziegelei-Maschinen u. -Geräte	—	—	1	—
22. Beteiligungen			5 526 038	—
23. Aval-Schuldner			16 518 000	—
24. Vermögen der A.K.W. Ruhegehaltskasse			1 000 011 370 077	44
25. Konto-Korrent-Schuldner				
a) Bankguthaben 3 895 950 000 000.—				
b) Anzahlungen 89 420 180 885 679 431.—				
c) sonstige Schuldner 632 205 417 499 088 269.61			725 521 548 284 767 700	61
26. Kasse			76 809 822 549 634 013	—
27. Wertpapiere		43 196 199	9 219 067	—
28. Warenbestände			105 702 424 152 750 000	—
29. Materialienbestände			212 418 000 000 000 000	—
	18 636 389	74 192 419	1 120 447 795 146 077 965	05

Passiva.			M	₰
1. Aktienkapital: Stammaktien		72 000 000 M	76 500 000	—
Vorzugsaktien		4 560 000 „		
2. Delkredere			43 234	79
3. Reservefonds			33 800 907	25
4. Obligationen-Tilgungsfonds			4 847 008	15
5. „ -Zinsen-Rückstand			106 111	50
6. Dividenden-Rückstand auf Stammaktien			5 106 124	—
7. „ „ „ Vorzugsaktien			72 660	—
8. Hypotheken und Restkaufgelder			4 650 233	—
9. Konto-Korrent-Gläubiger			624 876 602 858 442 876	21
10. Kaution			70 000	—
11. Bestand der A.K.W.-Ruhegehaltskasse			1 000 011 370 077	44
12. Avalgläubiger			16 518 000	—
13. Wohlfahrtskonto			1 281 859	17
14. Rücklage II			17 500 000	—
15. Gewinn und Verlust:				
Gewinn-Vortrag aus 1922		34 369 028.86		
Ueberschuß in 1923		495 570 192 081 399 785.18	495 570 192 115 768 813	54
			1 120 447 795 146 077 965	05

Gewinn- und Verlustrechnung am 31. Dezember 1923.

Soll.	M	₰
Abschreibungen	74 192 419	—
Bilanz-Konto: Ueberschuß	495 570 192 115 768 813	54
	495 570 192 189 961 232	54

Haben.	M	₰
Gewinn-Vortrag aus 1922	34 369 028	86
Betriebsüberschuß	495 570 192 155 592 204	18
	495 570 192 189 961 232	54

Anhaltische Kohlenwerke.

Raab. Heufelder. (33677)

Goldmark-Eröffnungsbilanz v. 1. Januar 1924.

Soll.	M	₰	G.-M.	₰
M 2 500 000.— vollgezahlte Verwertungsaktien			2 500 000	—
M 9 000 000.— mit 25 % eingezahlte Verwertungsaktien			2 250 000	—
Fehlende Einzahlungen			6 750 000	—
Bargeld			460 879	50
Bankguthaben			180 923	41
Sammel-Rechnung (Schuldner)			2 213 825	41
Sicherheit für Ruhegehaltsschatz für Vorstandsmitglieder	80 625	25		
Bürgschaftsleistungen Papiermark	332 200	—		
Wertpapiere			—	01
Aktien, Geschäftsanteile u. Bahnpfandschulden von Bahngesellschaften			13 118 364	40
Eigene Bahnen			4 028 885	86
Vorräte			62 781	69
Geschäftshaus Berlin			250 000	—
			31 815 160	28

Haben.	M	₰	G.-M.	₰
Aktien			30 000 000	—
Schatz für Betriebsrücklagen			1 650	—
Schatz für Erneuerungen			59 070	69
Kündigte Schuldverschreibungen			656 034	60
Sammel-Rechnung (Gläubiger)			917 900	98
Ruhegehaltsschatz für Vorstandsmitglieder	80 625	25		
Bürgschaftsverpflichtungen Pap.-Mk.	332 200	—		
Schatz für Erneuerungen fremder Bahnen			180 504	01
			31 815 160	28

Ueber das Vermögen der **Portikus A.-G. Pommersche Baustoff-Industrie-Schiffahrts- und Fischerei-Aktiengesellschaft** in **Barth** ist heute mittag 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter: Kaufmann Wilhelm Busch in Barth. Frist zur Anmeldung der Forderungen bis 2. September 1924. Erste Gläubigerversammlung am 16. September 1924, vormittags 10 Uhr. Prüfungstermin am 7. Oktober 1924, vormittags 10 Uhr. (33676)

Barth, 4. Aug. 1924.

Amtsgericht.

Berlin, den 17. Juni 1924. (33676)

Allgemeine Deutsche Eisenbahn-Aktiengesellschaft.

Eröffnungs-Bilanz per 1. Januar 1924.

An Aktiva.	Goldmark	₰
Kasse, fremde Geldsorten und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	538 870	85
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	54 890	90
Devisen	76 982	15
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	85 992	53
Vorschüsse auf Waren u. Warenversicherungen (davon gedeckt M 3655.—)	8 655	—
Eigene Wertpapiere	370 000	—
Konsortialbeteiligungen	5 000	—
Dauernde Beteilig. bei Banken u. Bankfirmen	50 000	—
Debitoren in laufender Rechnung:		
a) gedeckte M 786 258.85		
b) ungedeckte „ 660 843.74	1 447 102	59
Aval- u. Bürgschaftsdebitoren M 35 587.—		
Bankgebäude in Königsberg, Allenstein, Elbing, Landsberg, Osterode, Schneidemühl, Schwiebus und sonstiger Grundbesitz	2 725 488	—
	5 357 982	02

Per Passiva.	Gold mark	₰
Aktienkapital	2 000 000	—
Ordentliche Rücklage	120 000	—
Kreditoren:		
a) Nostrovorpflichtungen u. Guthab. deutscher Banken und Bankfirmen M 259 354.39		
b) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung „ „ 51 473.96		
c) Sonstige Kreditoren „ „ 1 601 645.57	1 912 473	92
Noch nicht eingelöste Schecks	20	10
Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen M 35 587.—		
Grundbesitz-Entwertungs-Konto	1 325 488	—
	5 357 982	02

Königsberg Pr., im Juli 1924.

Ostbank für Handel und Gewerbe.

Bekanntmachung.

Bei der im Handelsregister B unter Nr. 9 eingetragenen Firma **Merkur Gummiwarenfabrik G. m. b. H.** in **Finsterwalde** ist heute folgendes eingetragen worden:

Der Kaufmann Guido Schmidt ist als Geschäftsführer ausgeschieden und an seine Stelle der Kaufmann Gerhard Bethge zum Geschäftsführer bestellt. (33681)

Finsterwalde, den 2. August 1924.

Das Amtsgericht.

In unserem Handelsregister B ist bei der unter Nr. 4 eingetragenen **Möbelindustrie „Walkmühle" G. m. b. H.** heute folgendes eingetragen worden: Der Sitz der Gesellschaft ist nach **Berlin-Wilmersdorf** verlegt. Der Prokurist Arthur Pfeiffer in Berlin-Wilmersdorf ist zum Liquidator bestellt. § 1 der Satzung ist geändert (cf. Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 7. 7. 24). Die Gesellschaft ist aufgelöst. (33680)

Drossen, 23. Juli 24

Das Amtsgericht.

Handelsnachrichten.

Berliner Börse.

Die Börse eröffnete auf günstige Londoner Meldungen hin in fester Haltung. In Bestätigung unserer gestrigen Ankündigung wird von London gemeldet, daß sich der englische Kredit an den Norddeutschen Lloyd auf 1 Million Pfund belaufe und auf 10 Jahre erstrecke. Mit einer Aufhebung des deutschen Ausfuhrverbotes für Schiffahrtsaktien würden die deutschen Schiffahrtspapiere einen Markt in London und an anderen Auslandsbörsen erhalten, so daß man auf gesteigertes Interesse des Auslandes rechnen könne. Im Zusammenhang mit diesen Kombinationen zogen Lloyd auf 8½, Paketfahrt auf 31,5 an. Man wird erst Erklärungen der Lloydverwaltung und die notwendig werdende Kapitalumstellung auf Goldmark abwarten müssen, um einen sicheren Anhalt für die kürsmäßige Bewertung zu finden. Schließlich ist ja eine Schuld, die verzinst und getilgt werden muß, eine Belastung. Bemerkenswert ist aber, daß Lloydaktien am 12. Juni noch mit 3½ % bewertet wurden, ihren Kursstand seitdem also mehr als verdoppelt haben. Hapag haben inzwischen auch eine Kurssteigerung um 10 % durchgesetzt. Bei diesen spricht man von einer Zusammenlegung im Verhältnis von 2 : 1. Man sieht, wie stark der künstliche Druck war, unter dem in den letzten Monaten die Börse gestanden hat, und kann daher für die nächste Zeit beträchtliche Kurskorrekturen nach oben bei einer ganzen Anzahl von heute noch stark unterwerteten Papieren in Aussicht nehmen, wenn nicht politisch alles wider Erwarten geht. Ein Beispiel hierfür sind z. B. die Mannesmannröhrenaktien, die in wenigen Tagen von 32 auf 40 avancierten sind. Wenn aber Mannesmann bei einer Zusammenlegung von 10 : 7 mit 40 % bewertet werden, sind Gelsenkirchener mit 53 % verhältnismäßig zu niedrig bewertet und Bochumer erst recht, obwohl sie unter Gelsenkirchener stehen. Aber solche Relationen haben bekanntlich an der Börse nur sehr problematischen Wert. — Das Geschäft in Kriegsanleihe und Vorkriegsrenten ist merklich stiller geworden. Auf Deckungen konnten sich nach den ersten Kursen Besserungen durchsetzen. Fest lagen wieder ausländische Renten unter Führung von Türken, für die die Tatsache günstig wirkt, daß die Türkei sich mit Erfolg auch finanziell selbständig zu machen beginnt (vgl. die Meldung über die Beseitigung der französischen Tabakregie). Deshalb ist es auch berechtigt, daß türkische Werte eine ganz andere Bewertung erfahren als deutsche Anleihen. Wenn Deutschland politisch erst einmal soweit gesundet ist wie die Türkei, wird man die deutschen Anleihen auch einmal höher bewerten können. Aber augenblicklich ist wirklich kein Grund hierfür weder in der politischen Situation noch in der Lage der Reichsfinanzen zu erblicken. Viel beachtet wurde die Nachricht aus der sächsischen Industrie, wonach man dort den Höhepunkt der Wirtschaftskrise bereits als überschritten ansieht. Besonders am Kassamarkt der Industriepapiere wollte man hieraus und aus der angekündigten Herabsetzung der Eisenbahntarife eine günstige Auffassung herleiten. Ueber die Einzelheiten des heutigen Verkehrs ist folgendes zu berichten:

Am Montanaktienmarkt herrschte bei Börseneröffnung recht lebhaftes Geschäft bei durchweg steigenden Kursen. Die Meldungen über die Lage im Ruhrkohlensyndikat zeigen deutlich, daß die dort bestehenden Differenzen, die sich ja namentlich um die Frage der Handelsorganisationen drehen, durchaus noch nicht beigelegt sind. Aber man hat sich an der Börse daran gewöhnt, neuerdings Syndikatsprobleme als Fragen von zweiter und dritter Bedeutung zu betrachten und über sie zur Tagesordnung überzugehen. Mehr Beachtung schenkte man Nachrichten, die von einer Besserung der Beschäftigung in der Industrie wissen wollen, doch läßt sich hier nicht ohne weiteres erkennen, ob es sich hierbei nicht um mancherlei optimistische Uebertreibungen, deren tiefere Gründe nicht auf rein wirtschaftlichem Gebiete liegen, handelt. Den Mittelpunkt der Bewegung bildete wiederum Mannesmann, die mehr als 4 % höher mit 40 eröffneten, ihren höchsten Tageskurs aber nicht zu behaupten vermochten. Ihnen folgten namentlich Bochumer (+ 2), Deutsch-Luxemburger (+ 2½), Gelsenkirchener (+ 2¼), Harpener (+ 1¼), Hoesch (+ 3), Köln-Neuessen (+ 3), Rheinstahl und Rombacher (+ 1¼), Phönix (+ 1), Stolberger Zink (+ 1½). Im Verlaufe wurde das Geschäft zeitweise ruhiger, was nicht ohne Einfluß auf die kursmäßige Tendenz blieb, sodaß die Anfangskurse zum Teil unterschritten wurden. Essener Steinkohlen waren von anfang an schwach disponiert. Später trat wieder eine Befestigung ein. Schlesische Werte lagen meist ruhig. Zeitweilig gefragt waren Oberbedarf (+ 1½), Kattowitzer und Laurahütte. Doch waren bei letzteren beiden Papieren die Kurserhöhungen unwesentlich. Gesucht wurden auch Linke-Hofmann. Von Braunkohlenwerten sind namentlich Stinnes-Riebeck (+ 1½ %) hervorzuheben.

In Metall- und Maschinenwerten war die Tendenz durchweg fester, ohne daß die Geschäftstätigkeit allerdings besonders lebhafte Formen angenommen hätte. Kurserhöhungen erfuhren u. a.: Loewe (+ 1⅜), Motoren-Deutz (+ 1½), Humboldt Maschinen (+ ¾), Hirsch Kupfer (+ 1), Union Gießerei (+ 1), Orenstein (+ 1¼), Karlsruher Maschinen (+ ⅞), Stettiner Vulkan (+ ½). Von Waggonwerten wurden Rathgeber, Busch, Gothaer Waggon begehrt.

Unter den Kaliwerten wurden Deutsche Kali (+ 1¾) und Salzdetfurth (+ 1⅛) favorisiert. Man verweist hier auf die neuerdings eingetretene Belebung des Kaligeschäfts.

Elektrizitätswerte lagen meist ruhiger, aber ebenfalls durchweg fest. Besonders interessierten Schuckert (+ 1¾), Siemens & Halske (+ ¾), Felten & Guilleaume (+ 1⅜). Auch für AEG., Accumulatoren, Elektrizitäts-Lieferung, Licht & Kraft, Lahmeyer bestand Nachfrage. Später wurden Bergmann lebhaft gehandelt.

Am Markt der chemischen Aktien zogen die Werte des Anilinkonzerns durchschnittlich um etwa ¾ % an. In lebhafter Nachfrage standen Guano (+ 1¾) und Oberkoks (+ 2). Rütgerswerke und Scheidemandel wurden ebenfalls begehrt, wobei jedoch die Kurssteigerungen 1 % nicht erreichten. Th. Goldschmidt fanden zeitweilig gute Käufer.

Unter den Textilwerten konzentrierte sich das Interesse auf Hamersen (+ 1) und Nordwolle (+ 1½). Stöhr lagen etwas schwächer, erholten sich aber später. Papier- und Zellstoffwerte wurden vernachlässigt. Aschaffenburger 1¼ % niedriger. Die Werte des Ostwerke-Schultheiss-Konzerns blieben fest veranlagt, Schoeneberger Schultheiss-Patzenhofer (+ 1¼) und Kahlbaum (+ 1). Unter den sonstigen Industrieaktien des Großverkehrs verdienen Charlottenburger Wasser, Dessauer Gas, Deutsch-Atlantische Telegraphen als fest hervorgehoben zu werden. Auch Basalt wiesen nach schwächerer Eröffnung feste Haltung auf.

Zu sehr lebhaftem Verkehr kam es in Schiffahrtsaktien. Man verwies auf eine Meldung, wonach der Lloyd einen englischen Kredit von 1 Million £ erhalten habe (worauf wir bereits hingewiesen haben) und sprach im Zusammenhange mit diesem Umstande und mit der gestern von uns erwähnten Erwartung einer Freigabe des Verkaufs von Schiffahrtsaktien an Ausländer von der Möglichkeit einer Einführung der deutschen Schiffahrtsaktien an der Londoner Börse. Lloyd zogen von 7,2 auf 8½, Paket von 27½ auf 31½ an. Kosmos gewannen 3 %, Hansa, Hamburg-Süd, Deutsch-Australier, Rolandlinie etwa 2 %.

Am Einheitsmarkte der Industriepapiere war die Tendenz im allgemeinen fest, ohne daß größere Umsätze stattfanden. In einigen, aber wenigen Fällen waren die Kurssteigerungen erheblich. So bei Deutsche Telephon und Kupferwerke Deutschland (+ 7 %), die repartiert werden mußten. Königsberger Lagerhaus gewannen auf günstige Abschußschätzungen 4 %. Ferner wurden stärker gesucht Rotophot, Rheingau, Anhalter Kohlen, Phönix Braunkohle, Stralsunder Spielkarten, Berlin-Neuroder, Wibard u. a. Angeboten waren Elberfelder Kupfer, Chemische Buckau, Preßspanfabrik und Akt.-Ges. für Kohlendestillation. Wir erwähnen folgende Kursdifferenzen:

Höher wurden: Bremer Oel 1½, Gebr. Simon ⅝, Busch Lüdensch. 1¼, Enzinger Werke ¾, Concordia chem. Fabr. 1¼, Berl.-Guben Hutfabr. ⅞, Glauzig Zucker ½, Mühelmer Bergw. 1, Stralsunder Spielkarten 5, Braunschweiger Kohlen 3¼, Bayer. Cellulloid ¼, Wilke ¼, Flöther Masch. ¾, Flender ¾, Ver. Glanzstoff Fabr. 4½, Deutsche Steinzeug ⅜, Lingnerwerke 1, Goerz ⅝, Genthiner Zucker ⅝, Anhalt Kohlen 2¾, Deutsche Ton ⅝, Elchenberg ⅞, Kasseler Federstahl 1, Dyckerhoff & Widmann 1, Gaggenauer Eisen 1½, Phönix Braunk. 3, Kolb & Schüle 0,75, Gildemeister 0,50, Nordd. Eiswerke 0,75, Chem. Ind. Gelsenkirch. 0,75, Lorenz Hutschenreuther 1,75, Zeitzer Masch. 1, Kölsch 1,50, Caroline 1,50, Doornkaat 1, Heckmann 1, Kupferwerke Deutschl. 7.

Niedriger notierten: Siegerdorfer Werke ⅝, Maschinenfabrik Baum 1¾, Preßspanfabrik 3¼, Tülifabrik Flöha 2½, Kohlendestillation 14½, Sächs. Gußstahl ⅞, A.-G. für Verkehrswesen 1, Deutsch-Niederl Telegr. ¾, Velbert Eisen ¼, Eintracht Braunk. 1, Koch Nähmasch. 1, Roddergrube ¾, Meinecke ⅞, Chem. Fabrik Buckau 4, Bremer Vulkan 1¼, Osnabrück Kupfer 1¼, Erdmannsdorfer Spinnerei 1½, Baroper Walzwerk ½.

Am Versicherungsaktienmarkt war die Tendenz bei stillem Geschäft uneinheitlich. Magdeburger Feuer lagen schwächer, da man vielfach eine günstigere Zusammenlegung erwartet hatte. Interesse bestand für Allianz, Frankfurter und Victoria Allgemeine.

Am Bankaktienmarkt war die Teudenz anfangs gut behauptet, zum Teil auch etwas fester. Besonderes Interesse bestand für Handelsanteile und Disconto. Im Verlauf waren die Kurse fast unverändert. Gegen Schluß der ersten Börsenstunde trat allgemein Angebot hervor, so daß die meisten Kurse eine Kleinigkeit nachgaben. Nur Handelsanteile blieben gefragt. Reichsbankanteile konnte eine Steigerung von 1¼ nicht behaupten. Das Interesse für Oesterreichische Werte ließ nach. Kreditaktien und Wiener Bankverein waren zu den gestrigen Schlußkursen angeboten. Russenbank wurde zu 12½, Petersburger Internationale zu 5,6 gehandelt.

B. E. W. konnte um 1/4 % anziehen. Braubank war leicht abgeschwächt.

Von Bahnwerten stiegen Hochbahn um 2, Baltimore um ¾, Canada um 1½ %.

Kolonialpapiere lagen unverändert.

Von Petroleumaktien wurden Dt. Petroleum um ⅞ % höher lebhaft gehandelt. Dt. Erdöl stiegen um 1¾ %, Apl um ¼ %.

Am Rentenmarkt war das Geschäft in heimischen Anleihen zunächst weniger lebhaft als an den letzten Tagen, da die wiederholten Warnungen der seriösen Finanzpresse, und zwar fast ohne Ausnahme, die spekulative Erhitzung doch merklich abgekühlt hat. Auf Deckungen setzte später eine allgemeine Befestigung ein. Kriegsanleihe 616 à 615 à 605, 3 % Reichsanleihe auf feste Haltung in London 1575 (+ 100 über gestrigem Schlußkurs), 3½ % Reichsanleihe dagegen 875 (— 125) à 700, 4 % Reichsanleihe 950 (— 50), 3 % Konsols 1500 (— 225), 3½ % Konsols 1650 — 1600 (— 75), 4 % Konsols 1325 (— 100). Später wurden diese Kurse z. T. wieder erheblich überschritten, als ein bekanntes Berliner Bankhaus als Käufer auftrat, so Kriegsanleihe 665, Dollarschatzanweisungen 82,10, 25er K-Schatzanweisungen 165—170 Mill. Proz., 24er K-Schätze 150 000 %, Zwangsanleihe 30 Milliarden. Von ausländischen Renten lagen österreichische und ungarische weiter fest. 4 % österreichische Kronenanleihe 1, 4½ % ige 13er Ungarn 6¼, do. 14er 6⅞, Ungarische Goldrente 8½, Kronenrente 2½, I. Bagdad 16⅝, II. Bagdad 13¾, Zolltürken 13⅞. Demgegenüber blieben wieder die per Kasse notierten türkischen Renten unverhältnismäßig zurück. Türkenlose dagegen bis 83. Später blieben türkische Werte nicht behauptet. Lissabonner Stadtanleihe 5, I. Anatolier 15, do. II. 12½, Mazedonier mit 9 etwas schwächer. 5 % Tehuantepec 24¾. 02er Russen 5½, 05er 8¾, Russische Consols 6, 89er Goldanleihe 5, 94er VI. Anleihe 5.

Von unnotierten deutschen Rentenpapieren seien erwähnt: Walchensee Papier 12½ à 11 Milliarden Prozent, do. Feingold 1,30 à 1,35 Bill. Mark, Bayerische Großwasser — G., Bayernwerk — G, Aschaffenburger Stadtanleihe 1 Million Prozent. Deutsche Vorkriegsstadtanleihen 3½—6 Bill. Prozent, Vorkriegs-Hypotheken- und Pfandbriefe 3,6—3,9 Bill. Prozent. Vorkriegs-Industrieobligationen 5—9 Bill. Prozent. In allen diesen Werten war das Geschäft lebhaft.

Geld ohne Nachfrage. Tagesgeld ⅞—½ per Mille, Monatsgeld 1½.

* * *

In der zweiten Börsenstunde blieb die Tendenz für Anleihen fest. Auf den anderen Marktgebieten wurde die Geschäftstätigkeit ruhiger; auch am Markt der Schiffahrtsaktien ließ der Verkehr etwas nach. Doch behauptete der Markt seine feste Disposition, wenn auch die Notierungen gegenüber den höchsten Tageskursen zum Teil leicht abbröckelten. Deutsch-Atlantische Telegraphen wurden von erster Seite aus dem Markt genommen. Auch für Bergmann und Pöge bestand Nachfrage. Man verwies auf gute Beschäftigung und Auslandsaufträge. Ferner wollte man holländische Käufe in letzterem Papier bemerken. Canada gaben auf 34 nach, nachdem sie bis auf 37 gestiegen waren. Die Börse schloß ruhiger, aber ziemlich fest.

* * *

Am Devisenmarkt waren die Anforderungen heute allgemein geringer als gestern.

Die Mark kam aus dem Auslande wieder etwas schwächer. London meldet 18,80 (18,70), Amsterdam 61½ (61¾) und Zürich 1,26 (1,27).

Der französische Franc war nur wenig verändert. Gegen London wurde er hier zwischen 81—81¼ gehandelt. In London notierte er 81,47 (81,15), in Zürich 28,85 (28,70) und in Amsterdam 14,20 (14,15).

Das englische Pfund lag mit 4,46½—4,46¾ wenig verändert. In Amsterdam notierte es 11,55⅝ (11,55½), in Zürich 23,65½ (2366).

*

Ostdevisen.

Die Notierungen verstehen sich in Billionen Papiermark für je 100 Einheiten.

Auszahlung	7. August 1924 Geld	Brief	rep.	6. August 1924 Geld	Brief	rep.
Warschau	79,60	81,20	100%	79,50	81,10	100%
Kattowitz	79,60	81,21	100%	79,50	81,10	100%
Riga	80,44	82,06	100%	80,19	81,81	100%
Reval	0,90	0,92	100%	0,89	0,91	100%
Kowno	—	—	—	40,09	40,91	100%
Bukarest	1,86	1,88	100%	1,86	1,88	100%
Athen	6,93	7,07	100%	—	—	—
		Noten				
Zloty	77,00	81,00	100%	77,00	81,00	100%
Estn. Mark	—	—	—	0,86	0,90	33⅓
Lat	—	—	—	78,00	82,00	100%
Lit	39,98	42,02	100%	—	—	100%

— **Produktenverkehr.** Die heutigen flauen amerikanischen Marktdepeschen blieben hier nicht ohne Rückwirkung. Während gestern nachmittag noch größerer Umsatz stattfand, hielt sich heute Unternehmungslust zurück. Beim Weizen fehlte es an Kaufneigung der Mühlen, aber auch an weiterer Verwendung nach dem Auslande. Roggen wird von den Provinzmühlen, wenn auch nur von der Hand in den Mund, gekauft und damit in vielen Gegenden die neue, noch sehr mäßige Zufuhr festgehalten. Trotzdem fehlte es hier an Offerten nicht, die aber nur niedriger als gestern bei der fehlenden Kauflust zu verwerten waren. Das Mehlgeschäft war auf der ganzen Linie still. Gerste in feinen neuen Sorten unterzubringen. Wintergerste weiter ziemlich fest. Für Hafer hielten heute Käufer zurück, Angebot war nur in weniger beliebten Qualitäten reichlich. Trotzdem waren Preise allgemein nachgiebiger. Futterstoffe ruhig.

Amtlich festgesetzte Preise. Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg, in Goldmark.

	7. August	6. August
Weizen ruhig, märk.	185—190	186—191
mitteldeutscher	—	—
mecklenb.	—	—
Roggen stetig, märk.	137—144	137—144
pommerscher	—	—
westpreußischer	—	—
Gerste, fest,		
Sommergerste	173—183	172—182
Winter- u. Futtergerste	168—175	166—174
Hafer, ruhig, märk.	153—162	154—163
schlesischer	—	—
westpreußischer	—	—
Mais, loko Berlin	—	—
waggonfrei Hamburg	—	—
Weizenmehl 100 kg fr. Berlin	25,25—28,25	25,25—28,25
Roggenmehl 100 kg fr. Berlin	21,00—23,25	21,00—23,25
Weizenkleie frei Berlin	10,60	10,60
Roggenkleie	10,20	10,20
bahnstehend	—	—
Raps, behauptet	275—280	280—285
Leinsaat, behauptet	400—410	400—410
Victoriaerbsen	22—24	22—24
Kleine Speiseerbsen	15,50—17,00	15,50—17
Futtererbsen	14—15	14—15
Peluschken	13—14	13—14
Ackerbohnen	13—15	13—15
Wicken	14—16	14—16
Lupinen blaue	8—9	8—9
Lupinen gelbe	17—18	17—18
Seradella	8—10	8—10
Rapskuchen	11,50	11,50
Leinkuchen	20—21	20—21
Trockenschn.	9,50	9,50—9,60
Vollw. Zuckerschn.	20,00—21,00	20—21
Torfmelasse 30/70	6,60—6,70	6,60—6,70
Kartoffelflocken	23,00—23,50	23—24

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loko frei Wagen oder ex Waggon (in Gold- oder Rentenmark) per 1000 kg:

Hafer 180—185, Gerste 195—200, Platamais 184, Roggenkleie 108.

— **Metallpreise in Berlin** (für 100 kg): **Feststellung der Vereinigung für die Deutsche Elektrolytkupfernotiz:**

	7. August	6 August
	in Billionen Mark	
Elektrolytkupfer wire bars für 100 kg	128,75	128,25
Originalhüttenrohzink, Preis des Zinkhüttenverb., nom.	—	—
Notierungen der Kommission der Berliner Metallbörse:	1 kg	1 kg
Raffinadekupfer 99—99,4 %	1,13—1,15	1,13—1,15
Originalhüttenweichblei	0,60—0,62	0,60—0,62
Originalhüttenrohzink, Preis im freien Verkehr	0,58—0,60	0,58—0,60
Remelted Plattenzink	0,52—0,53	0,50—0,52
Orig.-Hüttenaluminin. 98—99 % in Blöck., Walz- od. Drahtbarren	2,30—2,40	2,20—2,30
do. in Walz- od. Drahtbarren 99 %	—	—
Banka-, Straits-, Australzinn in Verkäuferswahl	4,90—5,00	4,95—5,05
Hüttenzinn, mindestens 99 %	4,80—4,90	4,85—4,95
Reinnickel 98—99 %	2,40—2,50	2,30—2,40
Antimon-Regulus	0,66—0,68	0,66—0,68
Silber in Barren ca. 900 fein für 1 kg fein	91,00—92,00	91,00—91,50

— **Deutsche Reichsfinanzen.** 82 Millionen Goldmark Ueberschuß im Juli. In der Geldbewegung bei der Reichshauptkasse gibt das Reichsfinanzministerium folgende Erläuterungen: In den Zeitabschnitt vom 21. bis 31. Juli 1924 fallen 10 Zahltage. In diesen 10 Tagen betragen die Ablieferungen rund 260,6, die Auszahlungen rung 211,4, mithin der Ueberschuß rund 49,2 Mill. Goldmark. Hiernach ergibt sich für den Monat Juli ein Gesamtüberschuß von rund 81,8 Mill. Goldmark, gegenüber einem Zuschußbedarf von 1,4 Mill. Goldmark für Juni. Der Ueberschuß seit 1. April 1924 beläuft sich auf rund 46,8 Mill. M. Im Monat Juli betrugen die Ablieferungen der Oberfinanz- und Finanzkassen, d. h. die Steuereinnahmen nach Abzug der von den Finanzkassen zu unmittelbaren Zahlungen zurückbehaltenen Beträge rund 494,8 Mill. Mark, was bei 27 Zahltagen einen Tagesdurchschnitt von 18,3 gegenüber 16,6 Mill. Mark im Vormonat ausmacht. Die Gesamtausgaben für den Monat Juli betragen ohne die von den Finanzkassen unmittelbar geleisteten Zahlungen rund 452 Mill. Mark, was einem Tagesdurchschnitt von 16,7 Mill. Mark entspricht — im Vormonat 19,2 Mill. Mark. Der Betrag von 253 Millionen Mark verteilt sich auf die allgemeine Reichsverwaltung einschließlich Ausführung des Friedensvertrages mit 248,5, Steuerüberweisungen an Länder und Gemeinden mit 198,4 Rückkauf von Goldschatzanweisungen usw. mit 5,1 Millionen Mark.

— **Vorläufig keine allgemeine Aufwertung von Stadtanleihen.** Gewisse Interessenkreise verbreiten in der Oeffentlichkeit Nachrichten, wonach mit einer allgemeinen Aufwertung deutscher Städteanleihen zu rechnen sei. Derartige Hinweise kehren neuerdings besonders häufig in den Wochenberichten von Bankfirmen der Provinz wieder. Auf Anfrage bei den zuständigen kommunalen Spitzenverbänden erfährt der „Deutche Handelsdienst", daß die maßgebenden Organisationen beschlossen haben, auf ihre Unterverbände in der Richtung einzuwirken, daß die Aufwertung seitens einzelner Gemeinden vorläufig nicht vorgenommen werden soll. Man beabsichtigt, zunindest abzuwarten, ob die Dritte Steuernotverordnung und damit die bisherige Regelung der Aufwertungsfrage eine Abänderung erfährt. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die ganze Frage gerade für die Städte eine besonders komplizierte ist. Es muß nicht nur die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden, sondern auch der besondere Charakter der einzelnen Anleihen (ob für werbende Zwecke etc.) berücksichtigt werden. Das einzelne kleinere Gemeinden schon eine Aufwertung angekündigt haben, ändert nichts an der grundsätzlichen Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände.

— **Erleichterung der Vorauszahlungen auf die Körperschaftssteuer.** In den nächsten Tagen werden durch den Reichsfinanzminister die 6. Durchführungsbestimmungen über die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuern im Kalenderjahr 1924 auf Grund der zweiten Steuernotverordnung veröffentlicht werden. Als besonders wichtig ist, wie der „Konfektionär" erfährt, daraus hervorzuheben, daß die körperschaftssteuerpflichtigen Erwerbsgesellschaften, denen nach den ersten Durchführungsbestimmungen als monatliche Vorauszahlung der Satz von 1‰ ihres Vermögens zugestanden war, mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse jetzt das Recht haben, bis zum 17. August zu erklären, daß sie statt der Vorauszahlung auf Grund des Vermögens künftig ihre Vorauszahlungen nach den Betriebseinnahmen entrichten wollen. An diese Erklärung sind die Gesellschaften dann auch für die folgenden Vorauszahlungen gebunden. Ferner hat sich der Reichsfinanzminister mit Rücksicht darauf, daß im Geschäftsleben viele Zahlungen erst einige Monate später nach Lieferung erfolgen, damit einverstanden erklärt, daß auf Antrag die Steuerpflichtigen, die bisher ihre Betriebseinnahmen nach den Soll-Einnahmen versteuert hatten, zur Versteuerung der Ist-Einnahmen übergehen dürfen. Voraussetzungen dabei ist aber, daß auch für die Umsatzsteuer im gleichen Zeitpunkt zur Versteuerung nach den Ist-Einnahmen übergegangen wird.

Der Ruhrkohlenmarkt im Juli.

Die Absatzverhältnisse haben sich im Monat Juli so ungünstig gestaltet, daß Feierschichten in verstärktem Umfange vorgenommen worden sind, nachdem die bedeutenden Lagermengen eine weitere Auffüllung kaum noch vertragen. Der effektiven Einschränkung der Förderung ist nun auch ein formeller Beschluß der Verkaufsorganisation erfolgt, und zwar derart, daß die Einschränkung in Kohle 25 %, in Koks 40 % und in Briketts 30 % beträgt. Die Einschränkungszahlen sind prozentual recht niedrig gehalten, in Wirklichkeit bedingt der unzureichende Absatz eine erhebliche höhere Einschränkung, namentlich in Koks, wo das Geschäft im Juli erheblich weniger als die Hälfte des normalen Umfanges ausgemacht hat. Es sind zunächst keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß der laufende Monat August eine Besserung in die Marktverhältnisse hineinbringen wird. Die Lage des Kohlenmarktes wird in der Hauptsache bestimmt von der Situation in der Industrie. Hier verschlechtern sich die Absatzverhältnisse täglich, der Juli war einer der schlechtesten Monate, namentlich für den Eisenmarkt; der August gestattet vorläufig keine Ausblicke auf Besserung und damit auf vermehrten Kohlenverbrauch. Man muß vielmehr damit rechnen, daß, trotzdem am Geldmarkte sich unverkennbar eine langsame Erleichterung anbahnt, im laufenden Monat speziell in der Eisen- und in der Metallindustrie zu weiteren Einschränkungen der Betriebe übergegangen werden muß und daß dadurch auch der Kohlenbedarf erneut zurückgehen wird. Dieser Umstand eröffnet auch für den Arbeitsmarkt, soweit er von der Lage des Kohlenmarktes beeinflußt wird, recht trübe Aussichten. Die Zahl der Feierschichten hat bereits einen hohen Grad erreicht, ihre Vermehrung wird bei den andauernd sich verschlechternden Absatzmöglichkeiten nicht zu umgehen sein, darüber hinaus aber sind die Zechen aus materiellen Gründen genötigt, die Belegschaften zu vermindern. Ein Teil der entlassenen Bergarbeiter hat versucht in der Landwirtschaft unterzukommen, der Prozentsatz ist aber gering und darüber hinaus bietet sich hier auch nur eine vorübergehende Arbeitsmöglichkeit Zum Herbst ist eine stärkere Rückwanderung zum Bergbau auf Grund der Erfahrungen von früheren Jahren sicher zu erwarten. Ob die Unterbringungsmöglichkeit vorhanden ist, muß bezweifelt werden, es sei denn, daß eine entscheidende Wendung in der Lage der Industrie sich vollzieht zugunsten erheblich besserer Beschäftigung. Das Problem der Arbeitslosenbeschäftigung bereitet der Industrie andauernd ernste Sorgen.

In Hausbrandmaterial ist das Geschäft sehr schlecht, man hält mit der Eindeckung von Koks für Zentralheizungszwecke zurück, trotzdem die Händler die Kundschaft in einer Form bearbeiten, die in manchen Fällen nachgerade als eine Art Belästigung empfunden werden muß. Das Angebot ist außerordentlich dringend, zumal, weil fortgesetzt neue Kohlenhandelsfirmen als Begleiterscheinung des Syndikats auftreten. Zu dem in Zeiten schlechter Konjunktur in besonders üblem Rufe stehenden Artikeln Schmieröl und Treibriemen haben sich neuerdings Koks und Kohle hinzugesellt, nachdem in Brennmaterial vor etwa 6 Monaten noch der allergrößte Mangel bestand. Krasser kann der Verfall der Wirtschaftslage nicht gekennzeichnet werden. Die Verbraucher, soweit es sich um Hausbrand handelt, begründen ihre abwartende Stellungnahme mit der Wahrscheinlichkeit von weiteren Ermäßigungen der Preise, die ja auch bereits Gegenstand von Besprechungen innerhalb des Syndikats sind. Zudem ist mit einem Mangel an Brennstoff, wie er im vorigen Jahre dauernd bestand, angesichts der Ueberproduktion nicht zu rechnen, sodaß man mit der Eindeckung des Winterbedarfes wirklich keine Eile zu haben braucht. Die Preispolitik des Syndikates begegnet selbst in Kreisen der Zechen einer scharfen Kritik. Die Ermäßigung der Preise ist viel zu spät gekommen, als daß sie belebend auf das Geschäft hätte wirken können. Die nicht aus dem Revier stammende Kohle tritt der Ruhrkohle noch immer als starker Konkurrent entgegen selbst in Gegenden, die eigentlich ausgesprochenes Absatzgebiet der Ruhrkohle sein müßten. Hier trägt zu der schlechten Marktlage mit bei, daß die Eisenbahnverwaltung mit ihrer Tarifpolitik nur Stückwerkarbeit liefert. Eine stärkere Herabsetzung der Kohlentarife, die unbedingt und bald kommen muß, würde der Ruhrkohle früher sehr dienlich gewesen sein, namentlich in Konkurrenz mit der oberschlesischen Kohle, die auch jetzt noch vor den Toren des Industriebezirkes erscheint und der Ruhrkohle dort eine empfindliche Konkurrenz bereitet. Natürlich sind auch die Frachten für den Wasserumschlagverkehr auf dem Rhein über Mannheim auch nach der letzten Ermäßigung noch viel zu hoch, als daß die Ruhrkohle in Süddeutschland und in den benachbarten ausländischen Gebieten mit der fremden Kohle erfolgreich konkurrieren könnte. Hier hat die englische Kohle nach wie vor einen sehr bedeutenden Markt, den zu behaupten sie mit Nachdruck bestrebt ist. Die Engländer sind mit ihrer Kohle am Mittelrhein und in Süddeutschland beträchtlich ins Geschäft hineingekommen. Es sind ganze Konzerne, die hier mitarbeiten und bei denen neben der prompten Anlieferung, der Sicherheit, um auch zuweilen von Ausständen mit Brennmaterial bedient zu werden, die überaus günstige Zahlungsbedingungen sowie die verhältnismäßig niedrigen Transportkosten ab Rotterdam den Erfolg bringen. Die mittelrheinische und die süddeutsche Industrie hat unter den Kalamitäten am Ruhrkohlenmarkte in den letzten Jahren sehr viel zu leiden gehabt und man kann es den Unternehmungen an sich nicht verdenken, wenn sie durch langfristige Verträge mit Handelsfirmen, welche den dauernden Bezug von Brennmaterial garantieren können, eine Art von Rückversicherung eingeht. Das alles spielt natürlich eine große Rolle, will man den eigentlichen Gründen des geringen Syndikatsabsatzes nachgehen.

Auch von Seiten der holländischen Gruben wird, da angesichts der steigernden Förderung und dem in Holland selbst nicht gerade nennenswerten Bedarf für die limburgischen Gruben verstärkte Absatzmöglichkeiten gesucht werden müssen, dortige Kohle in Deutschland stärker angeboten. Ein Teil der limburger Zechen hat mit einem neuen Verkaufssyndikat, das unter der Führung der französischen Firma de Wendel steht, ein Abkommen geschlossen, wonach diesem Syndikat der Alleinvertrieb der Kohlen aus den holländisch-limburgischen Gruben übertragen wird.

Das gleiche Syndikat übernahm zugleich den Alleinverkauf der linksrheinischen Ruhrkohlenzeche Friedrich Heinrich in Lintfort, diese Aktiengesellschaft (früher bei Rheinstahl) ist wie bekannt dem deutschen Einfluß nach dem Kriege wieder entzogen worden, deshalb auch der Verkaufsvereinigung der Ruhrkohlenzechen nicht beigetreten. In schlechten Zeiten des Absatzees machen sich derartige große Außenseiter, wie Friedrich Heinrich, die von de Wendel selbst auf Grund eines Abkommens mit der französischen Regierung ausgebeutet wird, Dahlbusch u. a. besonders unangenehm bemerkbar. Der Rückgang des Verbrauchers an Ruhr- und anderer Kohle wird übrigens weitere Fortschritte machen, sobald das System der großen Ueberlandzentralen und der Kraftstationen, wie sie in Gestalt des Walchenseewerkes und anderer Unternehmungen entstanden, eine Erweiterung erfährt. Das Bestreben aller Industrie- und übrigen kohlenverbrauchenden Zweige, die „weiße Kohle" nach Möglichkeit zu benutzen, ist unverkennbar. Natürlich sind hier gewisse Grenzen gezogen. Das Syndikat hat ausgesprochenes Pech, da von allen Seiten, und selbst von dort, wo man es kaum erwarten konnte, ihm Schwierigkeiten in der Ausgestaltung des Absatzes entgegentreten. So macht sich im Verkehr mit Holland die Konkurrenz der Reparationskohle bemerkbar. Die Franzosen haben, wie bekannt, mit Hilfe der enteigneten Rheinschiffe eine eigene Reederei unter der Firma Société française de Remorquage sur le Rhin gegründet, die auch in Holland, und zwar in Rotterdam und in Dortrecht Filialen eingerichtet hat. Diese suchen einen erheblichen Teil des holländischen Verkehrs an sich heranzuziehen. Sie können das um so leichter, als ihnen die Reparationskohle in Ruhrort zu 8 Gulden per Tonne zur Verfügung steht, wogegen die Holländer 19 Gulden für die Tonne zahlen müssen. Unter allen diesen Gesichtspunkten betrachtet, ist die Stimmung zugunsten der Verlängerung des Syndikates natürlich nicht die beste. Die Lockerung der vertraglichen Bestimmungen dadurch, daß man den großen Zechenkonzernen zugunsten ihrer Handelsgesellschaften ganz außergewöhnliche Vorteile eingeräumt hat, trägt ihre unangenehmen Früchte für die kleineren und mittleren Zechen, welche unausgesetzt Zubuße bauen. Ohne eine entschieden straffere Organisation wird man das Syndikat nicht wieder zustande bringen können und auch wenn diese Vorbedingung erfüllt ist, bleiben die großen Absatzschwierigkeiten durch die von allen Seiten herankommende Konkurrenz zu bestehen. Der Gedanke auf Zusammenschluß mag in der Eisenindustrie etwas an Boden gewonnen haben, im Kohlenbergbau, besonders was die Ruhrkohle anbetrifft, lockert er sich dauernd. Diese Stellungeahme der großen Konzerne findet auch in dem Umstande Nahrung, daß bei ihnen Kohle und Eisen zu einem sehr engen Begriff in der Gesamtwirkung zusammengefaßt sind. Inzwischen sind, nachdem die Verwaltung der Reichseisenbahnen anscheinend an chronischer Schwerhörigkeit leidet, neue Anträge auf Ermäßigung der Kohlentarife gestellt worden, und zwar wird von den rheinischen und westfälischen Industrieverbänden eine Senkung der ganzen Tarife sowohl für das Inland wie auch der Export-Ausnahmetarife von mindestens 25 % gefordert. Sollte die Entscheidung zugunsten der Antragsteller ausfallen, dann kann die Maßnahme zur Teilwirkung haben, da sie zu spät kommt.

— **Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft) in Berlin.** Die am 7. August unter Vorsitz von Bankier Carl Fürstenberg abgehaltene ordentliche Generalversammlung, in der 11 Aktionäre mit 4 018 200 ℳ Aktienkapital vertreten waren, genehmigte einstimmig den dividendenlosen Abschluß für 1923. Die turnusgemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Max Boeszoermeny Georg Helfft, Bankdirektor Carl Peters, Görlitz, Max Salinger und Kommerzienrat Alfred Zielenziger wurden wiedergewählt. Nach Mitteilung der Verwaltung ist Bankier Walter Goldschmidt, Bonn, aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden; eine Ersatzwahl wurde nicht vorgenommen. Die Versammlung genehmigte ferner die Satzungsänderungen, die sich aus der beabsichtigten Umstellung der Bank auf das Geschäft mit wertbeständigen Hypotheken ergeben.

— **Feuerversicherungs-A.-G. in M.-Gladbach.** Die ordentliche Generalversammlung genehmigte die vorgelegte Gewinn- und Verlustrechnung nebst Bilanz für 1923. Eine **Dividende** für 1923 gelangt **nicht** zur Verteilung (i. V. 250 %). Nach der Goldmarkeröffnungsbilanz vom 1. Januar 1924 wird das bisherige Aktienkapital von 10 680 000 Papiermark auf 3 560 000 Goldmark herabgesetzt. Der Nennwert einer jeden Aktie, welcher bisher 3000 Papiermark betrug, wird auf 1000 Gmk., also im Verhältnis von 3 : 1 festgesetzt. Die Goldmarkaktie ist eingezahlt mit 50 % = 500 Gmk. Die Kapitalreserve beträgt 356 000 Gmk.

— **Gladbacher Rückversicherung-A.-G. in M.-Gladbach.** Die ordentliche Generalversammlung genehmigte die vorgelegte Rechnung über 1923 nach der eine **Dividende** für 1923 **nicht** zur Verteilung gelangt (i. V. 300 %). Nach der Goldmarkeröffnungsbilanz vom 1. Januar 1924 wird das bisherige Aktienkapital von 6 000 000 Papiermark auf 400 000 Goldmark herabgesetzt. Der bisherige Nennbetrag von 1500 Papiermark einer jeden Aktien wird auf 100 Gmk., also im Verhältnis von 15 : 1 herabgesetzt. Die Aktien ist mit 100 Gmk. voll eingezahlt. Außerdem wurde unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre eine Erhöhung des Aktienkapitals um weitere 1000 auf den Namen lautende Aktien von je 400 Gmk. beschlossen, die mit 25 % einbezahlt sind. Die Kapitalreserve stellt sich auf 225 000 Gmk.

— **Europäischer Lloyd Versicherungs-A.-G. Berlin.** Nach dem Bericht des Vorstandes für 1923 war die Gesellschaft angesichts der dauernden Entwertung der Währung gezwungen, das Kapital mehrfach zu erhöhen. Der Gewinn des verflossenen Jahres stellt sich auf 21 900, welcher auf neue Rechnung vorgetragen bzw. zur Bildung der Goldbilanz verwendet werden soll. Der Verlauf des gegenwärtigen Geschäftsjahres darf als normal bezeichnet werden. Die Prämieneinnahme während der ersten drei Monate übersteigt bereits die Gesamteinnahme von 1923. In der Transportversicherung betrug der Gewinn 22 215 Bill. Mark, in der Feuerversicherung ergab sich ein Verlust von 2,5 Bill. Mark, in der Einbruchdiebstahlversicherung ein Verlust von 341 Bill Mark. Nach der Bilanz betragen Wertpapiere 38 478 605 500 ℳ, Guthaben bei Banken 24 672 Bill. Mark, Postscheck-Guthaben 74 Bill. Mark, Guthaben bei Versicherungs-Gesellschaften 14 518 Bill. Mark, barer Kassenbestand 2 799 Bill. Mark, Außenstände bei Agenturen 79 189 Bill. Mark, Inventar und Drucksachen 294 Billionen Mark, andererseits bei einem Aktienkapital von 42 000 000 ℳ, Konto für spätere Kapitalserhöhung 447 150 000 ℳ, Prämienreserve für Transportversicherung 9600 Bill. Mark, Einbruch-Diebstahlversicherung 4620 Bill. Mark, Feuerversicherung 6800 Bill. Mark, Reserve für schwebende Versicherungsfälle in der Transportversicherung 3000 Bill. Mark, Einbruch-Diebstahlversicherung 435 Bill. Mark und Guthaben von Versicherungs-Gesellschaften 75 194 Bill Mark. Anhängen an Europäischen Lloyd- Versicherungs-A.-G.

Die Generalversammlung vom 7. Juli hatte über Goldmarkumstellung zu beschließen. Das Kapital von zuletzt 31 Millionen Papiermark ist danach auf 31 500 Goldmark umgestellt. In der Goldmarkeröffnungsbilanz sind die Wertpapiere (sämtlich mit Börsenpreisen) mit 8125, Guthaben bei Banken mit 24 672 Goldmark, bei Versicherungsgesellschaften mit 14 518 Goldmark, Außenstände bei Agenturen mit 79 189 Goldmark, Inventar 7390 Goldmark, ausgewiesen. Die Prämienreserve beträgt 9600 Goldmark für Transportversicherungen, 4620 ℳ für Einbruchsdiebstahlsversicherung und 6800 Gmk. für Feuerversicherung. Als Reserve für schwierige Versicherungsfälle werden 3000 ℳ für das Transportgeschäft und 435 ℳ für das Einbruchsdiebstahlsversicherungsgeschäft zurückgestellt. Kreditoren hatten 75 194 Gmk. zu fordern. In der Generalversammlung, in der 302 736 000 ℳ Aktien vertreten waren, opponierte ein Vertreter der Assekuranzfirma Ernst Nespital unter Hinweis auf angebliche mangelhafte Geschäftsführung. Durch Bevorzugung einer anderen Subdirektion sei die Assekuranzfirma Nespital geschädigt worden. Zwischen dem Europäischen Lloyd und der Firma Nespital schwebt über diese Fragen ein Prozeß. Die Opponenten widersprachen mit 38,1 Millionen Stimmen den Anträgen der Verwaltung auf Genehmigung des Papiermarkabschlusses und der Goldmarkeröffnungsbilanz. Mit denselben Stimmen widersprachen sie der Entlastung des Vorstandes, die jedoch von der Mehrheit beschlossen wurde. Die Entlastung des Aufsichtsrates wurde einstimmig gut geheißen. Das Kapital der Europäischen Lloydversicherungs A.-G. wird nach der Umstellung um 969 000 Goldmark durch Ausgabe von 323 Namensaktien zu je 3000 Goldmark mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1924 entsprechend dem Verhältnis der Einzahlung erhöht. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen. Die Aktien werdn zu pari zuzüglich der Kosten von dem Versicherungs-Konzern Mutzenbacher in Hamburg übernommen. In den Aufsichtsrat wurden gewählt die Herren H. F. M. Mutzenbacher in Hamburg, Direktor Palm und Rechtsanwalt Kallenberg in Hamburg, Oberlandesgerichtsrat Dr. C. Christoph und Herr August Rickelt, Berlin. Aus dem alten Aufsichtsrat scheiden aus die Herren Heinrich Klempt in Dortmund, Herr Ernst Nespital in Berlin, Herr Professor Alfred Schwarz, Berlin, und Professor Dr. Max Apt.

— **Alkaliwerke Sigmundshall A.-G. in Bokeloh bei Wunstorf.** Wie bereits gemeldet, legt die Gesellschaft gleichzeitig mit dem Abschluß für das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr 1922/23 die Abrechnung und Bilanz für das Zwischengeschäftsjahr vom 1. Oktober bis 31 Dezember 1923 vor. Im Vergleich mit dem vorangegangenen Jahr ergibt sich folgendes Bild:

	1. 10. bis 31. 12. 24 Bill Mk.	1922/23 Mill. Mk.	1921/22 ℳ
Betriebsüberschuß	51 681	1 837 044	18 168 219
Mieten	2	8 642	79 446
Unkosten	8 556	168 661	4 878 082
Steuern und Abgaben	11 158	298 863	4 424 404
Zinsen	2 343	27 249	54 774
Syndikatsspesen	—	1 179 344	4 787 653
Wohlfahrtseinrichtungen	594	32 852	442 112
Abschreibungen	164	5 241	484 860
Reingewinn	28 868	133 476	3 185 758
do. einschl. Vortrag	28 868	133 476	3 404 748
Dividende			
auf Stammaktien	—	—	3 062 500
do. in %	—	—	50 %
auf Vorzugsaktien	9 000*)	36 000*)	36 000
do. in %	6 %	6 %	6 %
Vortrag	28 868	133 476	306 248

*) Mark.

Aus den Bilanzen sind, nachdem Gerechtsame Grundstücke, Gebäude, Schachtbau, Maschinen und Apparate, Geräte sowie Beteiligunngn auf je 1 ℳ abgeschrieben wurden, ferner zu erwähnen:

	Bill. Mk.	Mill. Mk.	ℳ
Aktiva:			
Kasse und Schecks	15 961	64 246	680 617
Wertpapiere	—	182	20 852
Warenbestände	12 058	183 532	5 663 748
Schuldner einschl. Bankguthaben	35 591	2 063 455	24 585 202
Passiva:			
Stammaktien	7 Mill. ℳ	7	7 000 000
Vorzugsaktien	0,6 Mill. ℳ	0,6	600 000
Rückständig. Löhne	4 721	108 491	1 164 779
Kreditoren einschl. Bankschulden	30 021	2 069 438	22 453 247

Dem Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1922/23 entnehmen wir folgende Ausführungen. „Unsere Beteiligung am Absatze des Kalisyndikats betrug am 1. Oktober 1922 = 6,1995 Tausendstel und ging im Laufe des Geschäftsjahres infolge Zuteilung neuer Quoten auf 5,9256 Tausendstel zurück. Unter Berücksichtigung der Uebertragungen und Austausche betrug der Absatz

16 304 dz K_2O	der Gruppe II	gegen 28 904	dz im Vorjahre
47 782 „	„ III	„ 48 601	„
38 848 „	„ IV	„ 21 700	„
102 934 dz K_2O		gegen 99 205	dz im Vorjahre.

Außerdem wurden 306 934 dz Rückstandsalz abgesetzt. Die Beschäftigung war bis einschl. Juli 1923 befriedigend. Im August trat jedoch infolge Versagens der deutschen Landwirtschaft und des Auslandmarktes eine empfindliche Absatzstockung ein, die auch zurzeit noch nicht beseitigt ist und zur Einlegung zahlreicher Feierschichten zwang. Der Gesamtabsatz des Kalisyndikats betrug im Jahre 1923 nur 8 859 423 dz K_2O gegen 12 953 443 dz K_2O im Jahre 1922, ging also um mehr als ein volles Drittel zurück. Größere Neuanlagen kamen im Berichtsjahr nicht zur Ausführung. Die Vorrichtung des Sylvinitlagers auf der 725 m-Sohle wurde fortgesetzt. Der Querschlag der 625 m-Sohle wurde für die Einrichtung von Lokomotivförderung erweitert. Angesichts der Lage der Kaliindustrie kann eine Dividende für das Geschäftsjahr 1922/23 nicht ausgeschüttet werden. Auch über die Aussichten im neuen Geschäftsjahre läßt sich bei den ungeklärten Verhältnissen der Kaliindustrie nichts sagen. Die Steinhuder-Meer-Bahn A.-G., an der wir erheblich beteiligt sind, verteilte auch im Geschäftsjahre 1922/23 keine Dividende. Die finanziellen Schwierigkeiten zwangen zu einschneidender Einschränkung des Fahrplans sowie der ganzen Verwaltung. Die Gewerkschaft Weser beschloß in der Generalversammlung am 9. März 1923, das Werk bis zum 31. Dezember 1953 stillzulegen und eine Beteiligungsziffer gemäß § 83c der Verordnung vom 22. Oktober 1921, betreffend Abänderung der Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft, bei der Kaliprüfungsstelle zu beantragen. Letztere hat daraufhin dem Werk eine Beteiligungsziffer von 2,7453 Tausendstel mit Wirkung vom 1. April 1923 zuerkannt. Sie entspricht 55 % der durchschnittlichen Beteiligungsziffer aller Werke. Die Phosphatfabrik Hoyermann G. m. b H. hat angesichts der nicht zu übersehenden Verhältnisse im Düngerhandel davon Abstand genommen, für das Geschäftsjahr 1. Mai 1922/23 eine Dividende auszuschütten. Im Geschäftsbericht für das 4. Vierteljahr 1923 heißt es u. a.: Der Absatz war während des ganzen Vierteljahres unbefriedigend. Er betrug:

	2818 dz K_2O der Gruppe	II
	3432 „ „ „	III
	3622 „ „ „	IV
zusammen	9872 dz K_2O.	

Außerdem wurden 17 991 dz Rückstandsalz abgesetzt. Der schlechte Absatz zwang in stark eingeschränktem Umfange zu arbeiten. Im Oktober wurde an 18 Tagen, im November an 10 Tagen und im Dezember an 12 Tagen gearbeitet. Außerdem wurde die Belegschaft um zirka 40 Mann durch Entlassungen und Beurlaubungen vermindert. Weiter wurde auf die größte Sparsamkeit im Betriebe hingewirkt und alle Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten nach Möglichkeit eingeschränkt. Betriebsstörungen kamen nicht vor."

— **Glas- und Spiegel-Manufactur A.-G. in Gelsenkirchen-Schalke.** Die Verwaltung beantragt, den im Geschäftsjahr 1923 erzielten Gewinn in Höhe von 14 317 Bill. Mark auf neue Rechnung vorzutragen. Es gelangt somit **keine Dividende** (i. V. 100 %) zur Verteilung. Der Abschluß bietet im Vergleich mit den beiden Vorjahren folgendes Bild:

	1923 Bill. Mark	1922 ℳ	1921 ℳ
Betriebsüberschuß	25 387	53 416 515	6 247 909
Zinsen	144	383 500	391 260
Miete	96	35 758	918
Abschreibungen	—	2 922	45 000
Unkosten	10 684	20 364 805	921 461
Reparaturen	626	20 868 671	1 659 745
Versicherungen	—	38 952	3 144
Reingewinn	14 317	12 560 423	4 010 737
do. einschl. Vortrag	14 317	17 986 553	9 337 558
Dividende	—	3 600 000	2 880 000
do. in %	—	100 %	80 %
Tantiemen	—	668 571	531 429
Rücklage für Unterstützungsfonds	—	500 000	500 000
Vortrag	14 317	13 217 981	5 426 129
In der Bilanz erscheinen u. a.:			
Aktiva:	Bill. Mark	ℳ	ℳ
Kasse	2 647	422 446	21 110
Debitoren	202 873	155 463 892	15 569 803
Passiva:			
Aktienkapital	3,6 Mill. M.	3 600 000	3 600 000
Kreditoren	191 204	152 253 873	5 195 978

Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgende Ausführungen: „Der Geschäftsgang, welcher zu Anfang des abgelaufenen Jahres noch einigermaßen zufriedenstellend war, wurde durch die Besetzung jäh unterbrochen. Der geringe Bedarf, welcher noch vorhanden war, konnte in den meisten Fällen infolge der Transportschwierigkeiten nur zum Teil befördert werden. Die vorhandenen Vorräte an Kohlen und sonstigen Rohmaterialien, welche wir in den ersten Monaten ansammeln konnten, gestatteten uns das weitere Arbeiten mit einem Ofen bis zum 31. Oktober. Da unsere Kohlenvorräte zu diesem Zeitpunkt vollständig erschöpft waren und neue Zufuhren unmöglich gemacht wurden, mußten wir am 31. Oktober den Betrieb vollständig einstellen. Derselbe wurde Anfang Februar 1924 zu einem kleinen Teil wieder aufgenommen und hierdurch für unseren alten Stamm von Arbeitern wieder Arbeitsmöglichkeit geschaffen. Die Papiermarkbilanz weist einen Papiermarkgewinn von 14 316 966 499 791 034 ℳ aus. Dieser Scheingewinn muß als Inflationsgewinn angesehen werden und ist bei Aufstellung einer Goldmark-Bilanz mit einem Verlust zu rechnen. Infolge der überstürzenden Geldentwertung war es gar nicht möglich, genaue Kalkulationen zu machen und die Verkaufspreise in ein richtiges Verhältnis zu den Gestehungspreisen und zur Geldentwertung zu bringen."

— **Baumwollspinnerei Unterhausen A.-G. in Unterhausen.** Die ordentliche Generalversammlung genehmigte den Abschluß. Aus dem Reingewinn von 130 142 Bill. Mark wird, wie schon mitgeteilt, eine Dividende von 8 Gmk. pro Aktie verteilt; der Rest von 82 142 Bill. Mark wurde bei der Umstellung zur Goldbilanz verwendet, die gleichfalls von der Generalversammlung genehmigt wurde.

— **Sunlicht-Gesellschaft A.-G. in Mannheim-Rheinau.** Die von einem Aktionär gegen die Generalversammlungsbeschlüsse vom 21. Dezember 1923 und 29. Januar 1924 angestrengten Anfechtungsprozesse sind durch einen zwischen den Parteien geschlossenen Vergleich erledigt worden.

— **Freigabe der Einfuhr von Zucker.** Die Einfuhr von Verbrauchszucker ist bis auf weiteres ohne besondere Einfuhrbewilligung zugelassen. Der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen hat die Zollstellen entsprechend verständigt.

Nachbörse.

Bei meist stillem Geschäft war die Tendenz an der Nachbörse behauptet.

Großes Interesse trat am Rentenmarkt wieder für heimische Anleihen hervor. 5proz. Reichsanleihe wurde zwischen 665—650, Schutzgebietsanleihe zu ca. 4000 und 3½proz. Konsols zu 1750 gehandelt. Lebhafte Nachfrage herrschte nach 23er K.-Schätzen zu 200 Millionen Prozent und nach 24er K.-Schätzen zu 200 000 Prozent.

Am Montanaktienmarkt wurde Gelsenkirchen zu 52¾ G., 53 B., Luxemburger zu 51½, Phönix zu 30¼ G., 30⅜ B., Caro zu 13¼ und Oberbedarf zu 11¼ genannt.

Bankaktien lagen geschäftslos. Russenbank wurde zu 12½, Petersburger Internationale zu 5 genannt.

Zu erwähnen sind ferner Nordd. Lloyd 7¾ G., 8 B., Thoerl Oel 7.

Bilanzen im Inseratenteil

— **Ostbank für Handel und Gewerbe in Königsberg i. Pr.** (1. Januar 1924.)

— **Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank in Neustrelitz.** (31 Dezember 1923.)

— **Anhaltische Kohlenwerke in Halle a. S.** (31. Dezember 1923.)

— **Allgemeine Deutsche Eisenbahn-A.-G. in Berlin.** (1. Januar 1924.)

Generalversammlungen.

— **Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.** Ord. am 22. August in Magdeburg. (Siehe Ins.)

— **Hermann Löhnert Maschinenbau-Anstalt in Bromberg.** Ord. am 23. August in Bromberg. (Siehe Ins.)

Letzte Telegramme.

New-York, 6. August. **(Privat-Kabelbericht der B. B.-Z.) Die Harrimangruppe erwarb Konzessionen zur Ausbeutung ausgedehnter Oelländereien in Panama und in Kanada.**

New-York, 6. August. **(Spezialkabelbericht der B. B.-Z.)** An der heutigen Börse wurde die Zahlungseinstellung der Firma J. M. Byrne, einer der führenden Maklerfirmen, erklärt. Die Aktiven der Firma werden mit 6 192 000 $ angegeben, die genaue Ziffer der Passiven ist noch nicht bekannt.

New-York, 7. August. **(Spezialkabelbericht.) Im Weißen Hause erklärt man, es könne keine Rede davon sein, den amerikanischen Zolltarif zu erniedrigen, um im Zusammenhang mit dem Dawes-Plane die deutsche Ausfuhrtätigkeit zu erleichtern.**

New-York, 6. August. (Priv.-Kabel-Bericht der B. B.-Z.) Gerüchtweise verlautet, den hiesigen Versicherungsgesellschaften würden demnächst 105 Mill. Dollar aus dem deutschen konfiszierten Eigentum zur Deckung von Krigesschäden ausbezahlt.

Christiania, 6. August. **(Priv.-Tel.)** Die neue norwegische Staatsanleihe von 25 Mill. Dollars wurde heute in New-York ausgeboten. In wenigen Stunden war sie mit etwa 40 % überzeichnet. Der Emissionskurs ist 97,50, der Rente 6 %.

Wechselkurse.

Buenos Aires, 6. August. (Wechselkurse der Dt.-Südamerikanischen Bank.) Kabelauszahlung New-York 100 amerik. Dollar = 132,30 Goldpesos, London 1 Goldpeso = 40 23/32 d.

Rio de Janeiro, 6. August. (Wechselkurse der Dt.-Südamerikanischen Bank.) 1 amerik. Dollar = 10 Milreis, Kabelauszahlung London 1 Milreis = 5 11/32 d.

Mexico, 6. August. (Wechselkurse der Dt.-Südamerikanischen Bank.) New-York 49 amerik. Doll. = 100 Mex. Pesos.

Unnotierte Werte.

(Notierungen in Milliarden Prozent.)

Am Markt der unnotierten Industriewerte war das Geschäft sehr still. Die Tendenz — soweit man bei den geringen Umsätzen überhaupt von einer solchen sprechen kann — war nicht einheitlich. Starke Nachfrage setzte im späteren Verlauf für Hochfrequenz ein, die von 1¾ auf 8¼ anzogen. Als fester zu erwähnen sind ferner Magnet Motoren und Becker Stahl. Kaliaktien lagen vorwiegend sehr fest. Auch Auslandeswerte, besonders Sloman, wiesen Steigerungen auf.

	7. 8.	6. 8.
Adler Kohle	9000—9250	9000—9500
A.-G. f. Feinmechanik	300	300
A.-G. f. Mont.-Industrie	—	75
Albrecht & Meister	3750—4250	3500—3750
Allemannia	600	600
Allgemeine Hochbau	1000—1250	100—125
Althoff-Ambos-Film	100	200
Agema	300	300
Avramikos	—	—
Bayernwerk	—G	800
Becker Kohle	5500—5750	5500—5750
Becker Stahl	1750—2000G	1625—1875
Benz	3250—3750	3000—3500
Berl.-Halberst. Ind.-W.	100—125	100—150
Berlin-Nord	—	—
Berliner Schmirgel	80	80—60
Brand. Holzind.	200—250	225
Brown Boveri	1250	1250—1500
Braunk.- u. chem. Ind.	650—750	650
Buteila	—	—
Charlottenburg-West	1000	1000
Chem. Hahn	75	70—80
Chem. Löbbe	—	—
Chem. Schultz	300	325
Dauerwäsche	100	100
Dt.-Am. Schmirgel	200—300	200—300
Dt. Chemische Werke	110—150	110—150
Dt. Holzb.-W. Tuchsch.		ca. 1000
Dt. Lastauto	1250	1125—1375
Dt. Textilwerke	175	175
Dt. Wald- u. Holz-Ind.	110—130	130—140
Dortmunder Cement	375—400	500—425 B
Duxer Porzellan	35000—37000	33000—35000
Dux Auto	1500—2000	1750—1500
Elitewagen	800	350

	7. 8.	6. 8.
El. Osmose Leder	250—300	250—300
Evaporator	550—600	550—600
Fraureuther Porzellan	11250	10250—11000
Frister & Roßmann	95000	100000
Getreide-Kommission	29000	29000
Glückauf	1600	ca. 1500
Görlitzer Zentrifugen	—G	—G
Grade Auto	250—275	250—275
Grade Motoren	1250—1500	1000—1500
Großkraftwerk Franken	3000—3375	3250
Grünewald-Hintz	150	—
Guggenheimer	300	300G
Gummiwerke Elbe	11000	11000
Haagen & Röttein	3750	4000
Hammerstein & Hofius	400	500
Max Hasse	600	600
Heidelb. Schnellpr.	1000—1250	1000
Hochfrequenz	6500—8250	6750—6500
Holsatia	650—700	ca. 650
Holzminden Glas	550	550
Houbenwerke	800	850
Hönlich	1250	1250
Huttenlocher	600	1600
Ifa-Film	20	190—200
Indak	—	—
Industrie-Beteiligung	325	350
Kabel Rheydt	5625—5750	5500
Keram. Elektro-Osmose	160—175	—
Koch	1500	—
Kursächsische Braunk.	500—700	500—700
Lamberts & Sohn	500—600	500—600
Landbank	1500—1750	1500—1750
Landlicht	325	200—350
Landw. Masch. Eisenach	—	—
Lerche & Nippert	225—275	250—300
Lindcar Auto	100—110	110—120
Löhr Cement	—G	700
Lloyd Dynamo	2000	2000—2500

	7. 8.	6. 8.
Ludwigsburger Porzellan	1125	ca. 1000
Magnet Motoren	650—1000	700
Mannheimer Motoren	3625—4875	4000 B
Manoli	625	600—625
Martins & Bloch	35—45	40—50
Maschinenfab. Geislingen	—	300
Mech. Treibriemen	100—120	100—120
Medico	—	—
Meurer Spritzmetall	80—100	90
Muldenthal	90—100	100
Müller Kaffee	550	550
National-Film	60	600—450
Neue Boden	240—300	250
Nicolai Tabak	800	700
Nienburger Eisen	800—825	875
Niwel Zigaretten	30—40	25
Nordd. Union	150 ca.	140—160
do. Wolle Genusscheine	60000—70000	40000
Oehring Bergbau	—	—
Oeynhausen Maschinen	650—750	700G—800
Olea	3250	3000
Orionette	350	350
Ostdeutsche Spedition	70—75	70
Oswald Film	100	ca. 100
Pinguin	275	300—275
Pose Leder	400	350—450
Ravené Stahl	1000	1000
Rhenania	25	—
Reiners Tabak	1500	1500
Roth	3000—3250	3125
Ruhland Waggon	1750	1600
Russ. A. E. G.	2250	2500
Sächs. Tüll	20000	20000
Südd. Schebera	650—700	600—700
Schebera	1250—1350	1250—1400
Schlesinger-Trier & Co.	—	—
Schles. Hefe	250	300
Sicco chemisch	350	350

	7. 8.	6. 8.
J. Sichel	5000—5250	4875
E. A. Schwerdtfeger	2750	2500
Stahlw. Krone	500—550	600—500
Stahlw. Oese	100—110	160—140
Stock & Kopp	200—210	180—200
Stoewer Auto	4375	4000—4500
Stralauer Glas	12000	11000—12000
Technik Akt.	225	200
Terra Film	550	550—600
Textil Meyer	350—450	450—350
Thermos	—	—
Thüringer Uhren	1050	1050—1000
Tiag	450—500	400—450
Trierer Walzwerk	13500	12000
Ufa Film	6000—6250	6000—6250
Vera Film	150	200
Ver. Eisenb. u. Maschinen	500—550	550—500
Ver. Zeitzer	5750—6000	6000—6250
Voigtländer & Sohn	5500	6000
Warenkreditbank	—	—
Wengolit	—	—
Werra Metall	375	375
Westd. Ind.-Bau	—G	1200
Westfälische Bergwerk	5500	5250
Winkelhausen	1375—1500	1375
Zehlendorf-West	4000	4000
Kaliwerte:		
Benthe	2000—2250	ca. 2000
Ronnenberg	—	—
Heldburg	—	—
do. Vorzüge	32000—33000	30000—32000
Niedersachsen	5250—6000	4750—5500
Krügershall	5000—6000	4375—4750
Hallesche Kali	14000—15500	—
Hannoversche Kali	15000—16000	13750—14500
Adler Kali	16000—17000	15000—15500

	7. 8.	6. 8.
Kali-Industrie	37000G	—
Ummendorf-Eilsleben	800—900	650—750
Steinförde	7000G	—
Wittekind	2750—3000	—
Ausl. u. Kolonialwerte:		
Kaoko	400—500	400
Sloman Salpeter	11250—13000	9500—10500
Pomona	—	—
Südsee-Phosphat	8000—9000	8000—9000
Diamond (Billionen ℳ per Stück)	15,25—15,50	15—15,50
Salitrera (Billionen ℳ per Stück)	250 ca.	—
Comp. Hisp. Am. de El. Arg. 6% Bonds (Billionen ℳ per Stück)	286	288
Span. 6% Bonds (Billionen ℳ per Stück)	283	285
do. Aktien Lit. A (Billionen ℳ per Stück)	1270—1275 B	1272,50 1275
Petroleumwerte:		
A.-G. für Petroleum-Ind.	3875—4250	3705—4125
Deutsche Petrol.	15500—15750	14375—14750
Ipu	—	—
Kuponmarkt:		
Rumänen	0,550	—
Tientsin	11,50	11,50
4½% Buenos	—	18,50
Goldmexikaner	—	—
Mexikan. Irrig. Coupons	—	—
Mexikan. Tehuantepec	—	—
Zoll-Türken Coupons	10—10⅝	10,50—10
1. Bagdad	12	12,50
2. Bagdad	10,50	9,75—10,25
Admin.-Türken	9,25	9,25
Anatolier	11,50	11,50
Budapester	5,50—5,75	5⅝
Hukuang	14	14
Reorganis.	18	18

Frachtstundung bei der Reichsbahn.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat an den Reichswirtschaftsminister folgende Eingabe gerichtet:

Nach § 7 Ziffer 8 der Bedingungen für monatliche Frachtstundung hatte der Stundungsnehmer bei nicht rechtzeitiger Zahlung vom Ablauf der Zahlungsfrist an Verzugszinsen von 1 Prozent für jeden Tag zu zahlen. Seit dem 30. Juni d. J. hat die Deutsche Reichsbahn die Verzugszinsen auf ½ % für jeden Tag ermäßigt, während vor Einführung der 1 %igen täglichen Verzugszinsen, also vor dem 1. Dezember 1923, nur der Reichsbankdiskontsatz für ein Jahr, umgerechnet nach Tagen, galt.

Wir verkennen die Notwendigkeit nicht, der Bahn die Frachtbeträge sobald wie möglich zu bezahlen. Zu diesem Zwecke sollte die Reichsbahn als Verzugszinsen einen etwas höheren Zinssatz als den Reichsbankdiskont verlangen. Aber ½ % pro Tag Verzugszinsen ist ein Zinssatz, wie er von der Wirtschaft nicht anerkannt wird und auch von der Regierung abgelehnt werden sollte. Die Reichsbahn selbst scheint sich dieser Tatsache bewußt zu sein und bezeichnet daher diese Verzugszinsen als Vertragsstrafe. Ferner sind vom 1. Januar d. J. ab die Gebühren für die Frachtstundung von 3 ‰ auf 6 ‰ erhöht worden mit der Bestimmung, daß wöchentliche Abschlagszahlungen in Höhe der bis zum Sonnabend aufgelaufenen Frachtschuld zu bezahlen sind. Das bedeutet, daß tatsächlich der Zinsfuß von 6 ‰ für eine Dauer von 3½ Tagen erhoben wird, während vorher 3 ‰ für 1 Monat berechnet wurde, sodaß sich jetzt ein jährlicher Zinsfuß von 62,5 % ergibt. Dieser Satz von 62,5 % jährlich ist das 9 fache der Gebühr, wie sie in Friedenszeiten erhoben wurde.

Auf die wiederholten mündlichen und schriftlichen Vorstellungen, die Frachtstundungsbedingungen erheblich zu erleichtern, hat die Deutsche Reichsbahn jedoch immer einen abschlägigen oder ungenügenden Bescheid erteilt. Der letzte abschlägige Bescheid vom 2. Juli d. Js. lautet folgendermaßen: „Der Satz der Vertragsstrafe für nicht rechtzeitige Begleichung der gestundeten Frachten (§ 7 Ziffer 8 der Stundungsbedingungen) ist mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. ab auf ½ % ermäßigt worden, eine weitere Herabsetzung ist schon mit Rücksicht auf die Schwankungen in der Verzinsung täglichen Geldes vollkommen ausgeschlossen.“ — Es ist unerklärlich, daß die Deutsche Reichsbahn, Hauptverwaltung, eine weitere Ermäßigung der Verzugszinsen mit der Begründung der Schwankungen in der Verzinsung täglichen Geldes ablehnt.

Die Zinsen für tägliches Geld sind nur Promillesätze, die daher die gegenwärtige Höhe des ½ %-Satzes durchaus nicht rechtfertigen können.

In vielen Fällen sind selbst gute und kapitalkräftige Firmen gezwungen, mit der Bezahlung der aufgelaufenen Frachtschuld schon deshalb einen oder mehrere Tage im Rückstand zu bleiben, da bei der herrschenden Geldknappheit oft nicht in bar, sondern mit Schecks bezahlt wird und die Ueberweisung der Scheckbeträge oft einen oder zwei Tage in Anspruch nimmt.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie beansprucht aber zunächst für die Industrie als Schuldner von Eisenbahnfrachten keine andere Behandlung als diejenige, die sie selbst als Warenlieferant im privaten Wirtschaftsverkehr für richtig hält. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Stellungnahme der Kartellstelle des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, die wir in der Anlage beifügen und die sich über die Verzugszinsen dahin äußert, daß sie den tatsächlichen Bankzinsen und -kosten zu entsprechen haben und höchstens um einen geringen Prozentsatz über die Bankzinsen erhöht werden können. Der Zweck der Verzugszinsen, so führt die Kartellstelle des Reichsverbandes weiter aus, bestehe für den Lieferanten nicht darin, einen Nutzen hieraus zu ziehen, sondern auf den Abnehmer einen Anreiz zur pünktlichen Zahlung auszuüben.

Diese Stellungnahme unserer Kartellstelle hat auch der Herr Reichswirtschaftsminister anerkannt mit dem Hinweis, daß eine Erhöhung der Verzugszinsen um einen geringeren Prozentsatz über die tatsächlichen Bankzinsen und -kosten schon den Charakter einer Vertragsstrafe in sich schließe und nur im Einzelfalle berechtigt sein könne. In solchem Falle hält es jedoch der Herr Reichswirtschaftsminister nach seinem Schreiben vom 16. Mai — II a Nr. 2254 — zur Vermeidung von Mißdeutungen für empfehlenswert, den auf die Bankzinsen erhobenen Zuschlag gesondert anzuführen und ausdrücklich als Vertragsstrafe zu bezeichnen. — Der Herr Reichswirtschaftsminister fährt in seinem Schreiben vom 16. Mai d. J. wörtlich fort:

„Wie schon in meinem Schreiben an die Landespreisprüfungsstelle hervorgehoben worden ist, ist das Maß dessen, was als Verzugszinsen und Verzugsfolgen in Geschäftsbedingungen vereinbart werden darf, durch die Bestimmungen des § 10 der Verordnung vom 2. November 1923 sowie durch die bürgerlich-rechtlichen Bestimmungen über den Verstoß gegen die guten Sitten und den Wucher umrissen.“

Wir sind überzeugt, daß auf Grund dieser Bestimmung der Herr Reichswirtschaftsminister Verzugszinsen, wie sie die Reichsbahn berechnet, in privatem Warenverkehr als Wucher oder gegen die guten Sitten verstoßend ansehen und unter Umständen mit Strafe belegen würde.

Der Grundsatz, die Verzugszinsen grundsätzlich nach der Höhe der tatsächlichen Bankzinsen und Bankkosten zu berechnen, hat sich nach unserer Erfahrung, dank der Klärung der Angelegenheit durch unsere Kartellstelle und das Reichswirtschaftsministerium auch in dem Geschäftsverkehr innerhalb der Industrie durchgesetzt. Diese Uebung ist im Interesse einer reibungslosen Abwicklung des Geschäftsverkehrs, vor allem aber im Interesse einer gesunden Preis- und Wirtschaftsentwicklung zu begrüßen. Wie aus zahlreichen Zuschriften und Beschwerden hervorgeht, besteht jedoch die Gefahr, daß auf Grund der Handhabung der Verzugszinsen durch die Regierung, vor allem durch das Reichsverkehrsministerium, eine baldige Durchlöcherung und Beseitigung dieser Uebung eintritt und sich die früheren Reibungen und Schäden in der Verzugszinsenbemessung wieder zeigen.

Gerade in den letzten Tagen ist eine große Flüssigkeit am Geldmarkt zu beobachten, die zu einer Herabsetzung der Zinssätze geführt hat. Die Industrie paßte sich, soweit wir beobachten konnten, in der Gestaltung ihrer Verzugszinsen auch dieser letzten Aenderung des Geldmarktes an.

Der privaten Wirtschaft ist es unverständlich, wie gegenwärtig Verzugszinsen in Höhe von ½ % Zinsen pro Tag berechnet werden können. Auch wenn mit einem so hohen Zinssatze nicht nur ein Ersatz der eigenen Kosten, sondern darüber hinaus die Auferlegung einer Vertragsstrafe beabsichtigt ist, so muß eine derartige Vertragsstrafe als unangemessen hoch bezeichnet werden.

Wir richten daher an den Herrn Reichswirtschaftsminister als diejenige Stelle, die gegenüber dem Eisenbahnfiskus die Wirtschaftsinteressen zu vertreten hat, und die auch in der Frage der Verzugszinsen auf eine einheitliche Behandlung für alle Wirtschaftsvorgänge Wert legen muß, das dringende Ersuchen, die Deutsche Reichsbahn, Hauptverwaltung, im Interesse der deutschen Wirtschaft mit demselben Maße zu messen wie die deutsche Privatwirtschaft und auf eine erhebliche Ermäßigung der Verzugszinsen, auf den Wegfall der Bedingungen des direkten Bankabrufs vom Konto des Stundungsnehmers, Aufhebung der Gebühr von 1 v. T. für die tägliche Frachtstundung und Ermäßigung der Gebühr von 6 v. T. sowie für eine Verlängerung der Stundungsdauer hinzuwirken.

Intervalutarische Kurse vom 6. August.

(Zusammenstellung aus der heutigen Morgenausgabe.)

Münzparitäten: 1 Danziger Gulden = 1/25 £; 1 £ = 20,40 ℳ; 1 hfl. = 1,70 ℳ; 1 Franc = 0,80 ℳ; 1 skand. Krone = 1,125 ℳ; 1 österr. Krone = 0,85 ℳ, 1 ital. Lira = 0,80 ℳ.

Wechsel auf		in Danzig	in New-York (Schlußkurs)	in London	in Amsterdam	in Zürich	in Paris	in Stockholm	in Kopenhagen	in Christiania	in Wien	in Prag	in Mailand
		Danz. Gulden	$	*)	Hfl	Fr.	Fr.	Kr.	Kr.	Kr.	K.	K.	Lire
Deutschland	1 Billion	1,33¾	0,2393¾	18,600	0,61½	1,27	—	0,8960	—	—	16750	8,09¼	5,23
Danzig	—												
Amerika	1 $			4,4628	2,59	5,30¼	18,08½	3,75¼	6,20½	7,26	70460	34,07½	22,69
England	1 £	25,12½	4,4562		11,56¾	23,60	81,10	16,74	27,60	32,85	317000	152,25	101,80
Holland	100 Hfl.	217,75	38,50	11,56⅛		205,25	695	145,25	239,50	280,50	2742000	1317	
Schweiz	100 Fr.		18,83	23,66	48,85		340	70,85	116,90	136,75	1338500	642	428,25
Frankreich	100 Fr.		5,42	81,85	14,37½	29,05		20,60	34,40	39,50	391700	188,50	124,50
Belgien	100 Fr.		5,01	87,62½	—	26,50	90,25	18,75	31,75	36,25			113,10
Spanien	100 Pes.		13,42	33,15½	34,90	71,40	242,25					454	309
Italien	100 Lire		4,40	101,12	11,42½	23,35	79,85		27,60			150,75	
Schweden	100 Kr.		26,62	16,72½	69,05	141,50	485		164,85	193,50		908	
Dänemark	100 Kr.		16,10	27,62½	42,05	86,50	294	61		—	1133000	555	
Norwegen	100 Kr.		13,76	32,25½	35,82½	73,30	251,50	52	85,70			472	
Oesterreich	100 K.		0,0014⅛	315000	0,0036½	0,0074⅜	0,026					4,80½	0,0319
Tschechoslow.	100 K.		2,95	150,75	7,67½	15,65	54,50	11,26	18,35	21,80			68

*) Einheiten der Landeswährung für 1 £.

— 10 % **Gold-Communal-Schuldverschreibungen der Deutschen Central-Bodenkredit-Vereinigung.** Die Deutsche Central-Bodenkredit-Vereinigung, zu welcher die Preußische Central-Bodenkredit-A.-G. in Berlin, die Deutsche Grundcredit-Bank in Gotha und Berlin, die Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank in Köln und die Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank in Braunschweig und Hannover zusammengeschlossen sind, bietet zurzeit wertbeständige 10 % Gold-Communal-Schuldverschreibungen vom Jahre 1924 zum Kauf an, welche sich infolge der ihnen innewohnenden Sicherheit in hervorragendem Maße zur Kapitalsanlage eignen. Als Deckung dieser Gold-Schuldverschreibungen dienen Gold-Darlehnsforderungen, die an Körperschaften des öffentlichen Rechtes oder unter voller Garantie solcher Körperschaften gewährt worden sind. Ueberwiegend sind diese Darlehne an wirtschaftliche Unternehmungen unter selbstschuldnerischer Bürgschaft der beteiligten Kommunal-Verbände, zum Teil an Kommunal-Verbände selbst für einzelne werbende Anlagen und gegebenenfalls auch unter dinglicher Sicherheit gegeben, sodaß in allen Fällen eine mehrfache Sicherheit vorhanden ist. Die Tilgung dieser Anleihe muß bis zum 31. Dezember 1941 beendet sein. Die von der Preußischen Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft, Berlin, und der Rheinisch-Westfälischen Boden-Credit-Bank, Köln, ausgegebenen Schuldverschreibungen sind in Preußen mündelsicher. Die Schuldverschreibungen der erstgenannten Gesellschaft werden seit einigen Tagen an der Berliner Börse zum Kurse von 80 % notiert. Die Schuldverschreibungen der übrigen drei genannten Banken werden in Kürze ebenfalls zur Notiz gelangen. Der Ankauf bzw. Bezug dieser 10 % Gold-Com.-Schuldverschreibungen der Deutschen Central-Bodenkredit-Vereinigung kann bei allen Banken und Bankfirmen und bei den beteiligten vier Hypotheken-Banken bewirkt werden.

— **Schutz des Aktienkapitals vor Ueberfremdung.** Folgende Entscheidung des Reichsgerichts entnehmen wir den „Reichsgerichtsbriefen“:

„Die außerordentliche Generalversammlung einer Leipziger Aktiengesellschaft beschloß Ende des Januar 1923 die Erhöhung ihres Aktienkapitals von 12 auf 20 Millionen Mark. Für 7 Mill. Mark wurden auf den Inhaber lautende Stammaktien ausgegeben, für 1 Mill. Mark Vorzugsaktien, auf den Inhaber lautend. Das Bezugsrecht der Aktionäre wurde bezüglich aller neuen Stammaktien und Vorzugsaktien ausgeschlossen. Die 7000 jungen Stammaktien zu je 1000 ℳ wurden einem Bankkonsortium mit der Verpflichtung überlassen, sie den alten Aktionären zu 476 % im Verhältnis von 2 zu 1 anzubieten und die restlichen 1000 Stammaktien den Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstandes zu 1000 %; letztere mit der Bedingung, daß eine Veräußerung bis zum 31. Januar 1924 unzulässig ist. Auch die Vorzugsaktien wurden für die Verwaltungsmitglieder bestimmt. Diese Beschlüsse hat R.-A. D. in Leipzig gemäß § 271 HGB. wegen Gesetzesverletzung und Verstoßes gegen die guten Sitten angefochten. In erster Linie hebt Kläger hervor, daß entgegen der Vorschrift des § 256 HGB. die Zuteilung von jungen Aktien an den Vorstand und Aufsichtsrat nicht als Gegenstand der Tagesordnung angegeben gewesen sei. Auch hätten sich die Mitglieder der Verwaltung gemäß § 252 Abs. 3 Satz 2 HGB. der Abstimmung enthalten müssen. Nachdem das Landgericht Leipzig der Klage stattgegeben hatte, hat das Oberlandesgericht Dresden auf die Berufung der Beklagten die Klage abgewiesen. Im gleichen Sinne hat nunmehr auch das Reichsgericht dahin entschieden, daß die Ausgabe der Aktien zugunsten der alten Aktionäre und der Verwaltungsmitglieder ohne gesetzliche Verstöße erfolgt und deshalb unanfechtbar ist. Aus den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen:

Mit Recht hat das Oberlandesgericht angenommen, daß die von der Verwaltung veröffentlichte Tagesordnung den gesetzlichen Vorschriften genügte. Die Absicht, die Vorzugsaktien und einen Teil der Stammaktien den Mitgliedern der Verwaltung zuzuteilen, brauchte nicht angekündigt zu werden. Es war bekannt geworden, daß die Kapitalerhöhung unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre stattfinden solle, und damit mußte mit der neuzeitlichen Entwicklung des Aktienwesens jeder geschäftskundige Aktionär auf eine Zuteilung von jungen Aktien an ein Bankkonsortium oder an die Verwaltung rechnen. Als Hauptanfechtungsgrund bleibt die angeblich gesetz-, satzungs- und sittenwidrige Zuteilung so viel junger Aktien an die Mitglieder der Verwaltung. Hierbei kommen zwei Gesichtspunkte in Betracht: Die Machtverschiebung zugunsten der Minderheit der Aktionäre und die finanzielle Begünstigung der Verwaltung auf Kosten der Aktionäre. In erster Beziehung hat das Oberlandesgericht ausgeführt, daß die Generalversammlung Herr ihres Willens sei und daß man sie gewähren lassen müsse, solange sie nicht das Wohl der Gesellschaft aus eigensüchtigen Beweggründen gefährde. Das treffe hier nicht zu. **Die Vorzugsaktien und Stammaktien seien der Verwaltung lediglich zu dem Zwecke überantwortet worden, um die Gesellschaft vor Ueberfremdung und vor dem Eindringen eines Wettbewerbsunternehmens zu bewahren.** Diese Beurteilung entspreche der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts. Die Schaffung von Vorzugsaktien sei an sich gesetzlich zulässig (§§ 185, 282 HGB). Sie ist in der Inflationszeit vielfach zur wirtschaftlichen Notwendigkeit geworden, weil angesichts der herrschenden Geldverhältnisse und der leichten Veräußerlichkeit der Aktien erhebliche Gefahr für äußere und innere Ueberfremdung bestand. Wenn die Mehrheit der Aktionäre in der Generalversammlung der Verwaltung das Vertrauen schenkt, daß sie von dem ihr durch Zuteilung derartiger Vorzugsaktien gewährten Nachwuchs zum Wohle der Gesellschaft und insbesondere zur Verhütung der Ueberfremdung Gebrauch machen werde, so dürfe ihre dieses Ziel verfolgende Beschlußfassung nicht als dem Geiste des Aktienrechts zuwiderlaufend oder gar als sittenwidrig angesprochen werden. In tatsächlicher Beziehung habe der Kläger nichts vorgebracht, was die Beschlußfassung als gesetz- oder sittenwidrig erscheinen ließe.“

— **Die Kohlenbestellungen der Reichseisenbahn.** Zu der in der englischen Presse veröffentlichten vorläufigen Kohlenausfuhrschätzung, die auch von Abschlüssen für englische Kohle mit der deutschen Reichsbahn spricht, wird vom Reichsverkehrsministerium mitgeteilt, daß es sich dabei um ein Mißverständnis handeln müsse, da die letzten Kohlenlieferungen an die Reichsbahn auf der Basis des seinerzeit abgeschlossenen Kredites in Höhe von 750 000 £ im April dieses Jahres erfolgt sind. Die Reichsbahn beabsichtigt nicht, vorläufig weitere Abschlüsse in England zu tätigen, umsomehr, da augenblicklich ein Ueberfluß an Ruhrkohle vorhanden ist, der die Reichsbahn zwingt, selbst unter Tragung nicht zu bedeutender Mehrkosten für einzelne Strecken ihren gesamten Kohlenbedarf mit deutscher Kohle zu decken.

— **Tarifhilfe für oberschlesische Kohle.** Den oberschlesischen Kohlengruben ist jetzt mitgeteilt worden, daß das Reichsverkehrsministerium zugestimmt hat, die Tarife für die kurzen Strecken zu ermäßigen. Das Ausmaß dieser Ermäßigung steht noch nicht fest. Weiterhin finden in der nächsten Woche Verhandlungen darüber statt, diejenigen Tarife für oberschlesische Kohle nach den Küstengebieten zu ermäßigen, die auch schon früher und namentlich in der Vorkriegszeit mit oberschlesischer Kohle hauptsächlich beliefert worden sind.

— **Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt.** (New-Yorker Funkspruch vom 6. August.) Dem Wochenbericht des Fachblattes „Iron Age“ zufolge geht die Note der Besserung des Geschäfts immer noch von dem Stahl verkaufenden Centren aus und findet ihren Ausdruck in leicht vermehrter Tätigkeit der Walzwerke und einer gewissen Bereitwilligkeit der Konsumenten, für das vierte Quartal Aufträge zu geben. Im vergangenen Monat betrug die Produktion von Roheisen 1 785 000 to gegen 2 126 221 to im Monat Juni und 3 680 000 to im Juli 1923. Am 31. Juli befanden sich 144 Hochöfen in Betrieb mit einer täglichen Höchstleistungsfähigkeit von 55 350 to gegen 164 Hochöfen, die am 30. Juni angeblasen waren mit einer Leistungsfähigkeit von 65 200 to und 297 Hochöfen mit einer Höchstleistung von 114 500 to, die sich am 31. Juli 1923 in Betrieb befanden.

— **Aus dem Stahlwerk-Becker-Konzern.** Man schreibt uns: Nachdem der Aufsichtsrat der Eschweiler-Ratinger Metallwerke zu Beginn des Monates Juli mit den Stimmen der Becker-Gruppe gehörigen Mitgliedern des Aufsichtsrates es abgelehnt hatte, der Aufforderung auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zwecks Klarlegung der Verhältnisse bei der „Ermag“ nachzukommen, erfolgte Mitte Juli ein neuer Beschluß, wonach diese außerordentliche Generalversammlung bis zum 20. August einberufen werden sollte. Der Beschluß war für den Aufsichtsrat unbeschadet der Vorgänge und der Entwickelung der Ereignisse bei dem Stahlwerk Becker selbst bindend. Er hat die Firist, innerhalb welcher die Versammlung hätte einberufen werden müssen, wiederum vorüberziehen lassen, ohne den Beschluß der Aufsichtsratssitzung auszuführen, resp. dem Vorstand Auftrag zu erteilen, die Einberufung der Generalversammlung zu veranlassen. Seitdem der Auftakt zu dem Zusammenbruch des ganzen Becker-Konzerns im Frühjahr ds. Js. in die Erscheinung trat, hat das Vertuschungssystem dort erheblich an Boden gewonnen. Die Aktionäre werden mit einer Rücksichtslosigkeit behandelt, welche das Maß des Erträglichen allmählich erreicht hat. Glaubt der Aufsichtsrat der „Ermag“ in Rücksicht auf den immer noch unklaren Stand der Sanierungsverhandlungen bei Becker Stahl den Aktionären der „Ermag“ noch nichts darüber sagen zu können, wie schwer die Schädigungen für sie sein werden, die aus der Mißwirtschaft bei allen drei Unternehmungen für sie entstehen werden, so würde es auch genügt haben, vor der Generalversammlung die eigentlichen Ursachen des Zusammenbruches darzulegen. Ob die Geschäftsaufsicht mitgewirkt hat, um die Ausführung des Aufsichtsratsbeschlusses zu verhindern, wissen wir nicht. In Kreisen der Aktionäre sieht man diese abermalige Hinausschiebung der Aufklärung als ein wenig erfreuliches Zeichen für die Zukunft des Unternehmens an. Und diese Auffassung ist wohl berechtigt. Die Verhandlungen wegen der Sanierung des Stahlwerkes, mit dessen Schicksal auch die Eschweiler-Ratinger Metallwerke stehen und fallen, ziehen sich seit annähernd drei Monaten hin, ohne daß jetzt feste Grundlagen dafür vorhanden sind, daß die Sanierung auf der Grundlage des Zwangsvergleiches gelingt. Die Geschäftsaufsicht hofft, daß der neue Weg zum Ziel führt, nachdem sich alle Hoffnungen — die teilweise auf einem ganz unberechtigten Optimismus beruhten, denn man braucht nur an die Frankfurter und an die letzten holländischen Verhandlungen zu erinnern —, als trügerisch erwiesen haben. Selbst angenommen, daß dem von der Geschäftsaufsicht angebotenen Zwangsvergleich von 40 % zugestimmt wird, so sind die Verpflichtungen für die „Ermag“ damit immer noch nicht erledigt. Die Geschäftsaufsicht der „Ermag“ hat neulich den Standpunkt vertreten, daß bei dem Zwangsvergleich beim Stahlwerk Becker, falls er zustandekommen sollte, sich auch die Wechselverbindlichkeiten der „Ermag“ erledigen würden. Dieser Auffassung gegenüber vertritt der Gläubigerausschuß des Stahlwerkes Becker — die Stadt Haspe ist mit annähernd 4,5 Mill. Gmk. Forderungen beteiligt — die Ansicht, daß einige Inhaber von Finanzwechseln, welche die Unterschrift der Indubank und der „Ermag“ mittragen, nicht ohne weiteres die Ansprüche gegen diese beiden Schuldner beim Zustandekommen des Vergleiches von 40 % aufgeben wollen. Für die „Ermag“ besteht also nach wie vor die Gefahr, daß sie ganz gehörig für die Sünden beim Stahlwerk Becker wird büßen müssen. Das alles hätte in der versäumten Generalversammlung erörtert werden können, während jetzt die Geschäftsaufsichten der beiden Unternehmungen, anstatt die Oeffentlichkeit allgemein zu unterrichten, sich nur einer Stelle für die Veröffentlichung bedienen. Etwas eigenartig berührt es nachgerade, wenn von allen Seiten, Geschäftsaufsicht, Gläubigerausschuß usw., immer wieder betont wird, daß sowohl beim Stahlwerk Becker A.-G., als auch bei der „Ermag“ alle Maßnahmen zur Verfolgung der an dem Zusammenbruch Schuldigen ergriffen worden wären. Rein praktisch genommen hat man von derartigen Maßnahmen noch wenig bemerkt.

— **Holzbau A.-G. in Neuß a. Rh.** Die Generalversammlung erledigte den Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1923. Die vorgelegte Papiermarkbilanz wurde genehmigt und beschlossen, eine **Dividende nicht** zu gewähren, sowie auch mit Rücksicht auf die noch vorzulegende Goldmarkeröffnungsbilanz keine Tantiemen zu zahlen. Der sich ergebende rechnerische Ueberschuß von 107 971 Bill. wird vorgetragen. Das Werk war, nach Mitteilung der Verwaltung, bis jetzt gut beschäftigt.

Bankwesen.

— **Erhard Hertzer, Kom.-Ges., Berlin, Friedrichstr. 11.** Die Prokura des Stephan Mocsàri bei der noch unter Geschäftsaufsicht stehenden Firma ist erloschen.

— **Friedr. Schmid & Co., Augsburg.** Die Prokura von Alfons Rothaller ist erloschen.

— **Deutsche Verkehrs Credit Bank, Berlin.** Dr. W. Bein ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt, seine Prokura ist hierdurch aufgehoben.

— **Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Braunschweig.** Dem Alwin Kues, Emil Müller, Fritz Mackowsky, Fritz Heine, Paul Kregel, Rudolf Klepper, Dr. Walter Rieger in Hannover ist Prokura erteilt. Die Prokuren des Gustav Bomke, Carl Mühlmann, Wilhelm Wickardt, Theodor Gruß, Georg Doden, Friedrich Dittmer, Georg Bennecke sind erloschen.

— **Deutsche Bank Filiale Düsseldorf.** Alfred Wolff ist nicht mehr Prokurist.

— **Rheinische Diskontobank Filiale Düsseldorf A.-G. (Comptoir d'Eskompte des Pays Rhenans).** Generaldirektor Dr. Karl Hausknecht, Wiesbaden, ist zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt. Dr. Ernst Kuhlmann ist als Vorstandsmitglied abberufen. Dem Peter Douqué, Koblenz, ist Prokura erteilt.

— **Rheinische Creditbank, Niederlassung Emmendingen.** Die Prokura des Herrn Richard Lust, Emmendingen, ist erloschen.

— **G. H. Fischer, Halle a. S.** Den Herren August Stiepelmann, Berlin, und Eduard Stollberg, Charlottenburg, ist Gesamtprokura erteilt.

— **Sparbank von 1820 Filiale der Altrahlstedter Bank Komm.-Ges. auf Aktien, Wandsbek.** Die Firma lautet jetzt: **Sparbank von 1820 Inhaber Hans Tietgen, Wandsbek.** Inhaber ist Hans August Tietgen, Hamburg. Dem Bankvorsteher Heinrich Henning, Wandsbek, und dem Bankbeamten Ludolph Köpcke, Neurahlstedt, ist Gesamtprokura erteilt.

Neugründungen.

— **„Vereinsbank“ e. G. m. b. H., Norden.** Unter dieser Firma ist am 26. Juli eine Genossenschaft gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Bankgeschäfts.

Nordische Bankkommandite Sick & Co., Hamburg

Telegrammadresse: **Nordkontor Hamburg** Fernsprecher: **Roland 460—469**

An- und Verkauf von Wertpapieren des In- und Auslandes.

Coupons — Sorten — Devisen. Inkasso- und Scheckverkehr
Spezialität:
Beteiligungen, geschlossene Posten von Aktien.

Hamburger Freiverkehrskurse: Notierungen in Festmark. **Hamburg 11,** Laeiszhof, den 6. August 1924.

	Nachfrage %	Angebot %		Nachfrage %	Angebot %		Nachfrage %	Angebot %		Nachfrage %	Angebot %
			Merck'scheGuano-W	9,50	10,50	Altonaer Webwaren	—	—	FrerichsSchiffswerft	4,00	5,00
Amtlich notierte Aktien:			Nordd. Malzfabrik	1,50	1,80	Aktienbrau. Lübeck	9,00	11,00	Glash. Holzminden	0,40	0,60
			Ocean-Dampfer	8,00	8,50	Andreasberg. Papier	1,50	2,00	Globus Rhederei	0,20	0,25
Alsen Cement	43,00	45,00	Oelwerke Stern-			Becker Stahlwerke	1,50	1,80	Goldina	—	—
Apollo-Werke	1,50	1,70	Sonneborn	5,70	6,00	Becker Kohle	5,00	5,50	Gottfried Hagen	0,10	0,15
Breitenburg Cement	3,30	3,70	Ottenser Eisen	3,80	4,00	Beth Maschinen	—	—	Hallesche Kali	14,00	16,00
Calmon Asbest	1,20	1,40	ReiherstiegSchiffsw.	9,00	9,50	Braker Werft	1,00	1,20	Hamb. Elbeschiffsw.	0,60	0,80
Chem. Hell&Sthamer	2,70	3,20	Rhederei v. 96	1,90	2,10	Bremer Holz	0,90	1,10	Hamburg. Reismühle	30,00	35,00
Cuxhaven. Hochseef.	6,20	7,20	Schlinck & Co.	30,00	32,00	Brem. GummiRoland	10,00	11,00	Hb.-Brem. Afrika-L	—	—
Dynamit Nobel	7,50	8,00	Schwart. Honigwk.	3,50	4,00	Bruyère Pfeifen	0,30	0,40	Hand.- u. Verk.-Bk.	0,15	0,20
Flensburger Dampf	8,00	8,50	Stettiner Dampfer	3,80	4,30	Chemische Brandt	—	0,10	Hannover Kali	15,00	17,00
Flensb. Rhederei v. 69	10,00	—	Thörl V. Oel	6,20	6,80	Cobrs & Ammé	1,00	1,50	Hansa Autowerke	0,20	0,30
Hamburg. Elektr. W.	6,70	7,00	Wandsbecker Leder	7,80	8,30	Cont. Bk. u. Hdl.-A.G.	0,04	0,08	Hanseat. Wadenfisch	0,05	0,10
Hamb. Hypothekenb.	7,50	8,00	Wiemann Leder	21,00	23,00	Cont. Reederei	3,00	4,00	Harburg. Hobelwerk	0,70	0,80
do. Hochbahn	17,70	18,20	Winter Papierf.	0,70	0,90	Cöthener Brauerei	1,00	1,25	Hartgußwerke Sirius	0,50	0,60
Harb.-Wien. Gummi			Woermann Linie	18,00	18,50	Deutsche Bürsten	0,30	0,40	Hochofenw. Lübeck	14,00	16,00
(Phönix)	2,50	2,70				Dtsch.-Niederl. Bank	—	—	Hochseefisch Altona	4,00	5,00
Hemmor Cement	40,00	42,00	**Amtlich nicht**			Dt. Dampff. Nordsee	—	—	do. Bremerhaven	9,00	10,00
Holsten-Brauerei	26,00	28,00	**notierte Aktien:**			Dt. Seefischer.-Ges.	5,00	6,00	do. Hansa	4,00	5,00
Karstadt	2,30	2,50	A.-G. Pommerensd.	12,00	14,00	Dt. Holz-Imp. (Ohim)	0,80	1,00	do. Kohlenb. & Putz	14,00	16,00
Lüb.-Büchen Eisenb.	47,00	49,00	Achgelis Söh. Brem.	3,00	3,50	Disc.- u. Effekt.-Bk.	—	—	do. Nordstern	4,00	5,00
Lübeck Commerzbk.	0,80	1,00	Allg. Petr. Ind. (Api)	4,00	4,25	Droste & Karstens	0,20	0,30	do. Trave	2,00	2,25
do. Privatbank	0,80	0,50	Alsberg Gebr.	2,75	3,50	Fichtelgold Bergbau	0,60	0,80	do. Wieting	10,00	12,00

	Nachfrage %	Angebot %		Nachfrage %	Angebot %		Nachfrage %	Angebot %
Heinemann Ver. F.	—	0,10	Nüscke Schiffswerft	—	—			
Heringsfisch. Braker	8,00	9,00	Reis- u. Handels	8,00	8,50	**Diverse**		
do. Elsflether	9,00	10,00	Reed. Horn. Lübeck	4,00	5,00	**Kolonialwerte.**		
Holsatia-Werke	0,60	0,70	Rhön Möbelwerke	—	0,10	Afrika Marmor	—	0,2[illegible]
Janssen & Schmil.	2,25	2,50	Scheerb. Vulkanfiber	0,30	0,40	Bibundi	0,02	0,0[illegible]
Jordan & Berger	—	0,10	Schiffb. Unterweser	—	—	Bödiker-Aktien	1,10	—
Jul. Sichel	5,00	5,50	Stader Eisenwerk	0,05	0,10	desgl. Handels-		
Krügershall Kali	4,75	5,00	Starck, Herm. C.	0,50	0,70	maatsch. (100 fl.)	60 %	70 %
Kühlhaus Lübeck	0,80	1,00	Stettiner Oderwerke	4,50	5,00	Centr. Amer. Plant.		
Kühlhaus Zentrum	25,00	30,00	Stettiner Oelwerke	6,00	6,50	($ 100)	50 %	55 %
Küsten-Transport	1,00	1,25	Stoewer Motoren	4,00	5,00	Consolidat. Diamond	14,00	15,00
Loewenstein-Oel	0,20	0,25	Ummendorf Kali	0,80	1,00	D. Hdls. u. Plant.-Ges.	6,00	—
Lübeck. Maschinenb.	15,00	18,00	Unterelbe Brikett	0,80	1,00	do. Genußsch.	ℳ 55	—
Mansfelder Bergbau	4,00	4,25	Vera Filmwerke	0,20	0,30	Dekage Akt.	0,70	1,00
Martins & Bloch	—	0,05	V. Getränke (Vergie)	0,50	0,60	Deutsche Togo	0,08	—
Masch.-F. G. Harder	1,50	2,00	Wachtendorf A.-G.	—	0,10	Jaluit-Ges. Aktien	10,00	—
Matag Mazed. Tabak	0,10	0,15	Weinberg Schokol.	3,00	3,50	do. Genußsch. p. St.	ℳ 77	ℳ 87
Muldental Papier	0,08	0,12	Wetzel & Freytag	—	—	Kaffee-Hand.-A.-G.	0,60	0,80
Niedersachsen Kali	5,00	5,25	Wirowerke	0,50	0,60	Otavi-Ant. (1£) p. St.	ℳ 24½	ℳ 26½
Niedersachsen Porz.	0,25	0,35	Wittekind Kali	2,75	3,00	Salitrera (£ 5 share)	ℳ 220	ℳ 250
Nordd. Glyc. F. Thörl	0,60	0,70	Wittener Bergbau	0,05	0,10	Soc. Agric. Vinas-		
Nordd. Fischhandl.	—	0,10	Wolf & Fock	0,20	0,30	Zapote ($ 100)	70 %	80 %
Norddeutsche Union	0,10	0,15				Soc. Com. de l'Ocean.	0,05	0,08

— Dupont Akt.-Ges. in Frankfurt a. M. Die unter Mitwirkung des Bankhauses Gebr. Röchling in Frankfurt a. M. im Februar v. J. mit einem Aktienkapital von 20 Mill. Mark errichtete Gesellschaft, die sich mit dem Handel mit Automobilen und Automobilzubehör befaßt, berichtet im Geschäftsbericht für das am 31. Dezember 1923 abgelaufene erste Geschäftsjahr, daß das Unternehmen durch die Ruhraktion stark in Mitleidenschaft gezogen worden sei, da der Hauptabsatz im besetzten Gebiete lag. Gegen Ende des Jahres und zu Anfang 1924 war das Geschäft im unbesetzten Gebiet etwas lebhafter. Im zweiten Vierteljahr 1924 sei durch die Geldknappheit der Absatz stark ins Stocken gebracht worden. Gegenüber einem Warenüberschuß von 64 351.7 Billionen Mark erforderten Unkosten 38 370.1 Billionen Mark, sodaß sich ein Reingewinn von 25 981.6 Billionen Mark ergibt, der vorgetragen wird. Die Bilanz verzeichnet gegenüber 121 031.2 Billionen Mark Verbindlichkeiten und 5000 Billionen Mark Rückstellungen für Steuer, Zinsen und Abgaben, an Bar und Effekten in einem Posten 14 074.3 Billionen Mark, an Debitoren 62 772.6 Billionen Mark und an Wagen und Zubehörteile 75 166.1 Billionen Mark. Inventar und Einrichtungen sind abgeschrieben. In der Generalversammlung kam es laut „Frankf. Ztg." zu Auseinandersetzungen und Protesten opponierender, über etwa 1 Million Mark Aktien verfügender Aktionäre, wobei sich der Widerspruch in erster Linie gegen das Mitstimmen des Direktors Nicolaus Dupont, der für sich und seine Frau allein 16,59 Mill. Mark Aktien vertrat, richtete. Nachdem zuerst ein Antrag aus dem Kreise der Aktionäre auf Vertagung der Genehmigung der Bilanz und der Gewinnverteilung, hauptsächlich gegen die Stimmen des Herrn Dupont, abgelehnt worden war, stellte später die Verwaltung selbst den Antrag, die Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates bis zur nächsten Generalversammlung, die über die Genehmigung der Goldmarkeröffnungsbilanz zu beschließen hat, zu vertagen. Die bisherigen Mitglieder des Aufsichtsrats wurden wieder- und die Herren Stadtrat Dr. Schmude in Frankfurt a. M. und Adolf Passer in Prag neu in den Aufsichtsrat gewählt.

— Leisniger Mühlen, A.-G. in Leisnig. Die Generalversammlung genehmigte die Tagesordnung einschließlich der Goldmarkbilanz per 1. April 1924. Die Verteilung einer **Dividende** findet **nicht** statt. Die Umstellung des Aktienkapitals erfolgt in der Weise, daß jede über 1000 Papiermark lautende Aktie auf 300 Goldmark umgestellt wird. Es verbleibt danach ein Aktienkapital von 300 000 Gmk. sowie ferner 45 741,87 Gmk., die dem Reserve- und Delkredere-Fonds zugeführt werden sollen.

— Elektrische Straßenbahn Breslau. Die ordentliche Generalversammlung genehmigte den Geschäftsbericht und Rechnungsabschluß für 1923 sowie die Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat und die Verteilung der ab 11. d. M. zahlbaren Dividende von 3 %. In den Aufsichtsrat wurde an Stelle des verstorbenen Geheimrats Witting Direktor von Simson von der Darmstädter-Nationalbank neugewählt. — Anwesend waren 13 Aktionäre, die 3478 Stimmen vertreten hatten. Auf Anfrage aus der Versammlung machte Direktor Kolle folgende Mitteilungen. Der Betrieb der Bahnanlage wurde, nach Vereinbarung mit der Stadt, noch bis 13. April 1924 für Rechnung der Gesellschaft ausgeführt. Durch die Aufbesserung des Tarifs auf 15 ₰ ist das Geschäft während dieser Zeit nicht schlecht gewesen. Allerdings sei noch viel durch Auffüllung der diversen Reservefonds nachzuholen, weshalb der Ertrag nicht überschätzt werden dürfe. Bei den Nebenbetrieben ist die Ausübung der Landwirtschaft an erster Stelle zu nennen. Auch hier dürfe man den Gewinn nicht überschätzen, weil der Nutzen sich verringert habe und für Düngung der Felder große Ausgaben gemacht werden müssen. Man könne sich aber der Hoffnung hingeben, daß auch für 1924 ein nicht schlechtes Ergebnis zu erwarten sei. Die Anlage der Reparationswerkstatt leide unter der ungünstigen allgemeinen Lage. Auch auf diesem Gebiete sei ein leidliches Fortschreiten festzustellen. — Die Gesellschaft habe bisher von der Stadt eine Million Mark erhalten. Die restliche Million werde in zwei gleichen Raten am 1. Oktober 1924 und 1. April 1925 fällig. In welcher Weise eine Zahlung an die Aktionäre erfolgen soll, könne erst bei der nächsten außerordentlichen Generalversammlung, in welcher auch die Goldmarkbilanz vorgelegt werden wird, gesagt werden.

Außenhandel u. Handelspolitik.

Ruhrräumung und Handelspolitik.

Der Außenhandelsverband hat an den Minister des Auswärtigen folgende Eingabe betreffend Deutschlands handelspolitisches Verhältnis zu Frankreich gerichtet:

Zeitungsmitteilungen zufolge beabsichtigt der französische Ministerpräsident Herriot, die militärische Räumung der widerrechtlich besetzten deutschen Gebiete von einem Zugeständnis Deutschlands auf handelspolitischem Gebiete abhängig zu machen, daß Deutschland auch in Zukunft die französischen Waren in ähnlichem Umfang wie bisher hereinläßt und insbesondere den Herkünften aus Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet besondere Erleichterungen bei der Einfuhr zugesteht.

So wenig wir der Meinung sind, daß es zweckmäßig wäre, sich in Zukunft gegen die französischen Waren abzuschließen, so sehr wir im Gegenteil einen erleichterten Warenaustausch zwischen Deutschland und Frankreich wünschen, so erachten wir es doch als in hohem Grade bedenklich, die Aufhebung eines rechtswidrigen Aktes, wie der Besetzung des Ruhrreviers und der linksrheinischen Rheinhäfen von Zugeständnissen auf handelspolitischem Gebiete abhängig zu machen. Das um so mehr, als Frankreich die deutschen Waren von seinem Markt durch die Anwendung des Maximal-Zolltarifes so gut wie ausschließt. Betragen doch dessen Sätze meist das Doppelte bis das Vierfache seines Minimal-Tarifes. Wenn es uns auch zweifelhaft ist, ob Frankreich sich überhaupt zu Tarifverträgen mit gebundenen Zollsätzen verstehen wird, was unsererseits natürlich für unser handelspolitisches Verhältnis zu Frankreich unbedingt zu erstreben wäre, so müßten wir unter allen Umständen von Frankreich die gegenseitige Meistbegünstigung erlangen, wie eine solche auch vor dem Krieg auf Grund des Frankfurter Friedens bestanden und in diesen auf ausdrücklichen französischen Wunsch damals aufgenommen worden ist.

Eine Begünstigung des Verkehrs mit Elsaß-Lothringen wie dem Saargebiet dürfte, unseres Erachtens ebenfalls nur auf Gegenseitigkeit beruhen, indem man für diese Gebiete das System des erleichterten Grenzverkehrs zur Anwendung brächte. Dabei müßte Vorsorge getroffen werden, daß für die Konzessionen, welche unsererseits der Ausfuhr dieser Gebiete nach Deutschland gemacht werden, entsprechende Gegenkonzessionen von französischer Seite bezüglich der deutschen Ausfuhr nach den abgetretenen Gebieten gemacht würden.

Unseres Erachtens stünde nichts im Wege, unsere Bereitwilligkeit zu einer solchen Regelung unseres künftigen Handelsverkehrs mit Frankreich zu erklären. Die Durcharbeitung der Einzelheiten aber wird nicht leicht sein, und sicher Monate erfordern. Weiß man doch, wie schwierig es ist, in Verhandlungen mit französischen Unterhändlern vorwärts zu kommen.

Ein über den erleichterten Grenzverkehr hinausgehendes Zugeständnis für den Verkehr mit den besetzten Gebieten würde aber auch eine Gefahr für die Verhandlungen über die Meistbegünstigung mit anderen Staaten sein. Deshalb erscheint Vorsicht auch hier geboten.

Bezugsrechte.

In der Woche vom 11. Juli bis 16. August 1924 werden folgende Bezugsrechte fällig:

Firma	Auf Mill. Mark	Bezugsverhältnis	Bezugskurs
15. August.			
Landwirtschaftsstelle für das badische Handwerk A.-G., Karlsruhe	150 000 Gmk.	1 : 1	gratis

Kapital-Zusammenlegungen u. -Erhöhungen.

In der Woche vom 11. bis 16. August 1924 stehen folgende Kapital-Zusammenlegungen und -Erhöhungen bei den Generalversammlungen zur Beschlußfassung:

Papier	Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis	Zusammenlegung der Aktien a. Mill. Mark	Betr. d Erh. in Mill. Mark	auf Mill. Mark	Bezugsrecht
11. August.					
Stens Elektro-Bau- u. Handels-A.-G., Bremen	4 : 1	0,06	0,04	0,1	—
12. August.					
VereinsbrauereiOelsnitz i. V., A.-G., Oelsnitz	10 : 1	0,3	—	—	—
Ostdeutsche Stanz- u. Emaillierwerke A.-G., Küstrin	—	—	*)0,720	**)	—
Rhein. Textilfabriken A.-G., Elberfeld	—	—	95	—	—
14. August.					
Stickereiwrk. Plauen A.-G., Plauen i. V.	10 : 1	1,6	—	—	—
Dt. Wirtschaftsbank A.-G., Brl.-Zehlendf.	25 000 : 3	0,024	*)0,226	0,250	—
Bergbau-A.-G. Henriette, Frankenstein i. Schl.	14 000 : 7	0,028	*)0,028	0,056	—
Berlin. Feuer-Vers.-Anstalt, gegr. 1812, Berlin	6¼ : 1	0,6	*) 3,6	4,2	—
Naphta-Ind. u. Tankanlagen A.-G., „Nitag", Berlin	—	—	10	135	—
15. August.					
„Sedina" Vers.-A.-G., Stettin	200 : 15	1,5	—	—	—
Atlantic Transport-vers.-A.-G., Stettin	10 : 4	4	—	—	—
16. August.					
Chemikal Lloyd A.-G., Brl.-Friedrichshagen	100 : 1	0,1	—	—	—
Kühn, Vierhaus & Cie., A.-G., Rheydt	4 : 1,6	1,6	—	—	—

*) Erhöhung in Goldmark. **) 36 + 0,720.

Amerika-Dienst der B. B.-Z.

New-Yorker Börse vom 6. August.

Die Börse nahm heute einen lebhaften Verlauf bei nicht einheitlicher Haltung. Für Spezialwerte war man sehr fest gestimmt, während die Aktien vom Trust unabhängiger Stahlwerke und eine Anzahl Industriewerte abschwache Haltung aufwiesen, was im Verlaufe allgemein schwächend wirkte. Einige Eisenbahnaktien und Anteile öffentlicher Verkehrsgesellschaften standen in lebhafter Nachfrage und konnten Kursgewinne verbuchen. Die Börse schloß in unregelmäßiger Haltung. Der Aktienumsatz erreichte die enorme Ziffer von 1 920 000 Stück.

Der Markkurs war unverändert.

	6.	5.
Geldsätze	2%	2%
Wechsel auf London, Cable Transf.	44562	44675
" " London (60 Tage)	44262	44375
" " Paris	542	552
" " Amsterdam	3850	3863
" " Kopenhagen	1610	1625
" " Prag	295	297
" " Berlin . . . Geld	23⅞	23⅞
" " do. . . . Brief	24	24
" " Belgien	501	501
" " Schweiz	1883	1885
" " Madrid	1342	1347
" " Rom	440	442
Silber Ausland	68⅜	68⅝
Atchison Topeka & Santa Fé	104⅛	104¾
do. pref.	92¼	92½
Baltimore and Ohio	62⅜	62¾
Canadian Pacific	148¾	149¼
Chesapeake and Ohio	90	90½
Chicago, Milwaukee & St. Paul	15½	15¾
Chicago Rock Island & Pac.	32⅞	33⅝
Erie	32¾	33¼
Great Northern pref.	64¾	65¼
Illinois Central	110½	110½
Kansas City & Southern	21	21
do. pref.	53	54½
Louisville and Nashville	97	97⅛
Missouri, Kansas & Texas	14¾	14½
Missouri Pacific	18	18¼
Nat. Railw. of Mex. 2nd pref.	1⅛ K.	1⅛ K.
New York Central	106½	106¼
New York, Ontar. & West.	20⅝	21
Norfolk and Western	123¾	122½
Northern Pacific	64	64⅝
Pennsylvania	45	45⅛
Reading	60¾	61
St. Louis and St. Francisco	24¾	24½
Southern	63¾	63⅞
Southern Pacific	94½	94¼
Texas Pacific	32½	31½
Union Pacific	141½	141½
Wabash pref.	42½	42⅞
American Can	125	125⅛
do. Car & Foundry	158	159
do. Hide & Leath. Co.	10¼	10¼
do. do. pref.	61¼	60½
do. Smelting and Ref.	69⅝	69½
Anaconda Copper	36½	36¼
Bethlehem Steel	43¾	43¾
Central Leather	14	14¼
Internat. Mercant. Marine	10⅛	10⅜
do. do. do. pref.	38⅛	38¾
Studebaker Corporation	38⅛	38¼
United States Steel Corp.	108⅜	108⅜
do. do. pref.	121¼	121½
Aktienumsatz	1 920 000	1 060 000

Amerikanische Produktenbörsen vom 6. August.

New-York, 6. August. **(Spezial-Kabelbericht.)** Der **Kaffeemarkt** verkehrte zu Beginn in schwacher Haltung auf umfangreiche brasilianische Zufuhren und Liquidationen infolge der nicht den Erwartungen entsprechenden Haltung der brasilianischen Märkte. Später trat auf Anschaffungen der Kommissionäre und Deckungen eine Erholung ein.

Baumwolle zog anfangs im Preise an, da die in Texas immer noch andauernde Trockenheit und feste Kabelmeldungen die Kauflust anregten, doch machte sich später infolge von baissegünstigen privaten Ernteschätzungen und gleichfalls günstigen Wetterberichten eine Abschwächung geltend.

Chicago, 6. August. **(Spezial-Kabelbericht.)** Der **Weizenmarkt** nahm heute einen vorwiegend schwachen Verlauf, obwohl die Haussiers Anstrengungen machten, die Preise durch Interventionskäufe in die Höhe zu treiben. Der Grund für die schwache Stimmung war in baissegünstigen Kabelmeldungen und in der Erwartung eines günstigen Monatsberichtes der Regierungen zu suchen.

Auch der **Maismarkt** tendierte schwach infolge günstiger Ernte- und Wetterberichte, die Liquidationen auslösten. Anschaffungen der Kommissionäre und Deckungen konnten die Stimmung auch nur vorübergehend bessern, da günstige wöchentliche Wetterberichte wieder abschwächend wirkten.

Englische Warenmärkte.

Liverpool, 6. August. **(Priv.-Tel.) Baumwolle.**

Middling	Aegypt. Baumw.	Englische Baumw.		Aegypt. Baumw.	Englische Baumw.
August	—	16,99	Februar	—	16,04
September	—	16,75	März	—	16,01
Oktober	—	16,44	April	—	15,93
November	—	16,23	Mai	—	15,87
Dezember	—	16,13	Juni	—	15,69
Januar	—	16,09	Juli	—	15,69

Französische Warenmärkte.

Paris, 6. August. **(Priv.-Tel.) Zucker.**

	Eröffnung	Schluß
August	—	257—58
September	—	232
Oktober	—	212
3 v. Oktober	—	208
3 v. November	—	207

Amtlicher Kurs: 267—266.

Le Havre, 6. August. **(Priv.-Tel.) Baumwolle.**

	Eröffn.	Schluß		Eröffn.	Schluß
August	—	696	Februar	—	648
September	—	693	März	—	645
Oktober	—	671	April	—	641
November	—	656	Mai	—	640
Dezember	—	654	Juni	—	638
Januar	—	651	Juli	—	638

Verkauf: 1750 Ballen.

Le Havre, 6. August. **(Priv.-Tel.) Kaffee.**

	Eröffn.	Schluß		Eröffn.	Schluß
August	—	365½	Februar	—	332½
September	—	357	März	—	327¾
Oktober	—	353½	April	—	320½
November	—	351½	Mai	—	311½
Dezember	—	349½	Juni	—	305½
Januar	—	341½	Juli	—	301½

Verkauf: 4500 Sack.

Marktberichte.

Leipzig, 7. August. **(Borstenmarkt.)** Aus Fachkreisen wird berichtet: In der zweiten Julihälfte war das Geschäft in Pinselware recht lebhaft. Es waren größere Quantitäten bester Sowjetware in Schuster I, Schuster II und Zwick auf den Markt gekommen, die sofort von der deutschen Pinsel-Industrie aufgenommen wurden. Man verlangt vor allen Dingen allerbeste Qualitäten und legt dafür auch gern einige Cents mehr an. Holland und die Tschecho-Slowakei haben viel Pinselware gekauft, infolgedessen sind die Preise für Pinselborsten sehr fest. Die Lage der deutschen Bürsten-Industrie hat sich noch nicht gebessert. Gebleichte verkaufen sich schleppend. Die Nachfrage nach Schnitthaar hat sich gebessert.

— Landeshuter Garn- und Flachsbörse. Landeshut i. Schl., den 6. August: In inländischen Fläehsen und Wergen wird Material reichlich angeboten. Das Garngeschäft ist zur Zeit noch still, doch drängen Spinner nicht auf Verkäufe, da die gegenwärtigen Preise für sie verlustbringend sind. Im Warengeschäft macht sich eine leichte Besserung bemerkbar. Nächste Börse: Mittwoch, den 3. September.

Wollbericht.

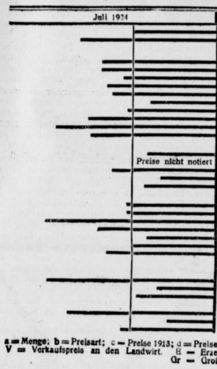
Liverpool, 6. August. (W. T. B.).

		6. 8.	5. 7.
Umsätze		4000	6000
Import		32000	1000
American Universal Standard middl.		17,70	17,54
Lokomarkt: Amerikanische		16 höher	64 niedr.
Brasilianische		6 "	54 "
Aegyptische		¹25 "	25 "
Ostindische		unveränd.	25 "
Ameriran fully middl., fest			
do.	per August	16,99	16,80
do.	per September	16,75	16,53
do.	per Oktober	16,44	16,14
do.	per November	16,23	15,94
do.	per Dezember	16,13	15,82
do.	per Januar	16,09	15,77
do.	per Februar	16,04	15,72
do.	per März	16,01	15,69
do.	per April	15,93	15,61
do.	per Mai	15,87	15,55
do.	per Juni	15,69	15,40
do.	per Juli	15,59	15,27
Aepyptische Sakellarides	per September	22,50	22,35
do.	per Oktober	21,20	21,00
do.	per Dezember	20,55	20,35
do.	per Januar	20,40	20,26
do.	per März	20,25	20,05
Alexandria Ashmouni	p. August	37,50	36,12
Ashmouni	p. Oktober	34,25	33,62
Sakellaridis	p. November	43,46	42,60
Ashmouni	p. Dezember	34,27	33,72
Sakellaridis	p. Januar	43,12	42,20
Ashmouni	p. Februar	34,68	34,12

¹) teilweise

Zusammenstellung der Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel und Erzeugnisse sowie für Lebensmittel im Kleinhandel — Parität Berlin — Juli- bzw. Juni-Hälfte 1924 verglichen mit 1913.

Aufgestellt von der Pr. Hauptlandwirtschaftskammer Berlin.



	a	b	c	d	e	f
I. Dollar	—	—	4,20	4,20	100	100
II. Frachten	—	—	0,56	0,94	167	167
III. Landwirtschaftliche Betriebsmittel:						
Stabeisen	t	V	159,1	214.65	135	147
Schles. Grobstein-Kohlen	t	V	24,24	32,80	135	135
Mais	50 kg	V	7,93	8.61	109	111
Superphosphat	kg %	V	0,35	0.451	129	133
Thomasmehl	kg %	V	0,30	0.363	121	118
Ammoniak	kg %	V	1,30	1.03	79	88
40% Kalidüngesalz	kg %	V	0,164	0.168	102	102
kl. Maschinen u. Geräte	—	V	1735	2660	153	146
Seiler- u. Webwaren	—	V	54,92	105.25	192	170
Geschirre und Schuhe	—	V	210	313	149	163
IV. Landwirtschaftliche Erzeugnisse:						
Roggen	50 kg	E	8,22	6,82	83	77
Kartoffeln	50 kg	E	2,00	—	—	109
Butter	½ kg	E	1,28	1,56	122	102
Ochsen c	50 kg	St	42,75	27.95	65	67
Schweine c.	50 kg	St	53,50	46,1[illegible]	86	72
V. Lebensmittel-Kleinhandelspreise:						
Brot	½ kg	K	0,14	0.143	102	102
Roggenmehl	½ kg	K	0,16	0.167	104	98
Kartoffeln	50 kg	K	3,50	7.16	205	123
Butter	½ kg	K	1,40	1.98	141	128
Margarine	½ kg	K	0,90	0,72	80	72
Rindfleisch	½ kg	K	0,93	0.92	99	106
Schweinefleisch	½ kg	K	0.75	0,99	132	121
VI. Erzeugnisse der Gärtnerei und Fischerei:						
a) im Großhandel:						
Möhren	50 kg	Gr	3,52	7.24	202	237
Plötzen	50 kg	Gr	25,00	17,70	71	83
Schellfisch	50 kg	Gr	35,00	31,78	91	94
b) im Kleinhandel:						
Möhren	½ kg	K	0,05	0.09	180	240
Plötzen	½ kg	K	0,40	0.22	55	65
Schellfisch	½ kg	K	0.40	0.46	115	123

a = Menge; b = Preisart; c = Preise 1913; d = Preise Juli 1924; e/f = 1913 = 100; e = Juli 1924; f = Juni 1924; V = Verkaufspreis an den Landwirt. E = Erzeugerpreis. St = Stallpreis. K = Kleinhandelspreis. Gr = Großhandelspreis.

Konkurse.

Ort	Firma, Name, Geschäftszweig	Tag der Eröffnung	Konkursverwalter	Anmeldefrist, erste Gläubigerversammlung (in Klammern)
Bad Pyrmont	Luftreederei G. m. b. H.	2. 8. 24	Rechtsanwalt Dr. Rosenkranz, Bad Pyrmont	25. 8. 24 (1. 9. 24)
Belzig	Kaufmann Erich Szech	4. 8. 24	Kaufmann Paul Leben, Belzig	3. 10. 24
Berlin	Frau Marta Kurnitzki	2. 8. 24	Kaufmann Dr. Bach, Berlin, Jägerstr. 13	15. 9. 24 (1. 9. 24)
"	Borodkin & Hoffschild	2. 8. 24	Kaufmann Dr. Bach, Berlin, Jägerstr. 13	15. 9. 24 (1. 9. 24)
Bln.-Wilmersdorf	Kaufmann Walter Erbe	31. 7. 24	Konkursverwalter Hinrichsen, Charlottenburg, Pestalozzistr. 57a	25. 8. 24 (5. 9. 24)
"	Schuhwarengroßhändler Franz Borchardt	31. 7. 24	Konkursverwalter Hinrichsen, Charlottenburg, Pestalozzistr. 57a	25. 8. 24 (5. 9. 24)
Brandenburg, Havel	Automatik-Werk, G. m. b. H.	2. 8. 24	Kaufmann S. Salinger, Brandenburg, Havel	6. 9. 24 (23. 8. 24)
Dresden	Tabak- und Textilwarenhändler Eitel Friedrich Rottmann	2. 8. 24	Rechnungskommissar Beyer, Dresden	23. 8. 24
Hameln	Oberingenieur Dietrich Callerhoff	1. 8. 24	Buchhalter Adolf Bohnhorst, Hameln, Brückenkopf 4	20. 8. 24 (1. 9. 24)
Hannover	Kaufmann A. Rübenfeld	1. 8. 24	Amtsgerichtssekretär a. D. Adolf Wagener, Hannover, Kirchwender Str. 1	20. 8. 24 (29. 8. 24)
"	Kaufmann Ernst Eichbaum	1. 8. 24	Rechtsanwalt Dr. Sudfeld, Hannover, Georgstr. 40	20. 8. 24 (28. 8. 24)
Holzminden	Holzmindener Möbelfabrik, A.-G.	1. 8. 24	Steuerbevollmächtigter Vogel, Holzminden	25. 8. 24 (25. 8. 24)
Mainz	Tuchhändler Jakob Stock	15. 7. 24	Rechtsanwalt Lucius, Mainz	19. 8. 24 (29. 8. 24)
Schötmar	Lippische Möbelwerke Svetly, Siebrasse & Kolotoff, G. m. b. H.	2. 8. 24	Prozeßagent Biermann, Bad Salzuflen	24. 8. 24 (5. 9. 24)
Zeitz	ThüringerHandelskontor G.m.b.H.	1. 8. 24	Kaufmann Emil Ott, Zeitz	13. 9. 24 (30. 8. 24)
"	„Emka" Kittherstellungs- und Vertriebsgesellschaft m. b. H.	1. 8. 24	Kaufmann Emil Ott, Zeitz	13. 9. 24 (30. 8. 24)

Angeordnete Geschäftsaufsichten.

Ort	Firma, Name, Geschäftszweig	Tag der Anordnung	Aufsichtsperson
Darmstadt	Hans und Ludwig Oswald A.-G.	25. 7. 24	Bücherrev. Simon, Darmstadt, Friedrichstr. 13
Freiburg, Breisgau	W. Renz, Schuhhaus	30. 7. 24	Bücherrevisor Eisenlohr, Freiburg, Breisgau, Karlstr. 38
Godramstein	Winstel-Eichenlaub & Co., Zigarren- und Zigarrenkistenfabrik G. m. b. H.	31. 7. 24	Geschäftsagent August Gast, Landau
Güstrow	Händler Jakob Schnauzer	1. 8. 24	Kaufmann Robert Blume, Güstrow
Hannover-Vinnhorst	Gebrüder Mayer	31. 7. 24	Kaufmann Arthur Salomon, Hannover, Ohestraße 3
M.-Gladbach	Gebrüder Rosemann, G. m. b. H.	28. 7. 24	Kaufmann Johann Robert Bähren, M.-Gladbach, Schillerstraße
Naunhof	Pferdehändler Franz Oskar Hörig	1. 8. 24	Stadtobersekretär a. D. Max Grünberg, Grimma
Neustadt a. H.	1. Georg Frieß, Weinhandel 2. Friedrich Kreß, Weinhandlung 3. Wilhelm Marzillius, Weinkommissionär 4. Jakob Fuchs, Weinhandlung 5. Erwin Koppel 6. A. & H. Mayer 7. Philipp Bach, Weinhandlung	1. 8. 24	zu 1 Rechtsanwalt Dr. Völcker, zu 2, 3 und 4 Rechtsanwalt Justizrat Girisch, zu 5 und 6 Rechtskonsulent Blum und zu 7 Rechtskonsulent Robert Weppler, alle in Neustadt a. Haardt
Pyritz	Haarformer Karl Wille	2. 8. 24	Rechtsanwalt Dr. Orland, Pyritz
Spiegelau	Konsum- und Spargenossenschaft Grafenau und Umgebung, e. G. m. b. H.	—	Kaufmann August Fickentscher, Spiegelau

Aufgehobene Geschäftsaufsichten.

Ort	Firma, Name, Geschäftszweig	Ort	Firma, Name, Geschäftszweig
Berlin	Paro Tauhufeisen G. m. b. H.	Neumünster	Chr. Fr. Peter, Wollwarenfabrik
Dresden	Pera Zigarettenfabrik	"	Eisenwerke Neumünster, G. m. b. H.
Hamburg	Steidl & Becker	"	Neptunwerke, G. m. b. H.
Magdeburg	Vocke & Grotjahn	"	Nordische Stahlwerke, G. m. b. H.